Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Jg. 5 Nr. 31
1. August 1977

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Friderichs in Japan

Nach Verhandlungen um billige Rohstoffe in Australien war Friderichs in Japan. 2 Millionen Dollar Exportüberschuß haben die japanischen Imperialisten mit Westdeutschland, 4 Milliarden mit Westeuropa. Heftigen Konkurrenzkampf führen die westdeutschen Kapitalisten auf einheimischen und auf internationalem Markt gegen die japanische Konkurrenz.

Die Gespräche des Minister Friderichs in Tokio fanden „harmonisch" statt. Woher die Harmonie?

Am Tag vor der Ankunft Friderichs in Japan wurden Vorschläge der EG-Kommission veröffentlicht, wie die westeuropäischen Imperialisten gedenken, gegen den Versuch der US-Imperialisten, Zölle als „Ausgleichsabgaben" für die Exporterstattung der Mehrwertsteuer zu verlangen, anzutreten. „EG wappnet sich für den Handelskrieg", hieß es im „Handelsblatt". „Da auch andere Drittländer betroffen seien, sollte sich die EG mit ihnen absprechen, vor allem mit Japan." Was machen verfeindete Gangster, wenn ihnen ein dritter, mächtigerer droht? Sie verschieben das gegenseitige Umbringen und widmen sich der Behauptung ihrer Gangsterexistenz gegen den größeren Konkurrenten. Ändert das etwas daran, daß sie sich – im „Handelskrieg" gleichzeitig weiter Tiefschläge verpassen und den Krach vorbereiten? Die *Beute* ist der Profit. Die Arbeit der Arbeiter schafft die Werte, um deren Verteilung die Imperialisten streiten. Das darf man nicht vergessen, denn die Imperialisten wollen die Arbeiter vor ihren Karren spannen.

Sechste Seerechtskonferenz beendet – „Trauriges Bild"

Die Imperialisten toben förmlich über das „Scheitern" der Konferenz. *Gescheitert* ist ihre Absicht, sich die reichen Bodenschätze des Meeres (v.a. Nickel, Kobalt, Mangan, Kupfer) profitlich einzuverleiben, unter Ausschaltung aller Rechte der Länder der Dritten Welt. Das unter Vorsitz von Bamela Ingo (Kamerun) von einer Arbeitsgruppe schriftlich fixierte Ergebnis der 6. Verhandlungsrunde sieht vor, die Ausbeutung der Bodenschätze unter Kontrolle der internationalen Meeresbehörde zu stellen und die Ausbeutungsrechte der imperialistischen Monopole weitgehend einzuschränken. Die Länder der Dritten Welt halten daran fest, daß die Meeresbodenschätze „gemeinsames Erbe der Menschheit" sind.

Der US-amerikanische Kongreß hat inzwischen ein Gesetz vorbereitet, nach dem die US-Kapitalisten, die auf den Raub der Meeresschätze gehen, gegen Verluste infolge internationaler Verträge geschützt werden sollen. Die BRD-Imperialisten, mit kleinen Küstengebieten, aber umso größerer Profitgier, bereiten unter Verstoß gegen die Ergebnisse der Konferenz ein Gesetz vor, um „der rohstoffarmen BRD Mangan, Kobalt, Kupfer und Nickel auf dem Meeresboden zu sichern." Mit *Gewalt* wollen sich die Imperialisten holen, was sie sich bisher nicht erpressen konnten. Die Einheit der Völker der Dritten Welt, an der sie auf der Konferenz gescheitert sind, wird ihre neuerlich vorbereiteten Seeabenteuer ebenfalls zum Scheitern bringen.

„Arbeitsteilung" und „Interventionsrecht" im RGW

Fieberhaft werden gegenwärtig im Machtbereich des Sozialimperialismus Verträge über „gegenseitige Zusammenarbeit, Freundschafts- und Beistandsverträge" abgeschlossen. Sie sind Bestandteil der Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus und Mittel der SU, Ausplünderung und Bespitzelung der RGW-Länder zu vertiefen. DDR und SU haben ein „Programm der Spezialisierung und Kooperation für die Zeit von 1980-90" in Arbeit, das die DDR-Wirtschaft noch fester an die SU-Wirtschaft ketten soll. Vertieft werden soll die „Integration" im Bereich der Metallurgie, der elektronischen Technik, der Chemieindustrie und des Maschinenbaus. Gleichzeitig nutzt die SU die DDR, um ihre expansionistischen Ziele der Errichtung der Weltherrschaft zu sichern. Nach dem Vorbild der SU hat die DDR in den letzten Monaten mit der Mongolei, Polen, Ungarn und jetzt mit Bulgarien „Freundschaftsverträge" abgeschlossen, die festlegen, daß „die Unterstützung, die Festigung und der Schutz der sozialistischen Gemeinschaft gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder " ist. Damit wird jederzeitiges Interventionsrecht abgesichert, wie es die Staaten des Warschauer Pakts, mit Ausnahme Rumäniens, 1968 schon bei der Besetzung der CSSR praktiziert haben. Rumänien hat es auch unlängst abgelehnt, einen solchen „Freundschaftsvertrag" mit der DDR abzuschließen.

Die „Lösung des Zimbabwe-Konflikts" erfolgt auf den Schlachtfeldern

Interview mit A. Gumbo, Mitglied des ZK und des Nationalen Exekutivkomitees der ZANU

Die Imperialisten sind zu einer Verstärkung ihres Angriffs auf den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe entschlossen. Sie intensivieren ihre Hetze gegen die revolutionäre Gewalt, um den gerechten Kampf des Volkes von Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front zu isolieren. Wenn die Imperialisten behaupten, sie müßten ein „großes Blutvergießen" im südlichen Afrika verhindern, eine neue Regierung und Verfassung einsetzen und dazu „Friedenstruppen" ins Land senden, dann geht es ihnen in Wirklichkeit mit ihrem Gerede um eine „friedliche Lösung" darum, zu verhindern, daß das Kolonialregime unter den Schlägen der Tausenden von den afrikanischen Volksmassen unterstützten Befreiungskämpfer zusammenbricht. Sie wollen die konterrevolutionäre Streitmacht stärken, um das Blutvergießen gegen das afrikanische Volk von Zimbabwe und die es unterstützenden afrikanischen Völker zu intensivieren. Deshalb suchen sie verzweifelt nach Marionetten, die sie für dieses Manöver kaufen können. Die ZANU kämpft im Rahmen der Patriotischen Front für die vollständige Machtergreifung durch das Volk von Zimbabwe, weil nur so es sein Schicksal selber bestimmen und die Ausbeuterherrschaft beseitigen kann. Zu den neuerlichen Manövern nimmt der Genosse Gumbo, Mitglied des ZK und Verantwortlicher für Information und Propaganda innerhalb der Nationalen Exekutive der ZANU in Maputo, telefonisch am 27.7. gegenüber der KVZ Stellung:

„Die Pläne der Imperialisten bezüglich Zimbabwe haben das Ziel, eine schwarze Marionettenregierung zustandezubringen, die von den Imperialisten manipuliert und kontrolliert werden kann. Deren grundlegende Interessen in Zimbabwe sind, die Reichtümer, die natürlichen Rohstoffe und die Arbeitskräfte des Landes ausbeuten zu können. Bischof Muzorewa und der Pfarrer Ndabaningi Sithole halten die ersten Plätze ihrer Rangliste als Führer einer schwarzen Marionettenregierung in Zimbabwe. Sie sind gegenwärtig in Salisbury wieder aktiv geworden, um mit Muzorewa und Sithole eine sogenannte ‚interne Regelung' zu erreichen. Sie behaupten, Muzorewa habe die Unterstützung der afrikanischen Massen und verweisen auf die hunderttausend Menschen, die auf dem Flughafen waren, als er ankam. Jetzt sind in Zimbabwe aber nicht öffentliche Unterstützung auf dem Flughafen und für öffentliche Versammlungen wichtig, sondern der militärische Kampf. Die Lösung des Zimbabwe-Konflikts erfolgt nicht am Verhandlungstisch über eine Verfassung, sondern auf dem Schlachtfeld. Die ZANU, ein gemeinsamer Partner in der Patriotischen Front, ist unversöhnlich und vollständig gegen eine schwarze Marionettenregierung in Zimbabwe. Die Patriotische Front will den vollständigen Übergang der Macht an das Volk von Zimbabwe, die Patriotische Front muß die Gewehre kommandieren. Die Imperialisten haben ihre diplomatischen Aktivitäten gesteigert, was ‚angloamerikanische Initiative' genannt wird. Sie erfolgen mit dem Anschwellen der revolutionären Woge im Land. Aber alle diese Manöver werden scheitern.

Die Wahlen, die Smith abhalten will, sollen die internen Widersprüche im Smith-Regime selber lösen. Sie sollen keine Lösung für den Zimbabwe-Konflikt sein. Wir nennen es einen ‚Kleinkrieg' innerhalb der Rhodesischen Front (der führenden Partei der Kolonialisten), innerhalb der weißen rhodesischen Gesellschaft. Smith will jede weiße Opposition ausschalten. Die Wahlen werden nichts an dem Widerspruch zwischen der ZANU und dem Smith-Regime ändern. Die Verfassungsvorschläge des sogenannten anglo-amerikanischen Plans werden nicht wirksam werden, solange Smith an der Macht ist. Er muß von der Macht entfernt werden, bevor Verfassungsgespräche stattfinden können. Was die Verfassung selber betrifft, so kann die niemand für das Volk von Zimbabwe machen, es wird seine Verfassung selber machen. Eine Verfas-

(Fortsetzung Seite 2)



Am 1. August werden in Niedersachsen, Westberlin und Bremen Tausende von Kindern in das Zuchthaus Schule gepreßt. Bisher wurde das von den Bourgeois mit großem Tam-Tam, Zuckertüten und Sprüchen über die „Schule fürs Leben" verkleistert. Mittlerweile ist der Lack ab. Die Jugend bekämpft Dressur und Schikane. Die Bourgeoisie will Drill vom ersten Tag an. An der Nordschule in Westberlin/Zehlendorf ist das Mitbringen von Schultüten verboten worden, die Eltern dürfen nicht mehr mit in die Schule.

Schleyer fordert Ausbau der „Arbeitsverwaltung"

„daß menschliche Arbeitskraft nicht unfreiwillig ungenutzt bleibe"

Schleyer und das „Handelsblatt" werden grundsätzlich. Nachdem bereits seit Wochen und Monaten die Bourgeoisie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm nach dem anderen betreibt, nachdem bereits seit Wochen und Monaten die Maßnahmen der Ausplünderung, Gängelung und Schikane durch die Arbeitsämter erweitert worden sind, heißt es jetzt: „Schleyer: erste Schritte gegen Arbeitslosigkeit". Offenbar soll nun die Frage ihrer endgültigen Klärung entgegengehen, wenn es nach dem Finanzkapital geht.

Weiter schreibt das „Handelsblatt": „Unabhängig davon (nämlich der Notwendigkeit des Wachstums, also des Wachstums der Profite) müsse die Arbeitsmarktpolitik dazu beitragen, die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt abzubauen und den von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Problemgruppen (Jugendlichen, Älteren, Frauen, kaufmännischen Angestellten) zu helfen." (Handelsblatt, 23./24. Juli)

Wenn die Sprecher des Finanzkapitals sagen: Dem oder dem werden wir helfen, dann ist schon klar, was damit gemeint ist: Es gibt noch Lücken in der nahtlosen und völlig rechtlosen Unterwerfung unter die grenzenlose Ausbeutung durch die Profitproduktion. Und so ist es auch gemeint. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat dazu die notwendige Untersuchungsrichtung beigesteuert. „Wirklich eine Million Arbeitslose?" schreibt sie und: „Nur genaue Analysen helfen weiter." „Die Diskussion über die Arbeitslosigkeit ist somit festgefahren", stellt sie fest. Denn: „Seit Monaten wird die Öffentlichkeit mit Plänen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit geradezu überhäuft. In der letzten Zeit hat sich eine gewisse Ratlosigkeit breitgemacht. All die vielen Vorschläge, die auf den ersten Blick so plausibel aussahen, haben sich bei näherem Betrachten als untauglich herausgestellt. Weder mit Arbeitszeitverkürzung oder einem weiteren Schuljahr noch mit Konjunkturspritzen oder mit der Ausweitung des öffentlichen Dienstes, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund jetzt vorgeschlagen hat, würde an der derzeitigen Lage am Arbeitsmarkt grundlegend etwas geändert werden können."

Auch die „Frankfurter Allgemeine" drängt auf etwas grundsätzlichere Lösung der Angelegenheit. Was herauskommt bei der genaueren Analyse, ist dreierlei: Erstens stellt sich heraus, daß die Arbeitslosigkeit, genau betrachtet, gar nicht so groß ist, und zweitens, daß bei genauer Analyse eigentlich nur das Restproblem bleibt, denjenigen zu „helfen", die nicht so recht wollen; drittens muß dazu aber mehr Transparenz her. Das geht so: Eine Million Arbeitslose. Einfach so kann man das nicht sagen: „Schon die Aufschlüsselung der Arbeitslosenquote vom Juni (4,1%) nach männlichen und weiblichen Erwerbslosen zeigt die erstaunliche Tatsache . . . ihre (der Frauen) Arbeitslosigkeit liegt bei 5,6%, jene der Männer aber bei 3,2%, und ist damit nicht einmal so weit von dem entfernt, was manche Ökonomen unter ‚Vollbeschäftigung' verstehen." Das mit den Frauen ist auch nicht so erheblich, denn erstens muß es ja nicht unbedingt sein, daß sie mitarbeiten, zweitens war der größte Teil sowieso nur teilzeitbeschäftigt, und schließlich melden sich viele Frauen nur arbeitslos, um ihre Rentenansprüche aufrechtzuerhalten, analysiert die „Frankfurter Allgemeine". Ein tatsächliches Problem bleiben die „älteren Arbeitnehmer", wobei aufschlußreich ist, wo diese Altersgrenze liegt. „Jeder vierte Arbeitslose ist über 45 Jahre alt. Ihre Chancen, eine neue Stelle zu erhalten, sind wenig aussichtsreich." Dann stellt sich heraus, daß ein großer Teil der Arbeitslosigkeit überhaupt nur entsteht, weil die Deutschen sich zu fein sind für bestimmte Arbeiten, z.B. im Gaststättengewerbe. Dem kann auf jeden Fall abgeholfen werden. Die Arbeit ist zumutbar. Wenn nicht: Sperre! Dann zeigt sich, daß ja überhapt nur 61% der Arbeitslosen „Empfänger von Leistungen der Arbeitsverwaltung" sind. Es geht also auch so, ohne Geld. Schließlich liegt die Zahl der offenen Stellen weit höher als angegeben, so mindestens um die 100 000. Mehr Transparenz muß sein, sagen die Bourgeoisblätter und der Schleyer. „Denn nur so kann in der Öffentlichkeit ein differenziertes Bild von der Arbeitslosigkeit entstehen, und nur so können die Pläne und Projekte zu ihrer Bekämpfung entwickelt werden, die jeweils auf eine bestimmte Problemgruppe ausgerichtet sind."

Mit der Auflösung der Arbeitslosigkeit durch Schleyer, Handelsblatt und „Frankfurter Allgemeine" in „Problemgruppen" ist der Weg für die Schritte gegen die Arbeitslosigkeit überhaupt geebnet. Die Arbeitslosigkeit, die Entstehung der industriellen Reservearmee ist nicht eine notwendige allgemeine Folge der kapitalistischen Profitproduktion. Sie löst sich darin auf, daß einzelne „Problemgruppen" aufgrund natürlicher oder moralischer Eigenschaft, weil Jugendliche, weil Frauen, weil alt, weil arbeitsscheu – nicht arbeiten und also per Zwangsmaßnahme des imperialistischen Staates für ein Hungergeld der schrankenlosen Ausbeutung unterworfen werden müssen.

In einer Schrift der „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" hat ein Professor Jaide, der auch schon die faschistische Neigung der Jugend nachgewiesen hat, die notwendigen Begründungen bereitgestellt. Etwa ein Drittel der Jugendlichen zeige „Erwerbsschwäche". Sie brauche eine „soziale Nachreifung" durch praktische Arbeit, Arbeit im letzten Schuljahr und durch „sozialpflegerisch ausgerichtete Förderlehrgänge".

In einer Festrede stellt Schleyer fest: „Allein schon die ökonomische Rationalität verlangt, daß menschliche Arbeitskraft nicht unfreiwillig über längere Zeit in größerem Ausmaß ungenutzt bleibt." Wobei sich das „unfreiwillig" wohlgemerkt auf die Kapitalisten bezieht und im Klartext heißt: Es widerspricht dem Zweck der kapitalistischen Profitproduktion, daß die Kapitalisten die Arbeitskraft nicht zur Ausbeutung bereitgestellt bekommen sollten, die sie haben wollen.

Das unternimmt dann der imperialistische Staatsapparat durch Zwangsverpflichtung und vorbereitende Maßnahmen auf den Arbeitsdienst. Das ganze nennt sich „Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage", und wozu die Transparenz auf dem Arbeitsmarkt dann notwendig ist, ist auch klar. Damit die Arbeitsverwaltung des imperialistischen Staates so ausgedehnt werden kann, daß der imperialistische Staat die Kontrolle, Bespitzelung und Unterdrückung der Arbeiter soweit ausdehnen kann, daß jeder zu jeglicher Arbeit gezwungen werden kann und zu jeglichem Lohn, hat Schleyer einen Aufruf an die Kapitalisten erlassen. Sie sollten genauer Angaben machen, warum jemand abgewiesen wird. Es sollen alle freien Stellen an das Arbeitsamt gemeldet werden. In Baden-Württemberg erhalten die Schüler jetzt beim Verlassen der Schule eine Karte, mit der sie sich bei Kapitalist und Arbeitsamt melden müssen. Die Rückantwort bei Arbeitsvermittlung darf nur noch durch den Kapitalisten erfolgen.

Als „im Prinzip begrüßenswert" hat Oskar Vetter diesen Aufruf des Kapitalistenverbandes genannt. Begrüßenswert ist daran allein die Offenheit, mit der das Finanzkapital die Zwangsverpflichtung und den Arbeitsdienst vorbereitet und damit auch das Koalitionsrecht und Streikrecht aufheben will, was bei den Ersatzdienstleistenden bereits geschehen ist.

Begrüßenswert ist der offene Standpunkt, den die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für dieses Programm einnehmen.

Die Arbeiterklasse muß in den Gewerkschaften die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes herstellen, um dieses Programm der Bourgeoisie zurückzuschlagen.

Die „Lösung des Zimbabwe-Konflikts" erfolgt auf den Schlachtfeldern

(Fortsetzung von Seite 1)

sung, die in London oder Washington fabriziert wurde, unserer Lage nicht entspricht und uns versucht wird aufzuzwingen, wird ganz einfach nicht funktionieren, weil das Volk gegen sie ist."

ZANU und ZAPU haben ein gemeinsames Oberkommando gebildet im Rahmen der Patriotischen Front, um den bewaffneten Kampf zu intensivieren. Wie sehen die Pläne der Imperialisten mit „Friedenstruppen" aus und wie werdet Ihr einer derartigen Invasion begegnen?

„Die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Organisation für Afrikanische Einheit Anfang des Monats war ein großer Schritt in der Konsolidierung der Einheit in Zimbabwe. Nach diesem Sieg an der diplomatischen und politischen Front konzentriert die Patriotische Front ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Zusammenfassung ihrer militärischen Kräfte unter einem Kommando. Das Treffen des Koordinationskomitees der Patriotischen Front in Daressalam vor zwei Wochen und das Treffen der Frontstaaten am Montag half, die ‚militärische Einheit der ZIPA (Volksarmee von Zimbabwe) zu konsolidieren. Es werden konkrete Maßnahmen eingeleitet, um die zwei Armeen von ZANU und ZAPU in der ZIPA zusammenzufassen. Angesichts der Tatsache, daß die ZIPA eine wirkliche militärische Streitmacht ist, kann keine friedliche Initiative erfolgreich sein in Zimbabwe ohne die Patriotische Front. Wir lehnen auch jede Friedensstreitmacht ab und werden sie weiter bekämpfen."

Wie wird der bewaffnete Befreiungskampf von den Arbeitern, Studenten und übrigen Volksmassen in den Städten, den Zentren des Feindes unterstützt?

„Die Patriotische Front wurde mit dem Ziel gebildet, alle patriotischen und demokratischen Kräfte in Zimbabwe zusammenzubringen, das schließt ein Arbeiter, Bauern, die Gewerkschaften, Intellektuelle, Studenten und andere Teile der Kleinbourgeoisie und alle Gruppen des Volkes. Sie nehmen allesamt teil am revolutionären Kampf und führen verschiedene Aktionen durch wie Streiks, Protestdemonstrationen usw. Kürzlich erst verließen wieder Schüler einer Mittelschule im Südosten Zimbabwes geschlossen die Schule, um sich den Streitkräften der ZIPA anzuschließen. Die meisten Streiks werden vom Regime unterdrückt. Kürzlich gab es einen langen Streik der Busfahrer und Arbeiter der Wartungshallen, sie forderten Lohnerhöhungen. Die Presse des Smith-Regimes unterdrückt jedoch alle Informationen über diese Aktionen."

Die westdeutsche Regierung wurde von der OAU verurteilt wegen ihrer Unterstützung für das südafrikanische Kolonialregime. Welche Erfahrungen hat die ZANU mit der Politik des BRD-Imperialismus im südlichen Afrika gemacht?

„Wir sind mit der Entscheidung der OAU vollkommen einverstanden, daß die westdeutsche Regierung wegen der Lieferung von Waffen an Südafrika und auch wegen der wirtschaftlichen Unterstützung verurteilt wird. Wir wissen von den militärischen und wirtschaftlichen Aktivitäten Westdeutschlands im südlichen Afrika, auch gegen Zimbabwe, besonders auf dem atomaren Sektor. Westdeutschland liefert über Südafrika auch Waffen an das Smith-Regime. Wir verurteilen auch, daß die westdeutsche Regierung Westdeutschen erlaubt, als Söldner nach Zimbabwe zu kommen und gegen das Volk zu kämpfen. Die westdeutsche Einmischung wird von uns aufs Entschiedenste verurteilt, auch die im Rahmen der Kollaboration mit dem amerikanischen und britischen Imperialismus."

Einzelhandelsumsatz: Rückgang bei den Nahrungsmitteln 3%

Tatsachenverdrehung im Dienste des Kapitals: „wachsende Disponibilität des Lohns"

„Kaum Belebung im ersten Halbjahr" müssen die Bourgeoiszeitungen in diesen Tagen als Ergebnis ihrer Beobachtungen über die Umsatzentwicklung im Einzelhandel melden.

Das Geschäft geht schlecht. Es hat keine Ausdehnung des Umsatzes stattgefunden, sondern bloß eine durch die Teuerung bedingte Aufblähung der Geldsumme, die den Wert der Warenmasse ausdrückt.

Um 3 % ist der Umsatz für die Nahrungsmittel und das Essen zurückgegangen gegenüber dem 1. Halbjahr des Jahres 1976, um 2 % der für die Schuhe, bei den Textilien und Möbeln plus/minus Null.

Unter der Überschrift „Der disponible Verbrauchsanteil wächst" stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30.7. die neuesten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes in der Beobachtung des Verbrauchs des Arbeiterhaushaltes vor.

Und das Ergebnis: „Haushaltsausstattung wird immer besser." Oder im Klartext: den Arbeitern geht es so gut, daß sie sich sogar den Luxus leisten können, weniger zu essen und gleichzeitig allerhand Anschaffungen zu machen. Die Arbeiter sind durch die Ausbeutung in der Fabrik nicht ausgelastet und haben viel zu viel Geld in der Hand, ist gemeint:

„‚Renner' waren im vergangenen Jahr vor allem der PKW und das Telefon. Unter den elektrischen Haushaltsgeräten waren Tiefkühltruhen, Geschirrspüler, Grillgeräte und Nähmaschinen bevorzugte Anschaffungen."

schreibt das „Handelsblatt" (21.7.). „Bevorzugte Anschaffungen" gegenüber den Nahrungsmitteln, den Kleidern und Schuhen? Diese Versuche der Bourgeoisie, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und den Angriff, den sie gegenwärtig auf das Existenzniveau der Arbeiterklasse führt, zu verdunkeln, sind plump: die Haushaltsgeräte sind „Renner", weil die Arbeiterbevölkerung gezwungen ist, billiger zu wirtschaften z.B. durch den Gebrauch der Kühltruhe oder der Nähmaschine,

Umsatz des Facheinzelhandels

— Veränderungen in Prozent —

Branchen	Juni 1977 gegenüber Juni 1976	preisbereinigt	Januar — Juni 1977 gegenüber Jan./Juni 1976	preisbereinigt
Beleuchtung, Elektro	+12	+12	+ 9	+ 9
Uhren, Juwelen etc.	+12	+14	+ 7	+ 9
Glas, Porzellan, Keramik	+12	+ 8	+ 9	+ 4
Radio, Fernsehen	+ 8	+ 8	+ 4	+ 4
Foto	+ 8	+ 8	+ 6	+ 7
Eisenwaren/Hausrat	+ 5	+ 2	+ 4	+ 1
Möbel	+ 9	+ 5	+ 8	+ 4
Textilien	+ 4	± 0	+ 3	± 0
Schuhe	+ 4	— 2	+ 4	— 2
Drogerien	+ 1	— 1	+ 2	± 0
Lebensmittel	± 0	— 4	+ 1	— 3
Facheinzelhandel insgesamt	+ 4	± 0	+ 4	± 0

Ohne Versandhäuser, Kaufhauskonzerne und Filialketten
Quelle: Institut für Handelsforschung in Köln

Zeit einzusparen durch Bevorratung und Steigerung der Produktivkraft der Hausarbeit. Nicht anders verhält es sich mit dem „Renner" Auto. Was bleibt denn übrig, um den Arbeitsplatz zu erreichen? Drei Viertel der mittleren Arbeiterhaushalte sind nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes gezwungen, die Last eines privaten Verkehrsmittels zu tragen. Keineswegs, weil zuviel Geld da wäre: wer kann, nimmt sich ein Fahrrad bzw. steigt darauf um.

„Spitzenreiter in der Halbjahresbilanz blieb der Zweirad-Handel mit einem Wachstum von 14 %"

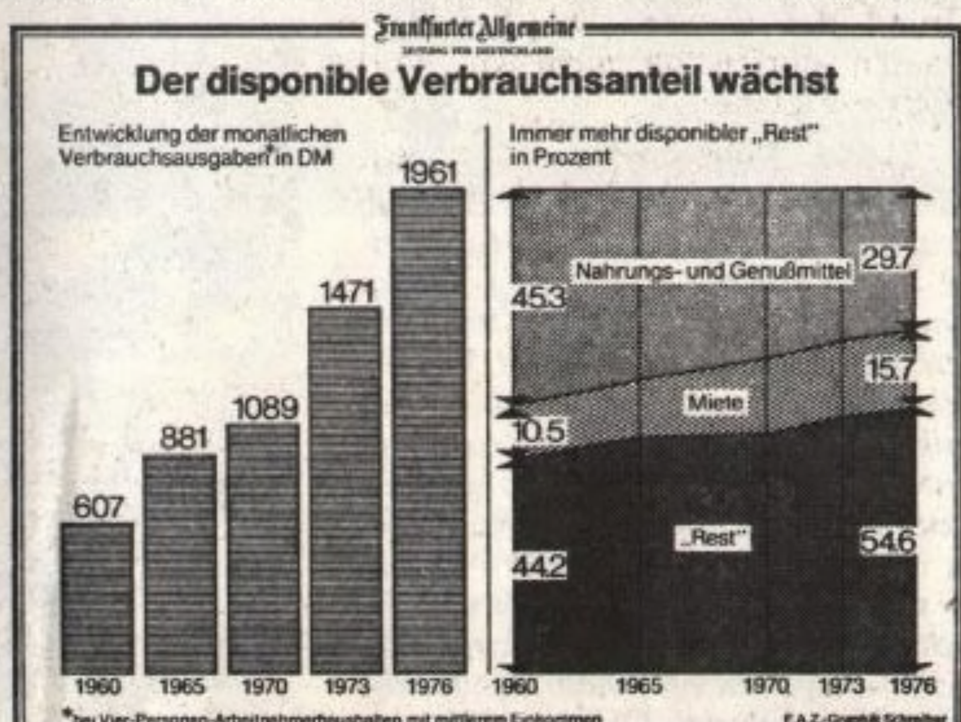
meldet die Hauptgemeinschaft des Deutschen Facheinzelhandels ergänzend zu der Tabelle.

Und schließlich: Wie vertragen sich mit den Theorien über das „Wachstum des disponiblen Verbrauchsanteils" die Klagen der Bausparkassen, daß „der Spargeldeingang 1976 eindeutig hinter den Erwartungen zurückgeblieben" sei, wie das „Handelsblatt" am 21.7. berichtet, oder mit der Warnung des Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes, Geiger:

„Die Sparquote hat sich nach Feststellungen des Sparkassen- und Giroverbandes normalisiert. Während die Bundesbürger 1975 fast 16 Prozent und im letzten Jahr noch 14,5 Prozent ihres Einkommens gespart haben, sind es im bisherigen Verlauf des Jahres 1977 nur 13,9 Prozent gewesen." (FAZ 26.7.77)

Von wegen „der disponible Verbrauchsanteil wächst": die sinkende Sparquote zeigt, die Arbeiterbevölkerung ist bereits gezwungen, auf die Rücklagen zurückzugreifen, um die Existenz aufrechtzuerhalten.

Die Verwandlung von mehr Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit für die Kapitalisten durch Ausdehnung der Frauenarbeit und Hineinziehung der Arbeiterjugend zu früherem Zeitpunkt in die Fabrik bei gleichzeitiger Senkung des Lohns – das ist der Teufelskreis, in dem die Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse zu treiben versucht, um die Ausbeutung zu verschärfen und den Profit zu erhöhen. Nicht „der disponible Verbrauchsanteil wächst", wie die bezahlten Schreiber der Kapitalisten die Tatsachen auf den Kopf stellen, sondern die Zerstörung der Lebenskraft der Arbeiter durch die Kapitalisten. Und nicht die Löhne sind „hoch", sondern die Kosten sind untragbar, die dieses kapitalistische Ausbeutersystem für die Arbeiter bedeutet. – (Z-Red.)



Am Samstag, dem 30. Juli 1977, wurde *Jürgen Ponto*, Sprecher des Vorstandes der Dresdner Bank, erschossen. Die Dresdner ist die zweitgrößte der westdeutschen Banken. Außer diesem bekleidete der Verblichene zu seinen Lebzeiten unter anderem folgende Aufsichtsratsposten: Daimler-Benz, August-Thyssen-Hütte, AEG, Metallgesellschaft, Degussa und Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk. Für den Vorstandsposten brachte er es auf Bezüge von einer knappen Million im Jahr.

Erklärung

Wir, die Unterzeichner, protestieren gegen den Haftbefehl, den das Amtsgericht Heidelberg am 6. Juni 1977 gegen Helga Rosenbaum wegen Nichterscheinens vor Gericht erlassen hat und der am 26. Juli 1977 vollstreckt worden ist.

Helga Rosenbaum ist Mitglied des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Sie hatte dem Gericht vor dem Hauptverhandlungstermin vom 6. Juni 1977 schriftlich angezeigt, daß sie wegen einer unaufschiebbaren Auslandsreise verhindert sei. Das Gericht lehnte die beantragte Verlegung des Termins ab und erließ Haftbefehl.

Allein die Tatsache, daß Helga Rosenbaum vor dem Gerichtsgebäude auf dem Weg zu einer Berufungshauptverhandlung vor dem Landgericht Heidelberg verhaftet worden ist, zeigt die ganze Willkür der Maßnahme.

Tatsache ist, daß Helga Rosenbaum bisher jeder der über zehn Ladungen zu Hauptverhandlungsterminen nachgekommen ist. Die Heidelberger Gerichte wissen das, und in Heidelberg ist das bekannt.

Wir fordern die sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum!

Rohrmoser, P., Rechtsanwalt, Hamburg – Piontek, N., Rechtsanwalt, Hamburg – Marmor, N., Rechtsanwältin, Hamburg – Thode, P., Rechtsanwalt, Hamburg – Gosau, D., Rechtsanwalt, Hamburg – Boeddeling, M., Rechtsanwalt, Hamburg – Gebauer, G., Rechtsanwältin, Hamburg – Benoit, G., Rechtsanwalt, Hamburg – Benoit, R., Rechtsanwalt, Hamburg – Günther, M., Rechtsanwalt, Hamburg – Schubert, M., Rechtsanwalt, Hamburg – Reinicke, E., Rechtsanwalt, Hamburg – Schween, H., Rechtsanwalt, Hamburg – Lummert, R., Rechtsanwalt, Hamburg – Krüger, J., Rechtsanwalt, Hamburg – Eisele, I., Assessorin, Hamburg – Kleiner, D., Rechtsanwalt, Bremen – Burchardt, R., Rechtsanwalt, Bremen – Baisch, G., Rechtsanwalt, Bremen – Borowsky, H.-J., Rechtsanwalt, Bremen – Schopp, N., Rechtsanwältin, Bremen – Adamietz, A., Rechtsanwalt, Bremen – Dreher, K., Rechtsanwalt, Bremen – Ferkau, H., Rechtsanwalt, Bremen – Dringenberg, R., Rechtsanwältin, Bremen – Nolting, W.D., Rechtsanwalt, Bremen – Rehfeldt, M., Rechtsanwalt, Bremen – Siburg, H., Rechtsanwältin, Bremen – Ohm, V., Rechtsanwalt, Bremen – Voget, M., Rechtsreferendarin, Bremen – Oellerich, R., Rechtsreferendar, Bremen – Meyer, W., Rechtsreferendar, Bremen – Busch, K., Assessorin, Bremen – Renken, K., Anwaltsbüroangestellter, Bremen – Kowalewski, Anwaltsbüroangestellte, Bremen – Ebert, K., Assessor, Bremen – Sauerwald, R., Rechtsreferendar, Bremen – Hanke-Simoneit, M., Anwaltsgehilfin, Bremen – Schlothauer, R., Rechtsanwalt, Bremen – Göschel, G., Rechtsreferendarin, Bremen – Winterstätter, W., Rechtspraktikant, Bremen – Otten, H., Rechtsanwalt, Kiel – Liebe, J., Rechtsanwalt, Kiel – Drude, P., Assessor, Kiel – Galette, A., Rechtsanwalt, Kiel – Meggers, J., Rechtsanwalt, Osnabrück – Dr. Simon, H., Rechtsanwalt, Osnabrück – Weide, B.-M., Rechtsreferendar, Göttingen – Cohrs, H., Rechtsreferendar, Göttingen – v. Appen, U., Rechtsreferendar, Göttingen – Müller, W., Rechtsanwalt, Hannover – Plähn, H., Rechtsanwalt, Hannover – Langhoff, D., Rechtsanwalt, Hannover – Klawitter, W., Rechtsanwältin, Hannover – Klawitter, E., Rechtsanwalt, Hannover – Reichelt, H., Rechtsanwalt, Köln – Odendahl, H., Rechtsanwalt, Köln – Fink, W., Rechtsanwalt, Freiburg – Moos, M., Rechtsanwalt, Freiburg – Schmidt, R., Rechtsanwalt, Freiburg – Schwarzkopf, B., Rechtsanwältin, Freiburg – Endriss, R., Rechtsanwalt, Freiburg – Sartorius, U., Rechtsanwalt, Breisach – Schaaber, R., Rechtsanwältin, Freiburg – Trittin, W., Assessor, Freiburg – Röder, R., Assessor, Freudenstadt – Reinhold, H., Assessor, Freiburg – Korn, R., Rechtsreferendar, Freiburg – Weber, M., Rechtsreferendar, Freiburg – Schoen, B., Rechtsanwältin, Darmstadt – Röder, U., Rechtsanwalt, Darmstadt – Kern, R., Rechtsanwalt, Darmstadt – Heldmann, H.-H., Rechtsanwalt, Darmstadt – Pfaff, V., Rechtsanwalt, Darmstadt – Lufft, B., Anwaltsgehilfin, Darmstadt – Bardau, H., RA-Auszubildende, Darmstadt – Cellmann, I., stud. jur., Darmstadt – Schumm, T., Assessor, Heidelberg – Welker, K., stud. jur., Heidelberg – Kotthoff, O., Rechtsreferendar, Heidelberg – Greus, R., Rechtsanwalt, Heidelberg – Keller, Rechtsanwalt, Heidelberg – Becker, Rechtsanwältin, Heidelberg – Schneider, W., Rechtsanwalt, Heidelberg – Clausen, D., Rechtsreferendar, Heidelberg – Eckermann, U., Rechtsreferendarin, Heidelberg – Baier, S., Rechtsanwalt, Mannheim – Schiele, M., Rechtsanwältin, Mannheim – Wiehe, Chr., Rechtsanwalt, Mannheim – Sander, R., Rechtsanwalt, Mannheim – Bach, Th., Assessor, Heidelberg – Bortel, H., Rechtsanwalt, Heidelberg – Geier, P., Rechtsreferendar, Heidelberg – Lehner, Rechtsanwalt, Heidelberg – Zimmermann, Rechtsanwalt, Heidelberg – Härdle, Rechtsanwalt, Heidelberg – Reme, H. Rechtsanwalt, Berlin – Stoecker, J. Rechtsanwalt, Berlin – Luhmer, G., Rechtsanwalt, Berlin – Dölfing-Hamm, I., Rechtsanwältin, Berlin – v. Paleske, A., Rechtsanwalt, Frankfurt – Mohn, H., Rechtsreferendar, Frankfurt – Baldus, M., Rechtsanwalt, Frankfurt – Krutzki, Rechtsanwalt, Frankfurt – Koch, R., Rechtsanwalt, Frankfurt – Biebrich, I., Sekretärin, Frankfurt – Rose, E., Sekretärin, Frankfurt – Riemann, J., Rechtsanwalt, Frankfurt – Krämer, Ch., Rechtsreferendar, Frankfurt – Düx, H., Rechtsassessor, Frankfurt – Koch, U., Rechtsanwalt, Frankfurt – Harting-Schuler, E., Rechtsanwältin, Frankfurt – Kirschei, E., Rechtsanwalt, Frankfurt – Laubach, B., Rechtsanwältin, Frankfurt – Kraft, U., Rechtsreferendar, Frankfurt – Kierig, O., Rechtsreferendar, Frankfurt – Hechler, W., Rechtsreferendar, Frankfurt – Schmidt, F., Rechtsanwalt, Lahn/Gießen – Aigner, F., Rechtsanwalt, München – Richter, H., Rechtsanwalt, Frankfurt – Arnold, Rechtsanwalt, München – Montag, Rechtsanwalt, München – Dietrich, Rechtsanwalt, München – Schikora, Rechtsanwalt, München – Pfeiffer, Rechtsanwalt, München – Ripke, L., Rechtsanwältin, Heidelberg – Wacholz, K., stud. jur., Frankfurt – Maeffert, U. Rechtsanwalt, Hamburg – Ohltmann, J., Rechtsanwalt, Hamburg – Kempf, E., Rechtsanwalt, Heidelberg – Stiegeler, Chr., cand. jur., Frankfurt – Küpper, U., stud. jur., Frankfurt – Hey, W., Rechtsanwalt, Frankfurt – Müller, L., Rechtsreferendar, Frankfurt – Mika, E., Rechtsreferendar, Frankfurt – Lay, D., Rechtsreferendar, Frankfurt – Kollbach, A., Rechtsreferendar, Frankfurt



Demonstration für die sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum in Heidelberg am 30. Juli

Berufsberatung

Termin beim Arbeitsamt, Berufsberatung – Arbeitsvermittlung. Der Schüler weiß, was er lernen will, ob er Chancen hat? In der „Berufsberatung", Fragebogen wie im Kreuzverhör: Name, Vorname, geboren am . . . ? Geschlecht? Schulbesuch? Schulabschluß? Behinderung? Resozialisierung? . . . usw. Zu jedem Punkt eine Frage, 15 bis 20 Minuten, und raus. Der Schüler ist registriert, abgestempelt. Der nächste . . .

Höchstens 20 Minuten bleiben bei der allgemeinen Beratung, sich mit dem Schüler auseinanderzusetzen. Bis 14 „Fälle" müssen pro Tag „bearbeitet" werden, früher waren es fünf oder sechs für einen Berater, wie heute noch bei den Abiturienten.

Seit zwei Jahren müssen die Beratungsniederschriften einheitlich ausgefüllt werden. Ausfüllen der Beratungsniederschrift: Persönliche Situation des Ratsuchenden? Anliegen? Erreichter Schulabschluß? Wiederholte Klassen? Körperliche Leistungsfähigkeit: eingeschränkt – uneingeschränkt? Arbeitsverhalten: Ausdauer; Konzentrationsfähigkeit? Sozialverhalten: Fähigkeit, sich einzuordnen? Motivation: Flexibilität, Mobilität, Einsatzbereitschaft . . . ? Ergebnis der Beratung? Gutachten erforderlich? Vermittlungsfähig? Abschieben? Psychologischer Test!

Ein widerwärtiges Geschäft, die Konkurrenz der Arbeiterjugend zu organisieren, einzelne durchzuschleusen. Wozu? Diese Fragen sollen sich die Beschäftigten nicht stellen, bei der Hetze kommen sie auch kaum zur Besinnung.

Das Angebot auf dem Arbeitsmarkt regelt die Vermittlungsangebote. Es sind gerade drei Stellen als Gärtner und einige auf dem Bau da, oder Kellner werden gesucht. Die Interessen der Jugendlichen? Über die fast obligatorischen psychologischen Tests wird ihnen „wissenschaftlich" beigebogen, daß sie z.B. besondere Fähigkeiten zum Schlachter oder Kellner haben. Ihre Fähigkeiten sind „eingeschätzt", Rebellion registriert. Werden sie zurückstecken? Sie können es sich nicht leisten, ohne Lehr- oder Arbeitsstelle zu bleiben.

Immer perfekter wird die Kontrolle und Bespitzelung der Massen. Gleichzeitig wird die Kontrolle über die Tätigkeit der als „Spitzel" eingesetzten Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst verschärft. Funktionieren sie? Über die „abgewickelten Fälle" wird Statistik geführt. Der Durchlauf muß hoch sein.

Die Sortierfunktion für die Kapitalisten muß gegenüber den Beschäftigten zwangsweise durchgesetzt werden. Verschiedene Mittel sind dazu erforderlich.

Ideologisch werden unter dem Lockruf „Verbesserung und Vereinheitlichung der Berufsberatung" vierzehntägige Schulungen zur Abrichtung der Berater durchgeführt. Auf Tonband werden die Beratungsgespräche aufgezeichnet und hinterher die Aufzeichnungen kontrolliert. Bespitzelung der Beschäftigten im Arbeitsamt.

Organisatorisch wird die Arbeit immer weiter aufgegliedert, die Beratung ist inzwischen von der Arbeitsvermittlung getrennt. Berater und zu Beratender treten sich nur kurz gegenüber. Die Möglichkeit, sich zu verbünden, wird gering gehalten. Politisch rechtlos sind die Beschäftigten durch das öffentliche Dienstrecht gehalten, dazu noch große Teile in Zeitverträge gepreßt, die den Druck verschärfen.

Die Bourgeoisie ist dabei, ein Militärzuchthaus für die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu schaffen. Das ist die Voraussetzung für die Absicherung der Profite der westdeutschen Kapitalisten gegenüber deren Konkurrenz durch imperialistische Expansion.

So frech vorgehen kann die Bourgeoisie bei der Unterdrückung der Massen heute, weil der Druck der industriellen Reservearmee noch die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse verhindern konnte.

Die Verkehrsform der Kapitalisten ist die Konkurrenz, die sie allen gesellschaftlichen Beziehungen aufzwingen. Die Konkurrenz in der Arbeiterklasse ist zeitweilig, die der Kapitalisten absolut. Die Arbeiterklasse kann sich zusammenschließen und Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 31 / 1977: 32 000

Französischer Imperialismus auf alten Wegen

Je mehr die französische Bourgeoisie in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt von ihren imperialistischen Konkurrenten zurückgeworfen wird (das französische Handelsbilanzdefizit fällt in immer neue Rekordtiefen), um so schriller werden ihre Bemühungen, als imperialistische Weltmacht aufzutrumpfen. Der Staatspräsident Giscard d'Estaing veranstaltet ein wahres Katzenkonzert: Mit Jimmy Carter haut er auf die Menschenrechtspauke, mit Breschnew streicht er die Entspannungsgeige, beim Gipfel der französischsprachigen afrikanischen Staaten bläst er die Fanfare einer „euroafrikanischen Solidarität", und zu alledem läßt er am Nationalfeiertag seine „Interventionstruppen" rasselnd übers Pflaster fahren. „Verteidigung in alle Himmelsrichtungen" nennt sich dies Spektakel seit de Gaulle.

Heute geht es den Finanzkapitalisten Frankreichs darum, einen neuen Vormarsch zu organisieren, um beim Kampf um die Neuaufteilung der Welt nicht völlig ins Hintertreffen zu geraten.

Wenn die westdeutschen Imperialisten, von den großartigen Aussichten verschiedener amerikanischer Wunderwaffen mutig gemacht, heute laut über die Möglichkeiten der „Vorwärtsverteidigung" herumschwadronieren, dann können die französischen Imperialisten nicht zurückstehen. So ließ sich prompt der französische Ministerpräsident Barre vernehmen, daß selbstverständlich die französische Verteidigung sich nicht auf französisches Gebiet einschränken könne, „sondern sich ebenfalls auf das Vorfeld, das heißt auf die benachbarten und verbündeten Länder" erstrecken müsse. (FAZ, 21.6.77) Und ins Kommuniqué des Besuchs Breschnews in Paris Ende Juni wurde hineingeschrieben, daß „die Entspannung auf alle Teile der Welt ausgedehnt werden sollte." (International Herald Tribune, 18.7.77)

Besondere Anstrengungen machen die französischen Imperialisten gegenwärtig vor allem, ihren Einfluß – über die hundert Fäden, die sie als ehemalige Kolonialmacht noch immer in der Hand halten, – im Nahen Osten und in Afrika aufzufrischen. So schlug Giscard den schwarzafrikanischen Staaten allen Ernstes einen „euroafrikanischen Solidaritäts- und Sicherheitspakt" vor, gegen die Konfrontation der Supermächte in Afrika und gegen einen „afrikanischen Rüstungswettlauf."

Das kann man als Ankündigung verstehen, jeden Vorwand oder Anlaß verstärkt zu nutzen, um sich selbst einzumischen. Schon im letzten Jahr hat die französische Regierung „angeboten", Truppen in den Libanon zu schicken. Als Zaire das Opfer einer Aggression sozialimperialistischer Söldner wurde, waren die französischen Imperialisten sofort zur Stelle mit dem Angebot von Waffenlieferungen und mit Flugzeugen, die marokkanische Unterstützungstruppen nach Zaire flogen. Kürzlich hat die französische Regierung der Regierung des Tschad „logistische Hilfe" gegen Aufständische im Norden des Landes zugesichert, und gleichzeitig der Regierung von Mauretanien Verstärkung gegen die Volksbefreiungsstreitkräfte der West-Sahara zugesagt, die um die Unabhängigkeit ihre Landes kämpfen.

Die französischen Imperialisten sind heute nach den beiden Supermächten die größten internationalen Waffenhändler. In der Zeit von 1970 bis 75 haben sich ihre Waffenexporte verdreifacht und umfassen über 20 % der gesamten Rüstungsproduktion, bei der Flugzeugproduktion sogar 50 %. Wertmäßig dürften sich die Exporte jetzt auf die Marke von 30 Milliarden Francs im Jahr zubewegen. Schwerpunkt der französischen Waffenverkäufe sind einerseits *Israel* (Mirage-Flugzeuge, Kooperation beim Raketenbau) und *Südafrika* (Lieferung von 48 der neuesten Mirage F 1, Puma-Hubschraubern und konventionellen U-Booten des Tpys Agosta, sowie Lizenzen in allen Fällen). Von Südafrika aus wird auch *Rhodesien* versorgt. Andererseits verkaufen die französischen Imperialisten große Massen an Rüstungsgütern an eine Reihe von arabischen Staaten, die sich damit aus der immer drückenderen finanziellen und technologischen Abhängigkeit von den Supermächten lösen wollen: *Marokko* (Heeresausrüstung), *Libyen* (Mirage, Hubschrauber und Panzer – die teilweise nach Uganda weitergeliefert wurden), *Iran* und *Irak*, *Saudi-Arabien* (Mirage, Luft- und Panzerabwehraketen, 200 Kampfpanzer AMX-30 und 250 andere Panzerfahrzeuge). Im Dezember 1975 wurde mit *Ägypten* ein langfristiges Lieferungs- und Kooperationsabkommen im Wert von 10 Mrd. Francs abgeschlossen, wodurch eine eigene ägyptische Rüstungsindustrie mit französischer Unterstützung auf die Beine gestellt werden soll.

Der Hauptstoß des französischen Expansionismus ist jetzt außer in den Nahen Osten nach Afrika gerichtet. Was sie treibt, ist die Peitsche der imperialistischen Konkurrenz: hier hoffen sie die imperialistischen Extraprofite einzutreiben, die die Verluste in der direkten Konkurrenz insbesondere mit den BRD-Imperialismus ausgleichen können.

Allzuviel kann daraus im heutigen Afrika nicht werden. Die unterdrückten Völker nutzen die Widersprüche zwischen den Imperialisten. Der Sieg des Volkes von Zaire gegen die sozialimperialistischen Invasoren war sicher kein Sieg für die französischen Interventen. Eher das Gegenteil. – (Z-Red)

„Über Vor- und Hintergründe informiert Sie Gerd Hellwig"

Zweites Deutsches Fernsehen über Gaddhafi und Sadat

Donnerstag, den 21. Juli, 19 Uhr, ZDF-Nachrichten. „Konflikt zwischen Ägypten und Libyen. Die seit Jahren anhaltenden Spannungen zwischen den beiden arabischen Nachbarn haben sich jetzt in heftigen Kämpfen entladen. Im Grenzgebiet bei Saloun trafen Bodentruppen und Kampfflugzeuge Ägyptens und Libyens in mehrstündigen Gefechten aufeinander. Ein Militärsprecher in Kairo teilte mit, die ägyptischen Truppen hätten mehr als 40 libysche Panzer und 30 gepanzerte Fahrzeuge zerstört. 12 libysche Soldaten seien gefangengenommen worden. Ägyptische Flugzeuge hätten zwei libysche Maschinen in Luftkämpfen abgeschossen. Auf ägyptischer Seite seien nur einige Soldaten verwundet worden."

Wirklich, was ist das Fernsehen nicht objektiv! Alles aufgelistet wie in einer Konzernbilanz. Tatsächlich weiß man nach dieser Nachricht von dieser Auseinandersetzung nichts. Der ganze Zahlenrokoko dient bloß dazu, die grundlegende Retusche der Nachricht zu verzieren. Was nämlich die Regierungen dieser beiden beteiligten Staaten dazu sagen, erfährt der Zuschauer nicht. Was im Gewande der überobjektiven Wahrheit, der Zahlenwahrheit daherschreitet, ist die flotte Einleitung einer Lügnerei. Den Zuschauer interessiert natürlich nicht die Zahl der Panzer usw. Was interessiert, ist der Grund des ganzen. Die beteiligten Staaten dürfen da nicht zu Worte kommen. Denn:

„Über die Vorgeschichte und den politischen Hintergrund der Kämpfe informiert Sie Gerd Hellwig."

Die Fernsehanstalten und vermittelt über diese die Fernsehzuschauer füttern in fast allen Ländern der Welt imperialistische Spitzel durch. Die treten bei passender Gelegenheit im Gewande des Augenzeugen auf. Diesen unerhört kostspieligen Korrespondentenschwarm braucht das Fernsehen, weil es sonst unvermeidlich wär', daß wenigstens gelegentlich die handelnden Personen unverfälscht selber zur Sprache kommen. Was vermittelt uns nun der fett rausgefressene Hellwig vom „politischen Hintergrund der Kämpfe"?

„Mit Oberst Gaddhafi und Anwar el Sadat sind die beiden extremen Vertreter des arabischen Lagers nun endgültig aneinandergeraten."

Das arabische Lager gibt es. Es besteht aus den Volksmassen der arabischen Staaten, die sich in jahrzehnte-, ja jahrhundertelangen schweren und blutigen Kämpfen vom Joch des Kolonialismus befreit haben und die heute im Kampf gegen den Imperialismus, der ihnen die Früchte dieser Befreiung rauben will und vermittels der israelischen Zionisten einen Teil ihres Territoriums besetzt hält, zusammenstehen. Daß Anwar el Sadat und Oberst Gaddhafi die Interessen dieses arabischen Lagers „am extremsten" vertreten würden, das wiederum ist eine Schwindelei. Beide Regimes sind bürgerlich. Beide Regimes vertreten nicht die Interessen der arabischen Arbeiter und auch nicht der Bauern. Nicht „extrem" und schon gleich gar nicht radikal. Gaddhafi liebäugelt mit der Sowjetunion und hat sein Land bereits in eine spürbare Abhängigkeit von dieser Supermacht gesteuert. Anwar el Sadat versucht, nachdem er sich aus der Abhängigkeit von der Sowjetunion herauszuwinden trachtete, es jetzt mit Zugeständnissen an die westlichen Imperialisten. Beide sind Vertreter bürgerlichen Nationalismus. Sie können die Unabhängigkeit nicht verwirklichen. Weil sie bürgerlich sind, sind sie zu einem planvollen Aufbau der Wirtschaft des Landes nicht in der Lage. Der ist nur möglich, wenn diese Völker sich unter Führung der Arbeiterklasse zusammenschließen. Weil aber ganz offensichtlich ist, daß die Imperialisten eben imperialistische Gelüste auf diese Länder haben, und weil aus der Geschichte leidvoll bekannt ist, daß sie *allen* Klassen dieser Länder die Existenzgrundlage entziehen, stehen diese Regimes im Gegensatz zum Imperialismus. Aber selbst hierin zaudernd und voller Sorge, die Arbeiterklasse und unter ihrer Führung die Bauern könnten sich der politischen Führung des Landes bemächtigen. Diese Vertreter des bürgerlichen Nationalismus sind alles andere als extrem, radikal. Aber mit dem Kunstgriff, Anwar el Sadat und Oberst Gaddhafi als die extremsten Vertreter des arabischen Lagers herauszustellen, ist erreicht, den Kampf des palästinensischen Volkes und die PLO, die Vertretung dieses Volks und Speerspitze dieses Kampfes ist, als einen Nichtbestandteil des arabischen Lagers, sozusagen als Bande von verdrehten Leuten hinzustellen. Das Bein der Lüge ist kurz, aber perfekt eingesetzt, und es dauert lang, es auszureißen. Der gutgezahlte Korrespondent lohnt. Er lohnt sich weiter. Sein Bericht fährt fort:

„Beide beanspruchen, der wahre Erbe Gamal abd el Nassers zu sein, und doch verfolgen sie vollkommen verschiedene politische Linien. Der durch sein Öl plötzlich reich gewordene, religiös fanatische Gaddhafi hat seinen Nachbarn Sadat nie verstanden, der sein wirtschaftlich schwer angeschlagenes Land durch die Krisen zu steuern versuchte. Bilder aus glücklichen Zeiten, als man noch miteinander sprach. Seither haben beide Seiten nur noch Beschimpfungen miteinander ausgetauscht."

Unter der Führung Gamal abd el Nassers hat die arabische Welt den langen Zeitraum beendigt, in dem arabisches Territorium den Imperialisten und Kolonialisten bloß als Walstatt ihrer Konkurrenz galt. Zu Zeiten Gamal abd el Nassers handelten sich die Briten und Franzosen die unvergeßliche Suez-Pleite ein, und es ist klar, daß der Name Gamal abd el Nassers für die arabischen Volksmassen untrennbar mit der Beendigung ihrer kolonialen Unterjochung verbunden ist. Unter



Der Kampf der Volksmassen von Azania geht unvermindert weiter. In mehreren Ghettos für die Afrikaner, den Townships Soweto, Momelodi u.a., demonstrierten Tausende Schüler gegen den rassistischen Schulunterricht. „Wir brauchen die Bantu-Erziehung nicht. Da verzichten wir lieber ganz", stand auf Transparenten. Die Polizei, die mit Hunden und Schußwaffen gegen die Schüler vorging, ermordete erneut mehrere Schüler.

Führung bürgerlicher nationaler Kräfte können unterdrückte Völker das Joch des Kolonialismus abschütteln. Aber beim Aufbau des Landes stößt diese bürgerliche nationale Führung an Grenzen. Dennoch ist es ein aufgelegter Unsinn, daß Gaddhafi und Sadat „vollkommen verschiedene politische Linien" verfolgen. Wahr ist stattdessen, daß in nahezu jeder Frage von internationaler Bedeutung die beiden Staaten zusammengehen. Es ist gerade diese Einheit, die den Imperialisten z.B. in der UNO solche Schwierigkeiten macht. Worin soll denn die vollständige Verschiedenheit bestehen? Darin, daß Gaddhafi „durch sein Öl plötzlich reicher geworden und fanatisch" ist, dieweil Sadat zu „steuern" versucht. Der Bourgeois verübelt Libyen den „plötzlichen Reichtum". Seit wann haben Bourgeois was gegen „plötzlichen Reichtum", es ist dies ihre Jagd tagaus, tagein! Vor der nationalen Befreiung war der Reichtum Libyens die Armut der Libyer und der Reichtum der Imperialisten. Nach der nationalen Befreiung kann jetzt Libyen einen Teil seines natürlichen Reichtums für sich selber, seinen eigenen Aufbau verwenden. Daß der Reichtum so „plötzlich" kam, liegt daran, daß die Imperialisten so plötzlich hinausgetan wurden. Seit wann haben die Bourgeois was gegen „religiösen Fanatismus"? Jedesmal, wenn es wieder so weit ist, blökt der Papst aus dem Fernsehen „Urbi et Orbi" und verkündet den Anspruch der christlichen Religion auf den ganzen Erdball. Das stört nicht. Jedesmal, wenn es im Bundestag zu „Grundsatzfragen" kommt, d.h. wenn eine hinterlistige Methode der Volksbetrügerei ausgebrütet werden muß, kommt es zu rührenden Auftritten der Bonner Bordellbesucher von wegen des christlichen Abendlandes und seiner Werte. Zur nationalen Befreiung gehört untrennbar die Befreiung vom Kulturimperialismus. Das ist grundlegend wichtig. Das Regime des Oberst Gaddhafi sucht diesen Kulturimperialismus durch Propaganda des Islam einzuschränken. Dies mag eine taugliche Methode sein oder nicht, für die Imperialisten ist es schlimm und deswegen religiös fanatisch, also ganz anders als die Missionare, die Monat für Monat in die Welt geschickt werden.

Im Unterschied zu Libyen, das mit der nationalen Befreiung auch erhebliche Quellen natürlichen Reichtums für sich zurückgewinnen konnte, stellt sich in Ägypten das Problem des wirtschaftlichen Aufbaus des Landes erheblich schwieriger. Dies genießt der Kommentator. Er behauptet nicht, daß Anwar el Sadat sein Land durch die Krisen „steuert". Nicht dies macht ihm Sadat sympathisch. Nein, daß Sadat zu steuern „versucht" und infolge der Hinterlassenschaft des Imperialismus stets Gefahr läuft, an der Klippe neuer Abhängigkeit zu scheitern, das stellt die Hoffnung des Kommentators dar.

Aus diesen in der Tat etwas unterschiedenen Ausgangsbedingungen für den Aufbau des Landes konstruiert der Fernsehkorrespondent die „völlig verschiedenen Linien". Weitere Ausgestaltung folgt:

„Gaddhafi liebte es, sich kriegerisch zu geben und sein mit Ölgeld zusammengekauftes Waffenarsenal zu zeigen. Sollte er diese Auseinandersetzung gesucht haben, so kann das nur auf der Überschätzung seiner eigenen Möglichkeiten beruhen. Man registrierte seit längerem militärische Vorbereitungen an der Grenze, aber für den Ausbruch von Kämpfen zu dieser Stunde gibt es keine rationelle Erklärung."

Bekanntlich starren die USA vor Waffen. Die UdSSR starrt nicht minder vor Waffen. Die BRD-Imperialisten tun ihr Möglichstes, vor Waffen zu starren. Der Korrespondent Gerd Hellwig erklärt uns, daß Gaddhafi es geliebt habe, sich bewaffnet zu zeigen. Merkwürdig, was? Völlige Narren müßten die Libyer sein und völlige Verbrecher ihre politische Führung, wenn sie sich in ihrer Lage nicht bewaffneten. Libyen hat Öl. Die Imperialisten wollen Öl. Man weiß, wenn möglich, so nehmen die Imperialisten dies Öl gewaltsam. Libyen muß stark bewaffnet sein. Sonst wird es gerade aufgrund seines natürlichen Reichtums seiner Unabhängigkeit verlustig gehen. Daher die Feindschaft gegen den „waffenstarrenden" Gaddhafi. Freilich, ein Zusammenhang zwischen dem libyschen Öl und den libyschen Waffen ist da. Libyen bewaffnet sich, um seine Reichtümer zu schützen. Für einen Krieg mit Ägypten gibt es freilich keine „rationellen Gründe". Aber gegen diese Richtung der Kanonenrohre hat der Korrespondent auch nichts. Prompt stellt er die beteiligten Länder nach der vergleichsweise geringfügigen Schießerei als „Trümmerhaufen" hin.

„Einst betete man zusammen für eine arabische Nation, jetzt sind die Hoffnungen wieder einmal zerstört und die übrigen arabischen Länder wieder einmal gezwungen, aus den Trümmern neu aufzubauen."

Der verhaltene Ratschlag, doch wieder mal gemeinsam zu beten, ist nett. Nicht das gemeinsame Gebet hat zur Befreiung der arabischen Massen geführt, sondern nur der Kampf gegen die Imperialisten. Im Geiste dieser unverschämten Schulmeisterei heißt es dann:

„Natürlich ist diese sinnlose Kriegsspielerei Wasser auf die Mühlen derjenigen, die schon immer schadenfroh sagten, arabische Einheit gebe es nicht."

Da der imperialistische Spitzel schon riecht, daß dieser Krieg keine große Dauer haben kann, versucht er das beste draus zu machen, indem er ihn als eine „Spielerei" bezeichnet, eine „sinnlose" obendrein. Was ist der Gegensatz zu einer sinnlosen Kriegsspielerei? Offensichtlich der „sinnvolle", bis aufs Messer und mit letzten Reserven ausgefochtene Krieg. In solchen Kriegen war die europäische Bourgeoisie schon immer gut. Da war nichts spielerisch dran.

Sowieso, daß bürgerliche Regimes sich gegeneinander mit dem Mittel bewaffneter Auseinandersetzung abzugrenzen suchen, ist keine Neuigkeit. Die Geschichte der Abgrenzung der europäischen Nationen tropft vor dem Blut der Arbeiter und Bauern, das wegen der Herstellung piekfeiner und sittlich hochstehender bürgerlicher Gemeinwesen vergossen wurde. Aus der Kenntnis der europäischen Geschichte heraus ist allerhöchstens erstaunlich, daß bei solchen bewaffneten Auseinandersetzungen sich die Länder der Dritten Welt stets dann sehr rasch einigen, wenn es gelingt und soweit es gelingt, die Einnistung der verschiedenen imperialistischen Mächte in diesem Konflikt auszuschalten.

Weit entfernt, Carter oder Breschnew oder auch Giscard d'Estaing als Schiedsrichter der Auseinandersetzung ins Land zu locken, haben sich die „völlig verschiedenen" Gaddhafi und Sadat darauf geeinigt, die Vermittlung der PLO anzuerkennen. Offensichtlich war es keiner der beiden Seiten gelungen, in den Arbeitern und Bauern des eigenen Landes irgendeine nennenswerte ideologische Basis für den Krieg gegen den Bruderstaat zu finden. So normal es ist, daß bürgerliche Regimes versuchen, Expansion zu treiben, so sicher ist es, daß in den Ländern der Dritten Welt, die im Kampf gegen den Imperialismus stehen, daß keine Basis für diese Form sittlicher Höhenflüge der Bourgeoisie sich finden zu haben ist. Infolge der objektiven Widersprüche kommen die Grundsätze bürgerlicher Machtpolitik, auf deren naturgesetzliche Wirkung die imperialistischen Bourgeois in ihrer Spaltungspolitik setzen, nicht zu jener Blüte, die sie im alten Europa erreicht haben.

Tatsache ist, daß auch die Bourgeoisie selber nicht zu jener Blüte kommt, die sie in den imperialistischen Ländern giftig ausdünstet. Sie tritt im Befreiungskampf dieser Völker bloß noch als ein vorübergehendes Element auf, das selbst an der Macht tun muß, was die Massenbewegung diktiert, und das, wenn es dies nicht tut, unweigerlich vor dem Ansturm der revolutionären Volksmassen stürzt.

So kommt es, daß der angebliche Säbelrassler Gaddhafi im Geschichtsvergleich eine friedvolle Figur darstellt, verglichen z.B. mit dem Preußenkönig Friedrich dem Großen, dessen geschichtliche Größe darin bestand, die männliche Bevölkerung Preußens binnen kurzer Zeit in ein Volk von Kriegskrüppeln zu verwandeln.

Wahrscheinlich im Dämmer dieses Unterschieds klagt zum Schluß des Beitrags der Korrespondent, der zuerst den Konflikt so genoß:

„Aber gerade im Lichte der Verhandlungen des israelischen Regierungschefs in Washington sollte man sich da nicht täuschen. Im entscheidenden Augenblick wären sich die Araber dann doch wieder einig."

Der Anfang, bloß zur Erinnerung, hieß:

„... die beiden extremen Vertreter des arabischen Lagers nun endgültig aneinandergeraten ..."

Die Endgültigkeit hatte nicht mal die Dauer des Fernsehbeitrags. Die Perfektion der Lüge schlägt in Dummheit um. – (Z-Red.)

Kommuniqué der 3. Plenartagung des X. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas

angenommen am 21. Juli 1977

Peking, 22. Juli 1977 (Hsinhua). Die 3. Plenarsitzung des 10. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurde in Peking vom 16. bis zum 21. Juli 1977 abgehalten.

Genosse Hua Guo-feng, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, leitete diese Sitzung von überragender historischer Bedeutung und hielt eine wichtige Rede.

Genosse Yä Djiän-ying und Genosse Deng Hsiao-ping, Vizevorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, nahmen an der Sitzung teil und hielten gleichfalls wichtige Reden.

Es nahmen teil die Genossen Li Hsiän-niän, Tschen Hsi-liän, Dji Deng-kui, Wang Dung-hsing, Wu Dö, Hsü Schi-you, We Guo-tjing, Li Döscheng, Tschen Yung-gui, Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, und die Genossen Wu Gui-hsiän, Su Dschen-hua, Ni Dschi-fu und Saifudin, Kandidaten des Politbüros des Zentralkomitees. Genosse Liu Bo-tscheng, Mitglied des Politbüros, war abwesend wegen Krankheit. Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees nahmen an der Sitzung teil, höhere führende Genossen einer Reihe von Orten und Armeeinheiten waren als Beobachter zugegen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Hua erhoben sich alle anwesenden Genossen zu Beginn der Plenarsitzung in stillem Andenken an unseren großen Führer und Lehrer, Vorsitzenden Mao Tsetung, an unseren geschätzten und geliebten Ministerpräsidenten Tschou En-lai, an den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Tschu Teh, an den Vizevorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Kang Scheng, an den Vizevorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Dung Bi-wu und an andere proletarische Revolutionäre der älteren Generation und im Andenken an die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und anderen Genossen, die seit der 2. Plenarsitzung des X. Zentralkomitees gestorben sind.

Die Plenarsitzung nahm einstimmig die „Resolution zur Bestätigung der Ernennung des Genossen Hua Guofeng als Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzenden der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas" an. Die Plenarsitzung drückte ihre volle Unterstützung aus für die Resolution zur Ernennung des Genossen Hua
zur Ernennung des Genossen Hua
Guo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzenden der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, die vom Politbüro des Zentralkomitees am 7. Oktober 1976 angenommen wurde in Übereinstimmung mit Maßnahmen, die der große Führer und Lehrer, Vorsitzender Mao, ergriffen hatte. Die Plenarsitzung war übereinstimmend der Ansicht, daß Genosse Hua Guo-feng der gute Schüler und Nachfolger des Vorsitzenden Mao ist und unser guter Führer und Oberbefehlshaber. Die Resolution, die das Politbüro des Zentralkomitees beschlossen hat in jener außerordentlichen Periode unerbittlichen Kampfes unserer Partei gegen die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan und in diesem entscheidenden Augenblick der chinesischen Revolution war vollständig richtig und zur rechten Zeit. Sie gewann die herzliche Unterstützung der ganzen Partei, der ganzen Armee und des ganzen Volkes aller Nationalitäten im Land. Die Resolution spielte nicht nur eine entscheidende Rolle in dieser Zeit bei der Zerschlagung des Komplotts der „Viererbande" zur Usurpierung der Partei- und Staatsmacht und bei der Stabilisierung der Lage im ganzen Land, sie war auch von großer, weitreichender Bedeutung, um die Parteiführung zu konsolidieren, um die Diktatur des Proletariats in unserem Land zu festigen und das ununterbrochene siegreiche Fortschreiten unseres Landes auf der revolutionären proletarischen Linie des Vorsitzenden Mao zu sichern.

Die Plenarsitzung nahm einstimmig die „Resolution zur Wiedereinsetzung des Genossen Deng Hsiao-ping in seine Ämter" an. Nach ernsthaften Diskussionen brachte die Plenarsitzung ihre volle Unterstützung zum Ausdruck für den Vorschlag, den Vorsitzender Hua Guo-feng bei einer Arbeitssitzung des Zentralkomitees im März 1977 gemacht hat im Auftrag des Politbüros des Zentralkomitees, nämlich daß die 3. Plenarsitzung des X. Zentralkomitees der Partei eine offizielle Entscheidung trifft für die Wiederaufnahme der Arbeit des Genossen Deng Hsiao-ping. Die zwei Briefe des Genossen Deng Hsiao-ping an Vorsitzenden Hua, Vizevorsitzenden Yä und an das Zentralkomitee der Partei, deren Zirkulation das Zentralkomitee am 3. Mai 1977 beschloß, hatten die Zustimmung der Genossen in der ganzen Partei. Die Plenarsitzung beschloß einstimmig, den Genossen Deng Hsiao-ping wiedereinzusetzen in seine Ämter als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, als Mitglied des Politbüros und seines Ständigen Ausschusses, als Vizevorsitzenden der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, als Stellvertretenden Ministerpräsidenten des Staatsrats und Leiter des Generalstabs der chinesischen Volksbefreiungsarmee.

Die Plenarsitzung war übereinstimmend der Ansicht, daß während der neun und mehr Monate seit der Zerschlagung der „Viererbande" das Zentralkomitee der Partei unter Führung des Vorsitzenden Hua das Große Banner des Vorsitzenden Mao hochgehalten hat und die ganze Partei, die ganze Armee und das Volk aller Nationalitäten im ganzen Land geführt hat bei der Vertiefung der großen politischen Revolution zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" und beim Erringen großer Siege. Die strategische politische Entscheidung, wie sie durch Vorsitzenden Hua und das Zentralkomitee der Partei getroffen wurde: Erlangung von Stabilität und Einheit in unserem Land, Konsolidierung der Diktatur des Proletariats, Konsolidierung und Entwicklung der Siege der Großen Proletarischen Kulturrevolution und Herbeiführung der großen Ordnung im ganzen Land im Verlauf des heftigen Kampfes zwischen den zwei Klassen und den zwei Linien – gewann die volle Zustimmung der Partei, der Armee und des Volkes. Die ganze Partei, die ganze Armee und das Volk all unserer Nationalitäten sind geeinter, die Diktatur des Proletariats ist stärker konsolidiert, eine kraftvolle revolutionäre Atmosphäre herrscht überall im Land und ein neuer Sprung vorwärts in der Volkswirtschaft nimmt Form an.

Tatsachen zeigen, daß die politische Linie und die organisatorische Linie des Zentralkomitees der Partei unter
des Zentralkomitees der Partei unter
Führung des Vorsitzenden Hua und die ganze Reihe wichtiger Maßnahmen, die das Politbüro des Zentralkomitees ergriffen hat, um die strategische politische Entscheidung in die Tat umzusetzen und das Land zu steuern, indem der Klassenkampf als Hauptkettenglied ergriffen wird, richtig ist.

Die Plenarsitzung nahm einstimmig die „Resolution über die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan" an. Die Resolution besagt, daß die Maßnahme, die das Politbüro des Zentralkomitees unter Führung des Genossen Hua Guofeng ergriff, um die Weisung des Vorsitzenden Mao durchzuführen und die parteifeindliche Wang-Dschang-Djiang-Yao-Clique zu zerschlagen, und die Reihe entschiedener Maßnahmen, die gegen sie ergriffen wurden, völlig richtig sind und daß die Plenarsitzung ihre ungeteilte Zustimmung gab. Die Plenarsitzung war der Ansicht, daß das Zentralkomitee der Partei unter Führung des Vorsitzenden Hua, indem es unsere Partei dabei führte, die „Viererbande" mit einem Schlag zu zerschmettern, ein Gift innerhalb der Partei entfernte, eine größere Spaltung und eine Rückentwicklung in unserem Land verhinderte und dadurch die Revolution und die Partei rettete. Das ist ein großartiger Sieg für die Große Proletarische Kulturrevolution, die Maotsetungideen und für die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao.

Die Resolution betont, daß die „Viererbande" von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan eine konterrevolutionäre, konspirative Clique ist. Sie widersetzten sich vollkommen den grundlegenden Prinzipien „Marxismus und nicht Revisionismus praktizieren, sich zusammenschließen und keine Spaltertätigkeit betreiben, offen und ehrlich sein und keine Intrigen und Ränke schmieden" und betrieben konspirative Aktivitäten, die darauf abzielten, die Partei zu spalten und die Partei- und Staatsmacht zu usurpieren. In der frühen Periode der Großen Proletarischen Kulturrevolution arbeiteten sie unter einer Decke mit Lin Biao und Konsorten, um die Revolution zu unterminieren. Nach dem X. Parteikongreß griff die „Viererbande" von Wang-Dschang-Djiang-Yao zu heimtückischen Methoden, indem sie absichtlich sich dem Zentralkomitee der Partei unter Führung von Vorsitzendem Mao widersetzten und versuchten, ihre wilden Ambitionen zu verwirklichen, nämlich die oberste Führung in der Partei, in der Regierung und in der Armee zu ergreifen und Vorsitzenden Mao zur Gallionsfigur zu machen. Sie ergriffen die Gelegenheit der 2. Plenarsitzung des X. Zentralkomitees der Partei und des 4. Nationalen Volkskongresses und heckten den Plan aus, ihr eigenes „Kabinett" zu organisieren, um zu versuchen, den Genossen Tschou En-Lai zu stürzen. Indem sie entgegen den Weisungen des Vorsitzenden Mao ihren eigenen Weg gingen, griffen sie fieberhaft den Genossen Deng Hsiao-ping an und fabrizierten Anschuldigungen gegen ihn. Sie haßten bitter die Entscheidungen des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees der Partei über die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zuerst als amtierenden Ministerpräsidenten des Staatsrats und dann als ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Ministerpräsidenten des Staatsrats. Sie widersetzten sich ihr wild und versuchten den Genossen Hua Guo-feng zu stürzen. Sie setzten ihre konspirativen Aktivitäten voll in Gang im Widerstand gegen die Partei, in der Zerrüttung der Armee und beim Versuch, eine große Zahl führender Genossen in Partei, Regierung und Armee auf zentraler und örtlicher Ebene zu stürzen. Sie gingen soweit, unseren großen Führer, Vorsitzenden Mao, zu quälen, als er ernsthaft krank war. Nachdem Vorsitzender Mao gestorben war, steigerten sie ihre verbrecherischen Aktivitäten mit dem Ziel der Usurpation der obersten Partei- und Staatsführung. Sie planten den Sturz des Zentralkomitees der Partei unter Führung des Genossen Hua Guo-feng und die Herbeiführung einer konterrevolutionären Restauration. Sie versuchten die marxistische Kommunistische Partei Chinas in eine revisionistische Partei zu verwandeln, unsere Diktatur des Proletariats in eine
unsere Diktatur des Proletariats in eine
faschistische Diktatur der Bourgeoisie und das sozialistische China zurückzuschleudern in seinen früheren Zustand eines halbkolonialen und halbfeudalen Landes.

Die Resolution weist darauf hin, daß unter dem Mantel des Marxismus-Leninismus die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan absichtlich die große Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und die grundlegende Linie der Partei verfälschte, absichtlich den Widerspruch zwischen dem Feind und uns in der historischen Periode des Sozialismus verkehrte und eine ultra-rechte, konterrevolutionäre, revisionistische Linie ideologisch, politisch und organisatorisch vorantrieb. Die „Viererbande" ist ein Haufen bürgerlicher Karrieristen und Intriganten, eine Bande von durch und durch Ultra-Rechten und ein Klüngel alter und neuer Konterrevolutionäre. Sie sind typische Vertreter der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie und der Kuomintang Tschiang Kai-scheks innerhalb unserer Partei. Ihre soziale Basis besteht aus den Großgrundbesitzern, reichen Bauern, Konterrevolutionären, schlechten Elementen und der neuen und alten Bourgeoisie. Alle ihre verbrecherischen Aktivitäten entsprangen ihrer reaktionären Klassennatur. Der Kampf unserer Partei gegen die „Viererbande" ist eine Fortsetzung des langdauernden Kampfes, den die chinesische Kommunistische Partei und die revolutionären Volksmassen unter ihrer Leitung gegen die Kuomintang-Reaktionäre geführt haben. Er ist eine Fortführung des Klassenkampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie und eine Fortsetzung des Kampfes zwischen Marxismus und Revisionismus.

Die Resolution stellt fest, daß der Kampf zwischen unserer Partei und der parteifeindlichen Wang-Dschang-Djiang-Yao-Clique der elfte große Kampf der zwei Linien in der Geschichte unserer Partei ist. Der große Sieg, den unsere Partei in diesem Kampf errungen hat, ist dem großen Führer und Lehrer, Vorsitzendem Mao Tsetung, zu verdanken, dem weisen Führer Vorsitzendem Hua Guofeng, Vizevorsitzendem Yä Djiän-ying und dem Zentralkomitee der Partei mit Vorsitzendem Hua an der Spitze und unserer großen Partei, großen Armee und unserem großen Volk.

Die Resolution weist darauf hin, daß durch eine große Zahl von Beweisen, die durch Untersuchungen gesammelt und bestätigt wurden, erwiesen ist, daß Dschang Tschun-tjiao ein Spezialagent der Kuomintang ist, Djiang Tjing ein Renegat, Yao Wen-yüan ein klassenfremdes Element und Wang Hung-wen ein Element der neuen Bourgeoisie. Die Plenarsitzung drückte ihre tiefe revolutionäre Abscheu über die antikommunistischen, gegen das Volk gerichteten und konterrevolutionären Verbrechen der „Viererbande" aus. In Übereinstimmung mit der Forderung der ganzen Partei, der ganzen Armee und dem ganzen Volk aller unserer Nationalitäten und den Bestimmungen des Parteistatuts beschloß sie einstimmig:

1. den bürgerlichen Karrieristen, Verschwörer, konterrevolutionären Ränkeschmied und Element der neuen Bourgeoisie Wang Hung-wen ein für allemal aus der Partei auszustoßen und ihn aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entkleiden;

2. den bürgerlichen Karrieristen, Verschwörer, konterrevolutionären Ränkeschmied und Kuomintang-Spezialagenten Dschang Tschun-tjiao aus der Partei ein für allemal auszustoßen und ihn aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entkleiden;

3. die bürgerliche Karrieristin, Verschwörerin, konterrevolutionäre Ränkeschmiedin und Renegatin Djiang Tjing ein für allemal aus der Partei auszustoßen und sie aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entkleiden; und

4. den bürgerlichen Karrieristen, Verschwörer, konterrevolutionären Ränkeschmied und das klassenfremde Element Yao Wen-yüan ein für allemal aus der Partei auszustoßen und ihn aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei zu entkleiden.

Die Plenarsitzung stimmte vollständig überein mit der Entscheidung des Politbüros des Zentralkomitees, den XI. Nationalkongreß der Kommunistischen Partei Chinas vorzeitig einzuberufen, und stimmte den Vorbereitungen voll zu, die das Politbüro des Zentralkomitees zur Einberufung des Kongresses getroffen hat.

Die Plenarsitzung bestätigte einstimmig die Tagesordnung für den XI. Nationalkongreß der Partei:

1. Politischer Bericht des Zentralkomitees
2. Änderung des Statuts der Kommunistischen Partei Chinas und Bericht über die Änderung des Parteistatuts und
3. Wahl des Zentralkomitees.

Die Plenarsitzung diskutierte und billigte grundsätzlich den politischen Bericht des Zentralkomitees, den Bericht über die Revision des Parteistatuts und den Entwurf des geänderten Parteistatuts. Sie beschloß, den XI. Nationalen Parteikongreß zu einem geeigneten Zeitpunkt in diesem Jahr einzuberufen.

Die 3. Plenarsitzung des X. Zentralkomitees festigte die Siege bei der Zerschmetterung der „Viererbande", führte sie weiter und traf umfassende politische, ideologische und organisatorische Vorbereitungen für die Einberufung des XI. Nationalen Parteikongresses. In Übereinstimmung mit den Lehren des Vorsitzenden Mao über „Vertrauen in die politische Erfahrung und Weisheit des Kollektivs" entfaltete die Plenarsitzung vollständige Demokratie. Stets herrschte eine herzliche Atmosphäre der Einheit, der Militanz und der Lebenskraft, und die Sitzung erfüllte ihre Aufgaben siegreich.

Die Plenarsitzung war der Ansicht, daß die internationale Lage sich in einer Richtung entwickelt, die für das Volk von China und die Völker der Welt günstig ist. Wir müssen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus hochhalten, entschieden die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao für die auswärtigen Angelegenheiten anwenden, unsere Einheit mit dem internationalen Proletariat und den unterdrückten Völkern und unterdrückten Nationen auf der ganzen Welt festigen, unsere Einheit mit den Ländern der Dritten Welt stärken, uns mit allen Ländern verbinden, die Aggression, Subversion, Einmischung, Kontrolle und Vorherrschaft durch Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind und dem Hegemonismus der beiden Supermächte entgegentreten – der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten.

Wir müssen unsere Einheit mit allen wirklich marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen auf der ganzen Welt stärken und den Kampf gegen den modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique als Zentrum zu Ende führen.

Die gegenwärtige internationale Lage und die Lage im Land ist ausgezeichnet. Die Plenarsitzung ruft die ganze Partei, die ganze Armee und das Volk aller Nationalitäten im ganzen Land auf, das Große Banner des Vorsitzenden Mao zu jeder Zeit hochzuhalten, seine Weisungen auszuführen, sich noch enger um das Zentralkomitee der Partei mit Vorsitzendem Hua an der Spitze zusammenzuschließen, an der grundlegenden Linie der Partei, an der Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festzuhalten, die strategische politische Entscheidung anzuwenden, den Klassenkampf als Hauptkettenglied bei der guten Führung der Geschäfte des Landes anzupacken, den großen Kampf zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" bis zu Ende zu führen, die Revolution anzupacken, die Produktion und andere Arbeit zu fördern und die Vorbereitung auf den Kriegsfall voranzutreiben, die Massenbewegung „Lernen von Datjing in der Industrie, von Dadschai in der Landwirtschaft, Lernen von Lei Feng und von der 6. Harte-Knochen-Kompanie der Volksbefreiungsarmee" zu vertiefen und die Einberufung des XI. Nationalen Parteikongresses zu begrüßen durch neue Errungenschaften in der sozialistischen Revolution und im sozialistischen Aufbau!

Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen!

(Übersetzung der Redaktion aus der englischen Ausgabe vom 23.7.77)



36 Seiten Preis 0,60 DM
Best.Nr. 0399

HUA GUO-FENG
WEITERFÜHRUNG DER REVOLUTION UNTER DER DIKTATUR DES PROLETARIATS BIS ZUR VOLLENDUNG

45 Seiten Preis 0,70 DM
Best.Nr. 0512

Zu beziehen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190240, 6000 Frankfurt (Main) 19

Der niedrige Lohn zwingt zu Schichtarbeit und Sonntagsarbeit

Klöckner-Hütte Bremen

Bremen. Während des letzten Jahres wurden auf der Klöckner-Hütte ständig Arbeiter eingestellt. Dies war auch während der Kurzarbeitsperiode im Frühjahr der Fall. In dieser Zeit allerdings im wesentlichen nur Facharbeiter. Im Sommer letzten Jahres vor der Explosion des Cowpers wurden Arbeiter am Hochofen eingestellt. Hierbei handelte es sich meist um junge Arbeiter, von denen viele aus Bremerhaven kamen, was bedeutet, zwölf Stunden von zu Hause weg zu sein. Die meisten wurden durch das geringe Arbeitslosengeld und die Drohung, ihnen dies bei „Arbeitsverweigerung" auch noch zu streichen, gezwungen, solche schweren Arbeiten wie am Hochofen anzunehmen. Viele sind heute nicht mehr auf der Hütte. Sie haben Mittel und Wege gefunden, sich der frühen Ruinierung ihrer Arbeitskraft durch die Schinderei am Hochofen zu entziehen. Im Herbst hat Arbeitsdirektor Sporbeck auf einer Betriebsversammlung erklärt, sie hätten leider dreizehn zusätzliche Lehrstellen nicht besetzen können und würden dies bedauern, weil sie damit einen Beitrag im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit leisten wollten. Es hat sich rausgestellt, daß es sich um Lehrstellen des neuen Berufs „Hüttenfacharbeiter" handelte.

Zur Zeit werden nur besonders benötigte Arbeitskräfte eingestellt (Schlosser, Kranfahrer usw.). Die jüngeren Arbeiter werden meistens für Arbeiten mit niedrigen Lohngruppen eingesetzt. An den Scherenstraßen im Kaltwalzwerk sind viele Arbeitsplätze, die früher mit türkischen Arbeitern besetzt waren, jetzt mit jungen, neu eingestellten westdeutschen Arbeitern besetzt worden.

Im Laufe des letzten Jahres ist an drei Anlagen die Schicht ausgeweitet worden. An den ersten zwei Anlagen gab es dagegen starken Widerstand, der aber von den Kapitalisten mit Unterstützung des Betriebsrates niedergeschlagen wurde. Der Betriebsrat sagte den Kollegen an der Beize Kaltwalzwerk: „Wenn Ihr der Ausweitung nicht zustimmt, ist für Eure Arbeitsplätze nicht mehr zu garantieren." Dies war kurz vor dem Kauf der Maxhütte durch Klöckner. Die Maxhütte verfügt über ein wesentlich modernen Kaltwalzwerk.

Bei der letzten Schichtausweitung ist unter der Belegschaft der Anlage keine Einheit im Kampf gegen die Ausweitung zustande gekommen. Etwa die Hälfte war deshalb „für die Sonntagsarbeit", weil sie die 70 % Sonntagszulage brauchten. Der Betriebsrat sagt zu den Überstunden: „Es muß ja jeder Kollege die Möglichkeit haben, sich etwas dazu zu verdienen."

Bei den Kranfahrern im Warmwalzwerk I und im Warmwalzwerk II werden viele Überstunden verfahren. Die Schichten sind unterbesetzt. Es fehlen Kranführer. Ein Kranführer sagte: „Ich mache die Überstunden, weil ich das Geld unbedingt brauche, und außerdem weiß man ja nicht, wie das aussieht mit Entlassungen, wenn man keine macht." Beim Wechsel von Nacht- auf Frühschicht haben viele Arbeiter Schwierigkeiten, plötzlich wieder morgens um fünf aufzustehen.

Einem Kranelektriker, der eine Stunde zu spät zur Frühschicht kam, wurde vom Meister gedroht, daß die geplanten 450 Entlassungen sicherlich noch nicht die letzten seien.

Geplant sind Rationalisierungsmaßnahmen bei den Elektriker- und Schlosserbetrieben. Die einzelnen Betriebe, die alle bisher für bestimmte Bereiche zuständig sind, so z.B. für Kräne, Hochofen, Warmbreitbandstraße, Dampfrohre usw., sollen zu einem einzigen Betrieb zusammengefaßt werden, um so Einsparungen bei den Facharbeitern vornehmen zu können.

Es hat in der letzten Woche am Montag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung zu den geplanten Entlassungen gegeben. Auf der Versammlung waren nur etwa 80 anwesend. Die Sozialdemokraten und Revisionisten im Betriebsrat und von der Vertrauensleutekörperleitung meinten, die Arbeiter und Angestellten sollten sich nur nicht so sicher fühlen. Ein sozialdemokratischer Betriebsrat erklärte, das beste wäre ja der Kampf gegen die Entlassungen. Wie das aber so aussieht, wäre es wohl notwendig, den „gesetzlichen Abwehrkampf" vorzubereiten. So sind inzwischen zwei Rechtsexperten der IGM-Zentrale Frankfurt eingetroffen, die dem vom Werksvorstand vorgelegten Entlassungsplan auf „Ungesetzlichkeiten" untersuchen sollen.

Ein kommunistischer Arbeiter ist aufgestanden und hat gesagt, daß man unverzüglich den Lohnkampf einleiten müsse und den Kampf für mehr Lohn mit dem Kampf gegen die Entlassungen verbinden müsse. Er hat eine 200 DM-Lohnforderung vorgeschlagen. Daraufhin hat der sozialdemokratische Betriebsrat Milbrandt ihm Augenwischerei vorgeworfen. Man solle endlich mal einen vernünftigen Vorschlag machen. Das mit dem Verhandeln sei nicht das Wahre, aber was solle man halt machen. Der kommunistische Arbeiter hat vorgeschlagen, für „200 DM für alle" und „Keine Entlassungen" zu streiken. Die Kollegen haben dafür Beifall geklatscht. Ein älterer Angestellter ist dann nach vorne gegangen und hat gesagt, er wäre beim Streik dabei. Es müßten nur wirklich alle mitmachen. Der Betriebsrat hat inzwischen einen Gegensozialplan ausgearbeitet, über den er mit der Geschäftsleitung verhandeln will. – (Zelle Klöckner-Bremen)

Interview mit einem Klöckner-Arbeiter

Als Du auf der Hütte anfingst, war die Hütte Bremen vier Jahre durch die Klöckner AG übernommen. Kannst Du uns sagen, welche Produktionsanlagen damals standen und welche dann dazu kamen und dann wieder stillgelegt wurden?

Als ich 1961 auf der Hütte anfing, stand das Siemens-Martin-Werk, Zementwerk Hochofen III und Hochofen IV, das Warmwalzwerk I und das Kaltwalzwerk. Das Siemens-Martin-Werk wurde ungefähr 1972 stillgelegt und durch das LD-Werk ersetzt. 1974 wurde das Warmwalzwerk I durch das Warmwalzwerk II ersetzt. Zu den Hochöfen III und IV kam Anfang der siebziger Jahre noch der Hochofen II hinzu.

Wie haben sich in der Zeit die Arbeitsbedingungen entwickelt und wie die Nacht- und Schichtarbeit?

In den 13 Jahren ist die Belegschaft der Schichten auf die Hälfte reduziert worden. Verschiedene Produktionsabläufe sind automatisiert worden. Früher brauchte der Vorarbeiter in der Zementverladung nur die schriftlichen Arbeiten erledigen. Heute muß er schreiben und mit verladen.

Welche Lohngruppe hast Du selber, und wie war die Entwicklung Deines Lohns im Laufe der Jahre?

Daß ich immer zu wenig verdient habe. Ich hatte bis 1973 die Lohngruppe Vier in Conti-Schicht und habe heute Lohngruppe Fünf in Normalschicht, was im Monat ungefähr 1 200 DM macht.

Heute gibt es auf der Hütte neun Lohngruppen, ein weit gefächertes, für verschiedene Produktionsbereiche verschiedenes Prämiensystem.

Als ich auf der Hütte anfing, gab es, wenn ich mich richtig erinnere, sieben Lohngruppen. Später wurde das Punkt- und Prämiensystem eingeführt. Früher lagen die einzelnen Lohngruppen näher beieinander als heute. Die Ursache dafür sind die Prozentabschlüsse bei den Lohnrunden.

Welche Forderung muß für den Lohnkampf aufgestellt werden?

Ich denke, daß es mindestens 200 DM für alle im Monat mehr sein müssen.

JACOBS

Für unsere Instant-Produktion im Werk „Deich" und „Bremen-Hemelingen" suchen wir zum baldigen Eintritt:

Maschinisten

mit entsprechender Ausbildung (Maschinisten-Pat. C 2–C 4) für die Bedienung unserer modernen Instantanlagen im vollkontinuierlichen Dreischichtdienst.

Ferner für das Werk „Hemelingen"

qualifizierte Maschinenschlosser/Einrichter

für die Bedienung, Wartung und Reparatur unserer modernen Verpackungsmaschinen, im Zweischichtdienst, wochenweise wechselnd.

Arbeitszeiten im vollkontinuierlichen Dreischichtdienst:
Frühschicht: von 6.00–14.15 Uhr
Spätschicht: von 14.00–22.15 Uhr
Nachtschicht: von 22.00– 6.15 Uhr

Arbeitszeiten im Zweischichtdienst:
Frühschicht: von 6.15–14.30 Uhr
Spätschicht: von 14.15–22.30 Uhr

Für diese Tätigkeiten gewähren wir neben einer zeitgerechten Entlohnung und beachtlichen Sozialleistungen weit über dem Durchschnitt liegende Schichtzuschläge, mit denen Sie Ihre Bezüge bis zu 25 % steigern können.

Sie sollten sich Ihren neuen Arbeitsplatz einmal unverbindlich ansehen und sich mit uns unterhalten.

Bitte vereinbaren Sie hierzu ab Montag über Tel. (04 21) 60 93 456 (Durchwahl) einen Termin mit unserem Herrn Jendryschok, oder senden Sie Ihre Bewerbung an

Joh. Jacobs & Co. GmbH., Personal
Langemarckstr. 4–20, Postfach 10 78 40, 2800 Bremen 1

Jakobs-Bremen. Es hängen Stellenausschreibungen an den schwarzen Brettern, die die Schlosser dazu anwerben sollen, fest als Arbeiter an der Maschine und als Linienführer tätig zu werden. Statt fünf Arbeiter (Frauen) an den Maschinen der Linie will die Geschäftsleitung drei, davon zwei Schlosser. Der Schlosser als Linienführer soll 6,50 DM Zulage am Tag erhalten. Die zweite Schlosser an der Linie 3,70 DM. Das soll die Spaltung weiter befördern und die Einführung des Dreischichtbetriebs vorbereiten, wozu die Maschinenbesetzung mit Frauen ein Hindernis ist. Kein Schlosser hat einen solchen Vertrag unterschrieben.

läufe sind automatisiert worden. Früher brauchte der Vorarbeiter in der Zementverladung nur die schriftlichen Arbeiten erledigen. Heute muß er schreiben und mit verladen.

Welche Forderung muß für den Lohnkampf aufgestellt werden?

Ich denke, daß es mindestens 200 DM für alle im Monat mehr sein müssen.

Ein kommunistischer Arbeiter ist aufgestanden und hat gesagt, daß man unverzüglich den Lohnkampf einleiten müsse und den Kampf für mehr Lohn

3,70 DM. Das soll die Spaltung weiter befördern und die Einführung des Dreischichtbetriebs vorbereiten, wozu die Maschinenbesetzung mit Frauen ein Hindernis ist. Kein Schlosser hat einen solchen Vertrag unterschrieben.

Auffüllung der unteren Lohngruppen und Ausweitung der Schichtarbeit

Westberlin. Maschinenfabrik Berthold. Was vorher Facharbeiter gemacht haben, machen jetzt Hilfskräfte (Facharbeiter Lohngruppe 6 oder 7 plus Zulage gleich 9,50 DM bis 10,50 DM, Hilfskräfte Lohngruppe 4 plus Zulage gleich ca. 8,50 DM). Neueingestellte Techniker und Facharbeiter werden auf dem Niveau wie vor zwei Tariferhöhungen eingestellt (Techniker: 2 000 DM, Elektromechaniker: 9,50 DM pro Stunde).

Die Akkordvereinbarung ist auf zwei weitere Abteilungen ausgeweitet worden. Die Akkordvorgabezeit im Indikatorbau ist von 1 080 Minuten auf 990 Minuten gekürzt worden, nachdem dies als „Verbesserungsvorschlag" eingereicht worden war. Bei einer Elektromechanikerin wurde der Facharbeiterbrief aus der DDR nicht anerkannt und sie wurde in Lohngruppe 4 eingestellt.

Siemens. Im Werk Mariendorf arbeiten gegenwärtig nur ausnahmsweise Arbeiterinnen in zwei Schichten. Bei Einstellungen im Mai ist Zweischichtbetrieb allgemein für August angekündigt worden. Jeder mußte unterschreiben, daß er zu Schichtarbeit bereit ist. Frauen, die den Akkord nicht geschafft haben, wurde eine Zeitlang gesagt: „Morgens ist zuviel Lärm, da kann man sich nicht konzentrieren." Es wurde ihnen die „Chance" geboten, in der zweiten Schicht zu arbeiten. Manche Frauen fangen um 6 Uhr statt um 7 Uhr mit der Arbeit an.

HAW Hamburg. Bei Jahreswechsel wird in der Anodenanschlägerei der Hamburger Aluminiumwerke Zweischichtbetrieb eingeführt. Die Arbeiter sind gegen die Einführung der Schichtarbeit. Bei Zweischichtbetrieb gibt es in der chemischen Industrie keinerlei Zulagen. Die HAW-Kapitalisten konnten den Zweischichtbetrieb durchsetzen. Damit haben sich die Arbeiter aber nicht abgefunden. Sie haben eine Mark mehr für den größeren Verschleiß ihrer Arbeitskraft gefordert. Durchsetzen konnten sie 0,40 DM.

In der Verfahrenskontrolle hatten die Kapitalisten vor, den Zweischichtbetrieb am Anfang des Jahres auf die Schichten auszudehnen. Die Arbeiter hatten zunächst gefordert: Entweder keine Schichtarbeit mehr oder Contischicht. Der Vorschlag mit der Contischicht war deshalb aufgekommen, da der Lohn zum Leben nicht reicht. Contischicht wurde wegen der Zulage 400 bis 500 Mark ausgemacht. Geeinigt haben sich die Arbeiter jedoch dann auf die Forderung nach einer Mark mehr Lohn und „Keine Schichtarbeit mehr". Ab Februar wurde dann keine Schichtarbeit mehr gemacht von den Arbeitern. Gleichzeitig wurden die Überstunden boykottiert, so daß kein Arbeiter im Februar Überstunden gemacht hat.

Luft- und Raumfahrtindustrie: Start frei für die Großfusion

„Nach zwei harten Fusionen . . . steht dem Messerschmidt-Bölkow-Blohm-

Am Kampf um mehr Lohn entscheidet sich der Kurs des Betriebsrates

Vorbereitung Betriebsratswahlen auf dem Bremer Vulkan und bei Lumoprint Hamburg

Bremen. In der letzten Woche wurde von kommunistischen Betriebsräten erneut im Vulkan-Betriebsrat beantragt, die Auseinandersetzung um ein Programm für den nächsten Betriebsrat zu führen. Bei drei Fürstimmen wurde dies mehrheitlich abgelehnt.

Für die Sozialdemokraten war es ein „Karnevalsscherz". Für die Opportunisten sind Programme sinnlos: „Die Sozis machen ja doch was sie wollen", oder: „Wenn schon, dann müssen die Programme in den Branchen aufgestellt werden, hier bringt das nichts mehr." Und man müsse umdenken: „Populäre Forderungen, die jeder versteht, müssen es sein."

So wird versucht, das Aktionsprogramm des Vertrauenskörpers zum 1. Mai zu kippen. Die Arbeiter klären dagegen ihre Forderungen und damit die Frage, was für einen Betriebsrat sie brauchen.

Als jetzt die Schweißerinnen eine Schiffssektion mit reiner Vorgabezeit (d.h. ohne Akkordüberverdienst) von 73 Stunden erst in 95 Stunden fertig hatten und der Akkord in den letzten Monaten eh gerade knapp über 30% lag, haben sie sich geeinigt, daß unbedingt die schon lange aufgestellte Forderung nach einem abgesicherten Mindestakkord von 135% als Schritt hin zum Verbot des Akkordsystems durchgesetzt werden muß.

Auf der Panellschweißstraße, wo für die Schweißer ein garantierter Akkord von 36% gezahlt wird, wissen die Arbeiter, was das bedeutet. „Ein Segen", sagen sie, und daß das überall so sein muß, damit der Knüppelei Schranken gesetzt sind. Obgleich in vergleichsweise hohen Lohngruppen, arbeiten die Schweißer hier fast durchweg 14 Überstunden je Woche, so daß sie auf rund 240 Stunden im Monat kommen. Alle brauchen unbedingt ca. 2 000 DM netto, um hinzukommen.

Jetzt hat sich der Bau der Sektion in der Schiffbauhalle verlangsamt, die Arbeit ist weniger, und das Gerücht von der Einstellung der Überstundenarbeit macht die Runde. Werden die gestrichen, weiß keiner, wie er lang kommen soll. „Das Auto weg? Aber das braucht man ja auch." Also muß mehr Lohn her. Die Arbeiter der Kolonne haben festgestellt, daß sie beständig mit den Überstunden ihre eigene Lebenskraft zusetzen und dennoch ihren Konsum einschränken müssen.

Für Überstunden ist keiner. Werden sie gestrichen, kann man nicht dafür kämpfen, daß sie wieder herkommen. Mehr Lohn muß her, sagen sie, obgleich sie die Schwierigkeit des Kampfes um mehr Lohn sehen.

Man muß alle Arbeiter in die Auseinandersetzung um den Lohn einbeziehen, denn bei jedem ist inzwischen die Lohnerhöhung völlig aufgezehrt. Dazu wollen einige Arbeiter jetzt die Entwicklung ihres Lohns entlang der Lohnzettel der letzten eineinhalb Jahre untersuchen. Am Kampf um den Lohn wird sich der Kurs des zu wählenden Betriebsrates entscheiden. Die Arbeiter sind für klare Forderungen, und daß der Betriebsrat auf einem Programm gewählt werden muß. Man muß sich über den Lohn verständigen, damit man an dem entscheidenden Punkt zum Angriff gegen die verschärfte Ausbeutung übergehen kann. – (Zelle Bremer Vulkan)

Hamburg. Bei Lumoprint finden gegenwärtig vorgezogene Betriebsratswahlen statt, weil der Betriebsratsvorsitzende zum 1. Oktober den Betrieb verlassen will. Bei Lumoprint Zindler KG werden Fotokopierer hergestellt. Der Oetker-Konzern ist mit 30% an der Kommanditgesellschaft beteiligt.

Seit Oetker eingestiegen ist, um mit der Produktion von Fotokopierern sein Kapital profitlich anzulegen, sind die Erfahrungen dieser alten Ausbeutersippe verwertet worden. Die Spaltung der Belegschaft soll mit dem neuen Lohnsystem verstärkt werden. Jeder kleinste Fehler, sei es nur, daß eine Schraube eine Viertel Umdrehung fester gezogen werden muß, wird erfaßt, jede Minute, die man zu spät kommt, durch den Computer ausgewertet. Die Lohnkommission erhält diese Auswertung, belohnt oder bestraft durch Erhöhung oder Kürzung der Zulagen.

Der Betriebsrat hatte diesem Lohnsystem zugestimmt. Aber die Arbeiterinnen am Band 1 haben durchgesetzt, daß alle die gleiche Punktzahl erhalten. Das Wettrennen um Punkte, um die Verteilung des von den Kapitalisten festgesetzten Gesamtbetrages für Zulagen, ist den Arbeiterinnen zuwider. Der Lohnsenkung kann man das sowieso überhaupt nicht entgegenwirken. Bei genaueren Berechnungen anhand der Lohnzettel hatte sich herausgestellt, daß an die 80 bis 100 Mark fehlen im Vergleich zum letzten Jahr. Einige Frauen sind in Steuerklasse V eingestuft und erhalten für einen Monat angestrengter Arbeit etwas über 700 Mark. An beiden Bändern sind in den letzten Jahr die Zeiten gekürzt worden. Für September wurden zwei neue Rationalisierer eingestellt, und sie werden wieder Zeiten aufnehmen und kürzen.

Neulich hat ein Refa-Mann tagelang den Packplatz überprüft. Eine Arbeiterin, die mit einem Zeitvertrag eingestellt war, ist entlassen worden und ihr Arbeitsplatz soll nicht wieder besetzt werden.

Vor zwei Wochen auf der Betriebsversammlung hat eine kommunistische Arbeiterin, die zu den Betriebsratswahlen kandidieren will, folgende Forderungen aus ihrer Abteilung vorgetragen: 100 Mark mehr im Monat, das sind ungefähr 60 Pfennig die Stunde mehr, Bezahlung des Lohns bei Behördengängen, keine Zeitverträge.

Den Zusammenschluß der Belegschaft auf diesen Forderungen fürchtet die Geschäftsleitung. So hat sie sich in die Aufstellung der Kandidaten für den Betriebsrat massiv eingemischt. Ihr taktisches Konzept war, dafür zu sorgen, daß keinerlei gemeinsame Liste mit der revolutionären Arbeiterin zustandekommt, weil niemals 60 Arbeiter und Angestellte für die Kandidatur einer Kommunistin unterschreiben würden. Das erste hatten sie geschafft wesentlich durch Ausschaltung der Gewerkschaft, aber die Hoffnungen der Kapitalisten wurden trotzdem enttäuscht. So wollte z.B. der Halleningenieur persönlich Arbeiter aus dem Werkzeugbau unter Druck setzen, damit sie sich von der Liste der Kommunistin streichen. Die Arbeiter haben diese Einmischung zurückgewiesen, und viele von ihnen kamen am nächsten Tag mit roten Hemden zur Arbeit. Trotz der Manöver hat die Belegschaft alle Kandidaten aufstellen können. Nach dem Betriebsurlaub, Anfang September, wird die Auseinandersetzung um die Forderungen der Belegschaft gegenüber der Geschäftsleitung fortgesetzt und die Wahl der neuen Betriebsräte am 28. September vorbereitet. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Luft- und Raumfahrtindustrie: Start frei für die Großfusion

„Nach zwei harten Fusionen . . . steht dem Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Konzern (MBB) eine weitere im Rahmen der Neuordnung der europäischen und bundesdeutschen Flugzeug- und Raumfahrtindustrie bevor", meldete das „Handelsblatt" am 20.7.

Am Donnerstag hat der Koordinator für Raum- und Luftfahrt, der Staatssekretär Grüner, mit Vertretern des MBB-Konzerns konferiert. Beraten „hat ihn ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank". Darüber, wie die westdeutschen Imperialisten die Konkurrenz auf dem kriegswichtigen Sektor der Raum- und Luftfahrtindustrie ausschalten können und so einen großen Schritt vorankommen bei der Errichtung ihrer Vorherrschaft in Europa. Das Problem: „ . . . auch die holländische Fokker und möglicherweise deren belgische Halbtochter Sabca sollen einbezogen werden. MBB allein wäre nicht stark genug . . . Hier muß der Bund wohl kräftig unter die Arme greifen." (Handelsblatt, 25.7.) Große Kapitalmengen müssen eingesetzt werden. Die Ertragslage bei MBB sei gut, die gewinnträchtige Sparte Wehrtechnik stark im Vormarsch, meldet das „Handelsblatt" einen Tag später. Nur, die Eigenkapitalbasis sei etwas schwach, und Fokker müsse erst saniert werden.

Wie sich die Kapitalisten diese Sanierung vorstellen, können die Arbeiter bei VFW Fokker gegenwärtig erfahren. „Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit ist gestern vormittag im Werk Einswarden ein besonders ehrgeiziges Herzstück des Flugzeugwerkes in Betrieb genommen worden: die neue Halle, in der die moderne Kleberei untergebracht ist. Das 6-Millionen-Projekt wurde nach Auskunft der Werksleitung genau nach Zeitplan fertig." (Nordwestzeitung, 23.7.) Die Hallenkapazität wird damit um 20 % erweitert bei gleichbleibender Arbeiteranzahl. Der nötige Profit für die „Sanierung" soll aus der verschärften Ausbeutung der Arbeiter kommen. Zudem soll die Klebezulage von 15 Pfennig, die sich die Arbeiter in der Kleberei auf Grund der gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen erkämpft haben, gestrichen werden wie auch die außertarifliche Zulage von 275 DM zu Weihnachten. Auf den Knochen der Arbeiter soll die Basis geschaffen werden, im Kampf um die Vorherrschaft im neuen Konzern zu bestehen.

Wolff Walsrode: „Flexiblität und Lernbereitschaft" für die Expansion

Walsrode. „Der Wettbewerb der Unternehmen ist härter geworden. Ein Werk, das bestehen will, muß kurzfristig umdisponieren können und wechselnden Anforderungen gerecht werden ... Es ist das Anliegen des Werkes, ... Mitarbeiter zu gewinnen, die sich für verschiedene Arbeitsplätze qualifizieren. Flexibilität und Lernbereitschaft sind dafür die Voraussetzungen."

Das verkünden die Bayer-Kapitalisten in ihrer Hauspostille für das Folienwerk Wolff-Walsrode. Um noch vorhandene Poren des Arbeitstages zu schließen, werden bei Wolff Arbeiter kurzfristig in andere Arbeitsbereiche „ausgeliehen". Angeblich machen die Arbeiter das freiwillig wegen der Abwechslung. Tatsächlich steht dahinter die Drohung mit Entlassung. Die Umsetzungen werden genutzt zur Rationalisierung in den einzelnen Abteilungen und dazu, mehr Arbeiter in das Vierschichtsystem zu pressen.

Die Bayer-Kapitalisten wollen in der Konkurrenz vorankommen. Das „Handelsblatt" meldet am 29.7., die chemische Industrie der BRD habe die höchsten Arbeitskosten der sechs westlichen großen Industrieländer, um 15% über dem US-Niveau. Verdichtung des Arbeitstages und Senkung des Lohns, das ist das Ziel hinter dem Gefasel von „Abwechslung".

In einem Interview mit einigen der sogenannten „Freiwilligen" versuchen die Kapitalisten, das Verleihsystem allen Arbeitern zu verkaufen. Obwohl natürlich ausgesuchte Arbeiter interviewt wurden, geht das schief. Die Interessen der Arbeiter stehen denen der Kapitalisten diametral entgegen. „In meinem Alter (46, Red.) ist das nicht drin ... Man ist körperlich nicht mehr so belastbar. Schichtarbeit schlaucht. Mir liegt eigentlich eher daran, aus der Schichtarbeit rauszukommen, denn nach 25 Jahren Schicht reicht's mir. Aber ich kann es mir nicht erlauben, weniger zu verdienen." Die Manteltarifverhandlungen stehen an. Siebenstundentag bei ausreichendem Lohn! Verbot der Überstunden, Verbot der Schichtarbeit! Das entspricht den Interessen der Chemiearbeiter.

Auswirkungen des Chemie-Tarifabschlusses

Zum Beispiel im Juni bei BASF: 2310,74 DM brutto – 1429,74 DM netto

In der Chemie-Industrie sind die Löhne und Gehälter um 7 Prozent dieses Jahr erhöht worden. Schon vor dem Abschluß haben wir errechnet, daß diese Erhöhung Lohnraub bedeutet:

„Bei der BASF ist von 1975 auf 1976 der Umsatz je Beschäftigten von 162 241 DM auf 186 208 DM gestiegen, das sind 14,8 Prozent. Die Erzeugerpreise in der Chemie-Industrie sind in dieser Zeit um 1,5 Prozent gestiegen. Reale Umsatzsteigerung war also 13,3 Prozent.

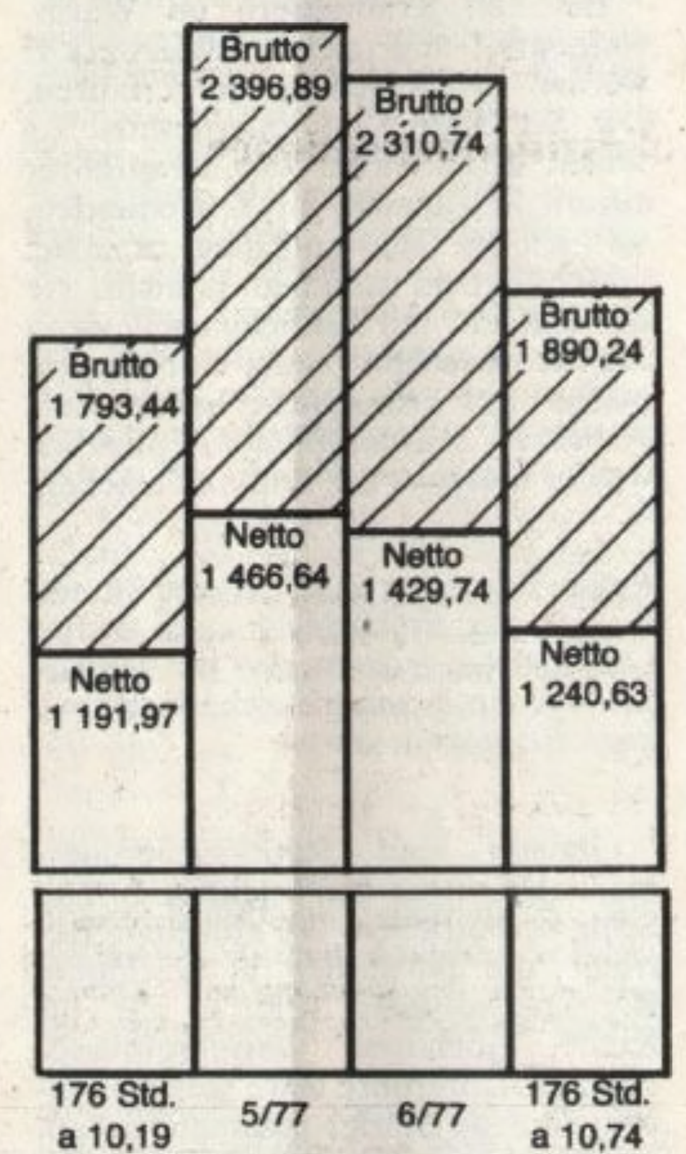
Im selben Zeitraum erhöhten sich die Ausgaben je Beschäftigten von 30 105 DM auf 33 819 DM im Jahr (Angaben BASF Welt). Das ist eine Steigerung von 12,2 Prozent. Die Steigerung der Preise für die Lebenshaltungskosten betrug offiziell in dieser Zeit 6,2 Prozent. Hinzu kommt die wachsende Ausplünderung mittels Steuern und Sozialversicherungen. Die Steigerung des realen Umsatzes, also die Steigerung der Produktion des einzelnen Arbeiters ist stärker gestiegen als der Lohn, den er dafür erhält. Und zwar um die Differenz der Umsatzsteigerung zur Lohnsteigerung.

Diese Steigerung der unbezahlten Arbeit beträgt vor der 7-Prozent-„Erhöhung" 7,3 Prozent. Sie ist mit den 7 Prozent keineswegs abgegolten. Mittlerweile sind die Lebenshaltungskosten von Januar bis April 1977 bereits offiziell um 1,7 Prozent gestiegen. Was die Kapitalisten als Lohnerhöhung bezeichnen, ist in Wahrheit eine Lohnsenkung um 2,0 Prozent. Und das ist vorsichtig gerechnet." (KVZ Nr.23/S.1)

Wir haben uns nun die Löhne in der Chemie-Industrie vor und nach der Tariferhöhung angesehen. Bei der BASF verdiente ein Akkordarbeiter in Lohngruppe III und einem Effektivlohn von 10,19 DM bei 176 Stunden vor der Erhöhung 1 793,44 DM brutto. Übrig blieben nur 1 191,97 DM. Auf dem Lohnzettel für Mai hatte der Arbeiter jedoch brutto 2 396,89 DM aufgeführt.

Das kommt nur dadurch zustande, daß der Arbeiter zusätzlich Urlaubsgeld und 7 Prozent als Vorgriff auf den abzuschließenden Tarifvertrag bekommen hat. Das hatten die BASF-Kapitalisten gemacht, um die Kampffront der Arbeiter zu spalten.

Lohn eines Akkordarbeiters bei der BASF Ludwigshafen



Netto blieben dem Arbeiter 1 466,64 DM. Im Juni sah dann die Lohnabrechnung so aus: 2 310,74 DM brutto und 1 429,74 DM netto. Wenn man das Gestrüpp von zusätzlichen Zulagen für den Monat Juni, wie Pauschalbetrag, abrechnet, bleiben dem Akkordarbeiter bei erhöhtem Effektivlohn von 10,74 DM und 176 Stunden 1 240,63 DM für den Kauf von Lebensmittel. Die 7 Prozent Tariferhöhung bedeutet für ihn eine Nettolohnerhöhung von 48,66 DM oder 4,1 Prozent.

Bei unserer oben aufgeführten Rechnung sind wir immer von einer Lohnerhöhung von 7 Prozent ausgegangen, weil wir nicht die unterschiedliche Besteuerung für eine gesamte Belegschaft berücksichtigen konnten. Jetzt, anhand der Lohnzettel können wir es nachweisen. Tatsächlich hat der Arbeiter aber nur 4,1 Prozent. Das ist ein Unterschied von 2,9 Prozent, die auf die von uns errechnete Lohnsenkung von 2 Prozent zugeschlagen werden muß, d.h. der Arbeiter mußte eine Lohnsenkung von 4,9 Prozent einstecken. Unberücksichtigt bleiben hierbei die weiteren Preissteigerungen ab April 77 und die Gebührenerhöhungen.

Die IG Chemie hat den Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten in der chemischen Industrie zum 31.12.77 gekündigt.

Im Manteltarifvertrag werden u.a. die Arbeitszeiten, der Urlaub und die Zuschläge für Mehrarbeit, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit festgelegt. Die Mehrarbeit, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit ist also im Manteltarifvertrag verankert. Daran wollen diejenigen, die für die Gewerkschaft in der Tarifkommission sitzen, auch nichts ändern.

Der Gier der Kapitalisten, immer mehr Lebenszeit der Arbeiter in Arbeitszeit für die Kapitalisten zu verwandeln, kommen sie sogar entgegen. Der elende Lohn zwingt die Arbeiter zu Mehrarbeit. Durch die Erhöhung der Zuschläge für Mehrarbeit, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit, wie die sozialdemokratischen Führer es fordern, soll der Widerstand der Arbeiter gegen die Schichtarbeit und für die Forderung nach einem ausreichenden Lohn für den Normalarbeitstag gebrochen und unterlaufen werden und treibt so die Arbeiter direkt in die Schicht.

Aus den Verhandlungen mit den Chemiekapitalisten sollen sich die Arbeiter heraushalten. Das können sich die Arbeiter aber nicht erlauben. – (Mi-Red)

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des KBW
Nr. 7, Juli 1977
Inhalt:

aufgeführt.
Das kommt nur dadurch zustande.
man das Gestrüpp von zusätzlichen Zulagen für den Monat Juni, wie Pau-
Der Gier der Kapitalisten, immer mehr Lebenszeit der Arbeiter in Ar-
Der Sozialimperialismus zeigt in Afrika sein neokoloniales Gesicht,

Einzelhandel: Versuche mit Ladenschluß

Einzelhandel: Versuche mit Ladenschluß

„In dieser Legislaturperiode sollen Gespräche mit dem Einzelhandel, Verbänden, Gewerkschaften und Politikern geführt werden, um zu prüfen, ob und wann und wo in Niedersachsen nach 1978 ein Modellversuch mit flexiblen Ladeöffnungszeiten durchgeführt werden soll", teilt jetzt der Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium Ziller mit.

Von 8.30 Uhr bis 18.30 Uhr steht ein Verkäufer heute schon hinter dem Tresen. Das reicht den Handelskapitalisten nicht. Alle von der Arbeiterbewegung erkämpften Schranken wollen sie einreißen. Bis jetzt sind sie bei den Lohnabhängigen im Handel auf Granit gestoßen. Nun soll erneut der Angriff organisiert werden. Die niedrigen Lohnabschlüsse haben sie ermuntert. Der Kampf für die Einhaltung des Achtstundentages und für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich ist der richtige Gegenschlag.

„Mittelklassenförderung"

3 324 „Insolvenzen", also Pleiten, gab es von Januar bis April 1977. Die Krise der Profitwirtschaft führt dazu, daß verstärkt die kleinen Kapitalisten und vor allem die Handwerker, Bauern und anderen Teile der Mittelklassen vom Monopolkapital niederkonkurriert und vernichtet werden.

Die „Welt" widmet den „Freiberuflern" am 23.7. einen Kommentar unter der Überschrift „Vergessene Freiberufler". Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" beklagt die ungenügende Zahl an Firmen- und Geschäftsneugründungen und meint, „es wächst zu wenig nach". Die CDU bringt am 30. Juni erneut einen Gesetzentwurf im Bundestag ein „zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe und zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Mittelständischen Wirtschaft (Bundesmittelstandsförderungsgesetz – BMfG)". Die Zuneigung der Zeitungen der Finanzbourgeoisie und ihrer Parteien gegenüber „dem Mittelstand" wächst von Tag zu Tag. Gleichzeitig ist diese Liebe billig: Der Gesetzentwurf der CDU sieht „keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen des Bundes" vor. Stattdessen sollen Ausgaben „nur nach Maßgabe des jährlichen Haushaltsplans verabschiedet" werden.

Warum das Getue? „Es wächst aber nicht nur nicht genügend nach, man muß auch für die letzten Jahre von einem regelrechten Kahlschlag der selbständigen Klein- und Mittelbetriebe sprechen. Die Zahl der Konkurse und Vergleiche ist beängstigend in die Höhe geschnellt." So die FAZ. Den Lohnschriftsteller der Finanzbourgeoisie macht Sorge, daß mit der Vernichtung der alten Mittelklassen Stützen fehlen für den Versuch der reaktionär-chauvinistischen Mobilisierung der Massen. Daß immer weniger Lohnabhängige die Zukunft als „Selbständiger" anstreben: „Der Drang zur Selbständigkeit nimmt erschreckend ab." Schuldige an der Vernichtung der alten Mittelklassen hat die CDU auch schon ausgemacht: die Arbeiter. „Der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Gerhard Zeitel, kündigte weitere parlamentarische Initiativen der Opposition zur Änderung des Schwarzarbeitergesetzes" an.

Die Bourgeoisie will ideologisches Fußvolk für die Kriegsvorbereitung mobilisieren. – (Z-Red.)

Montage in Heimarbeit: 600 Seiten in der Woche

Anhänge Manteltarifvertrag Druckindustrie / Tarifvertrag Neue Techniken

Hamburg/Hannover. Seit dem 31. Dezember 1976 sind die Anhänge zum Manteltarifvertrag in der Druckindustrie aufgekündigt. In diesen Anhängen werden Fragen wie Maschinenbesetzung, Arbeitsablauf, Pausen usw. geregelt. Ebenfalls seit einem halben Jahr laufen Verhandlungen über die Einführung eines Tarifvertrages zur Regelung der Arbeit an Bildschirmgeräten und Lesegeräten. Seit dem 16. März 1977 nehmen an diesen Verhandlungen auch die Gewerkschaft HBV, der Deutsche Journalisten-Verband und die DAG teil.

Mit dem Einsatz neuer Maschinen, insbesondere im Bereich der Satzherstellung und des Umbruchs, können Tausende von Arbeitern und Angestellten in der Druckindustrie, den Banken, dem Handel und den Versicherungen wegrationalisiert werden. Von 1970 bis Ende 1976 sind allein im Druckbereich 34 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden, und die meisten Arbeiter sind dann auch gleich mit rausgeschmissen worden. Daß diese Rationalisierung durch die Einführung neuer Maschinerie erzielt wurde, kann man an der Verdoppelung der Investitionen im gleichen Zeitraum sehen. Von 1968 bis 1976 konnten so die Kapitalisten dann auch die Umsätze verdoppeln.

In Hamburg gibt es z.B. einen Kleinbetrieb, Arnold-Satz, der für 1,5 Mio. DM u.a. eine Lesemaschine gekauft hat. Auf der Fläche einer normalen Wohnung wird der Satz für Bücher für Rowohlt verarbeitet. Die Manuskripte für die Lesemaschine, die dann den Text satzfertig für eine Fotosatzanlage verarbeitet, werden von ca. 20 bis 25 Frauen in Heimarbeit auf IBM-Maschinen getippt, Honorar nach Seiten und keinerlei Versicherung. Montiert werden die Buchseiten von Montierern auch teilweise in Heimarbeit. Sie bekommen dann einen kleinen Leuchttisch in die Wohnung gestellt. Pro Seite eine Mark, man kann wöchentlich bis zu 600 Seiten schaffen, wenn man schnell ist, natürlich auch ohne Lohnsteuerkarte und Versicherung.

Gruner und Jahr in Hamburg will die Facharbeiter auf Ungelerntenlohn drücken durch Einführung eines integrierten Textverarbeitungssystems. Über Eingabestationen, sogenannte Bildschirm-Terminals, sollen Redakteure, Anzeigen-Sachbearbeiter und auch Setzer Informationen in den Krantz-Computer geben, der dann den Satz herstellt. 30 Bildschirm-Terminals stehen in der Firma, 28 davon in der Redaktion, zwei in der Setzerei. Der Vorteil der ganzen Sache besteht für die Kapitalisten darin, daß schon in der Anzeigenannahme der Satz für die Anzeige auf dem Bildschirm gesetzt wird, also die ganze Anzeigensetzerei wegfällt. Die meisten Arbeiter in der Setzerei haben Dreischichtbetrieb. Jetzt soll umgestellt werden auf eine Schicht, was mit erheblichen Lohneinbußen verbunden ist. Bei dem letzten Lohnraubabschluß von 6,5 % bei Gruner und Jahr wird der Zwang zu Überstunden gesteigert, ebenso in anderen Betrieben. In der oben erwähnten Kleinfirma arbeitet z.B. ein Montierer aus einem Hamburger Großbetrieb noch zusätzlich als Aushilfe, weil der Lohn nicht reicht.

Ein Großteil der Redakteure hat sich geweigert, an den Bildschirmgeräten zu arbeiten. In verschiedenen Abteilungen in der Verwaltung wie der Anzeigenexpedition und der Anzeigenberechnung sollen ebenfalls Bildschirmgeräte eingeführt werden. Die Angestellten sind sich einig, daß bei Einführung der Geräte keiner entlassen und niemand runtergestuft werden darf.

In Hannover sind beim Druck- und Verlagshaus Madsack schon seit langem Bildschirm-Terminals in der Anzeigenaufnahme und in der Abonnentenabteilung eingesetzt. Während der Ausstellung „Drupa '77" haben sich die Kapitalisten ein integriertes Satzsystem für die Redaktion und Seiten-Umbruch-Bildschirmgeräte gekauft.

In dem zur Verhandlung stehenden Tarifvertrag über neue Technik fordern die Vorstände der IG Drupa, HBV, DJV und DAG im wesentlichen, daß an diesen Geräten nur Fachkräfte, also entweder Setzer oder die Angestellten, die sonst diese Tätigkeit verrichtet haben, beschäftigt werden dürfen; eine Umschulung, deren Kosten der Kapitalist zu tragen hat; daß vorzugsweise Arbeiter über 59 Jahren entlassen werden sollen nach einem Sozialplan; eine wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden; bezahlte Pausen von 20 Minuten pro Stunde bei der Arbeit an Bildschirmgeräten; keine Arbeit über vier Stunden ununterbrochen am Bildschirm; ärztliche Untersuchungen; Akkord nur dann, wenn der Betriebsrat dem auch zustimmt; daß der Journalist nur redaktionelle Arbeit mit dem Bildschirmgerät machen soll.

Auf diesen Forderungen ist für die Arbeiter und Angestellten kein Kampf möglich. Facharbeiter und Hilfskräfte, alte und junge Arbeiter, Redakteure und Arbeiter im Satzbereich werden voneinander gespalten. Gleichzeitig werden die Tore geöffnet zur Lohnherabstufung, zur Verlängerung des Arbeitstages und zur Einführung des Akkords. Der Kampf dagegen kann nur einheitlich gewonnen werden, wozu an den Forderungen, wie sie die Druckarbeiter in Versammlungen und Demonstrationen bereits vertreten haben, festgehalten werden muß. Diese Forderungen sind der Siebenstundentag bei Verbot der Überstunden und vollem Lohnausgleich. Und notwendig ist es, schon jetzt die Auseinandersetzung, wieviel Lohn nötig ist und erkämpft werden muß, aufzunehmen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

„Ich konnte nicht mehr nur für Zucker und Salz dastehn"

Wildeshausen. Fünf kleine Dörfer in der näheren Umgebung von Wildeshausen haben wir aufgesucht. In all diesen Orten gab es vor Jahren kleine Läden, die die Landbevölkerung mit Lebensmitteln, frischen Backwaren und meist noch Kurzwaren und anderen Dingen des täglichen Bedarfs versorgten. Außerdem waren diese Geschäfte gleichzeitig wichtige Treffpunkte der Bauern. Heute gibt es nur noch in zwei Dörfern solche Läden, die anderen haben aufgeben müssen. Durch einige Dörfer fährt jetzt dreimal die Woche der Bäckerwagen, einmal ein Lebensmittelwagen und vierzehntäglich der Fischhändler. Folge der Verödung des Landes und der übermächtigen Konkurrenz der Handelsmonopole.

Eine Frau, die 1974 ihr Geschäft schließen mußte, berichtete uns, daß die meisten immer mehr in den Supermärkten einkaufen, weil es dort billiger ist. Bei ihr hätten sie dann nur noch Kleinigkeiten gekauft, die sie vergessen hätten. Verdenken könne man das den Leuten nicht, denn schließlich mußten viele vom Hof runter, um in der Stadt zu arbeiten, und brächten von dort die Lebensmittel mit. Von Zucker und Salz und ab und zu mal Kaffee habe sie aber nicht mehr leben können. Jetzt betreibt diese Frau gemeinsam mit ihrem Mann, einem Postbeamten, eine Gaststätte und unterhält nebenbei eine Postaußenstelle.

„Alle 14 Tage, wenn die Lieferung kommt, sind die Waren wieder teurer geworden."

Wir besuchten die beiden noch existierenden Läden. Fast gleichlautend sind die Berichte der Besitzerinnen. Die erste Frau betreibt das Geschäft seit 25 Jahren gemeinsam mit ihrem Mann. Um sieben Uhr morgens fährt er übers Land und kommt spätabends zurück. Sie arbeiten regelmäßig 18 Stunden am Tag und haben weit weniger als 5 DM für die Stunde. Früher habe man noch etwas verdienen können. Heute aber seien alle 14 Tage, wenn die Lieferung kommt, die Einkaufspreise gestiegen, und dabei bleibe zum Beispiel bei Waschpulver höchstens fünf Pfennig Aufschlag zum Verkaufspreis. Leben könnten sie davon nicht mehr, wenn sie nicht gleichzeitig eine Gaststätte unterhielten. Aber aufgrund der Tradition und der engen Verbindung zur Bevölkerung wollen sie noch solange wie möglich weitermachen.

„Mittelstandsförderung: Wozu denn investieren?"

Ähnlich der Bericht der anderen Frau. Ihr Mann ist verstorben. Mit dem Laden muß sie sich und ihren Sohn durchbringen. Das geht kaum. Aber sie kann nicht aufhören, weil sie nicht sozialversichert ist. Und Arbeit findet sie in ihrem Alter kaum. Mit der Mittelstandsförderung könne sie überhaupt nichts anfangen. Wozu solle sie denn investieren in dem kleinen Dorf, es ginge ja schon so zu Ende. Und außerdem bekäme man vom Staat sowieso nichts umsonst. Alles müsse man mit Zinsen zurückzahlen, und das könne sie nicht. Was bleibe ihr also übrig, als solange wie möglich weiterzumachen? – (Zelle Wildeshausen, Bezirk Weser-Ems)

„Wer die Ordnung in Frage stellt, ist nicht als Mitglied der Universität tragbar“

Verbotsvorbereitung: Säuberung des Öffentlichen Dienstes

„Niemand hat Grund zu der Hoffnung oder der Befürchtung, den Worten der CDU und des Bonner Regierungssprechers zur Frage eines Verbots verfassungsfeindlicher kommunistischer Parteien werde etwas folgen, was entfernte Ähnlichkeit mit Taten hätte“, klagt der Leitartikler der „FAZ“ (29.7.77), nachdem die CDU ein neues Programm zur Inneren Sicherheit vorgelegt hatte und darauf Kanzler-Sprachrohr Bölling in „Heute“ erklärte, daß man jetzt z.B. über das Verbot des KBW sprechen könne.

Wie trotz Uneinigkeit unter den Bourgeois über den zweckmäßigen Zeitpunkt eines Verbots die Verbotsvorbereitung zielstrebig weiterbetrieben werden kann, dafür schlägt die „FAZ“ als passende Taktik vor: Säuberung der Öffentlichen Dienste, und zwar schwungvoll. „Am Beginn der Bundesrepublik galt es als selbstverständlich, daß verfassungsfeindliche Parteien zu verbieten sind und daß ihre Mitglieder nicht Beamte werden können. Das erste ist längst aufgegeben. Sollte auch das Zweite in sich zusammensinken, wäre die wehrhafte Demokratie des Grundgesetzes erschüttert.“

Die Bourgeoispolitiker handeln danach: Vor einer Woche lieferte die „FAZ“ ihren erschreckten Bourgeois-Lesern einen „Frontbericht“ über „Lehrer im Dienste des KBW“ im Regierungsbezirk Hannover. „In den Händen des Staates wird die Schule immer verrotten, weil sie nach dem Profitinteresse der Kapitalisten aufgebaut ist,“ zitiert die „FAZ“ aus einem KBW-Flugblatt gegen die Suspendierung der kommunistischen Lehrerin Ennker, Sekretär der KBW-Bezirksleitung Hannover. Die bürgerliche Klasse fürchtet, daß das zur bewußten Erfahrung der Massen im Kampf gegen das imperialistische Schulwesen wird und der „Frieden“ der Unterdrückung der Arbeiterjugend in den Schulzuchthäusern gestört wird.

Weil er sich weigerte, Fünfen und Sechsen zu geben und damit den Kapitalisten die künftigen Arbeitskräfte schon vorzusortieren als Hilfsarbeiter, wird der Lehrer Kurmann entlassen. „Ungerechtes Privat-Notensystem.“ Keiner hat mehr die Chance, die andern auszustechen. Wo bleibt da der freie Wettbewerb? Und: „Gespräch mit dem Dienstherrn nur per Megaphon“ (FAZ). Unerhört dreist von diesem Lehrer. Wo bleibt da die Treue? Raus mit ihm. – Die Bourgeois sind etwas beruhigt, zumal der Schuldezernent Hackbarth erklärt, weitere Fälle dieser Art zu verfolgen.

„In der Politik herrscht Sommerschlaf ... Das gilt nicht in vollem Umfang für das Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Hannover. Dort bereitet sich Minister Professor Pestel mit seinem Stab auf die Zeit nach den Ferien vor“, schreibt das „Göttinger Tageblatt“ am 23.7. Motto der Vorbereitung: „Wer die Ordnung der Universität in Frage stellt, der ist nicht länger als Mitglied dieser Körperschaft tragbar.“ „Ordnungsstörer“ sind die kommunistischen Lehrenden Dick und Gerdum in Göttingen, Rohwer an der Universität Osnabrück und Steenken an der Universität Oldenburg. Zum 15.8. sollen die ersten drei von den Hochschulen entfernt werden. Sie haben die Kämpfe der Studentenmassen für Koalitionsrechte, gegen das BAföG und gegen die Prüfungen unterstützt. Das hat dem Regiment des Professorenpacks an den Hochschulen einen schweren Schlag versetzt. Untragbar für die Bourgeoisie, daß Ausbilder an ihren universitären Kadettenanstalten sich gegen den Dienstherrn wenden und sich mit den Studentenmassen verbünden. Und soll der Pestel weiter zusehen, wie seine professoralen Kumpane und ihre imperialistische Wissenschaft von den Studentenmassen mit Unterstützung einiger Lehrender angegriffen werden, wie die Wissenschaft des Proletariats den bürgerlichen Gedankenkäfig gefährdet? Wo doch die Hochschulen und ihre „Kadetten“ so großes leisten könnten für die imperialistische Expansion? Also Schluß damit.

„Alles für die Expansion.“ Die Bourgeoisie leitet eine neue Welle in der Säuberung der Öffentlichen Dienste ein. Der Unterdrückungsapparat mit allen Zweigen muß militärisch ausgerichtet sein gegen die Volksmassen. Das KPD-Verbot muß im Öffentlichen Dienst befolgt werden, damit die Bourgeoisie das Verbot der Parteiorganisation der Arbeiterklasse allgemein durchsetzen kann. – (N-Red)

Sofortige Suspendierung führt zum Anheizen der Stimmung und zu unerwünschten Solidarisierungsaktionen

9.6.77
Vermerk von Chr. Ehrenberg, Regierungsrat an der Universität Osnabrück, Sprecher des Landesvorstandes Niedersachsen der Jusos, zur Frage der Suspendierung des Akademischen Rates Dr. Götz Rohwer:

„Im Falle R. erscheint es zweckmäßig, die Maßnahmen (nach §§ 91, 92 NDO) zugleich mit der Einleitungsverfügung für die Untersuchung anzuordnen. Die Voraussetzungen der § 91, 92 NDO liegen hier vor.“ „Da es sich bei der Pflicht des Beamten, sich jederzeit zur FDGO zu bekennen, um eine grundlegende Pflicht des Beamten handelt, deren Fehlen die Entfernung aus dem Dienst nach sich ziehen muß, ist es nicht unverhältnismäßig, eine vorläufige Dienstenthebung gegen R. zu verhängen.“ „Eine gesonderte Begründung für die Maßnahme ist nicht erforderlich ...“ „Auch die Voraussetzungen für die teilweise Einbehaltung der Bezüge gemäß § 92 I, NDO liegen vor.“

13.6.77
Dienstbesprechung beim Minister für Wissenschaft und Kunst. Protokollvermerk des Kanzlers der Universität Osnabrück, Volle:

„Angesichts der emotional sehr aufgeheizten Situation in Osnabrück werden die Erfolgsaussichten eines Vermittlungsvorschlags für die Beendigung des Vorlesungsboykotts diskutiert ...

In diesem Zusammenhang wird erörtert, wieweit die für den 14.6. angesetzte abschließende Anhörung des Ak. Rates Dr. Rohwer zu einer Verschärfung der Situation beitragen wird ...

Es besteht Einigung, daß die Anhörung unter allen Umständen durchgeführt werden soll, und zwar in nichtöffentlicher Form, selbst wenn dies zum Abbruch der Anhörung führen sollte.

Die Vertreter der Universität Osnabrück schlagen vor, dann aber nicht unmittelbar nach der Anhörung die Suspendierung von Herrn Dr. Rohwer auszusprechen. Die Suspendierung hätte zur Folge, daß Herrn Dr. Rohwer zur wirksamen Durchsetzung das Betreten von Dienstgebäuden der Universität untersagt werden müsse. Eine wirksame Durchsetzung dieses Verbotes oder auch eine Kontrolle der Einhaltung ist aber nach Auffassung der Universität angesichts des hektischen Betriebes und der häufigen Zusammenrottung von größeren Studentenmassen nicht möglich.

Der Minister schließt sich der Auffassung der Universität an, daß eine sofortige Suspendierung von Herrn Dr. Rohwer zur Anheizung der Stimmung und zu unerwünschten Solidarisierungsaktionen führen wird. (...)

Der Kanzler der Universität vertritt die Auffassung, es müsse möglich sein, das Untersuchungsverfahren so zügig abzuwickeln, daß der Rektor der Universität als Dienstvorgesetzter die Entlassung von Herrn Dr. Rohwer zum 15.8. aussprechen könne.

Unter der Prämisse, daß das Verfahren so zügig durchgeführt wird, erklärt der Minister sich einverstanden damit, daß von der sofortigen Suspendierung abgesehen wird und die Suspendierung nur dann erneut erwogen wird, wenn eine zügige Abwicklung des weiteren Verfahrens nicht möglich ist und zu befürchten steht, daß das Verfahren zu Beginn des Wintersemesters immer noch nicht abgeschlossen ist.“ (datiert vom 8.7.77)

Das „Gefäß“

Die Parteien seien allesamt zerschlissen, das Vertrauen der Massen in die Parteien erschüttert, konnte man bei Meinungsumfragen hören, schreibt die bürgerliche Presse in den letzten Tagen. Für die Bourgeoisie stellt das ein Problem dar. Sie setzt zur Zeit auf die verhüllte Form ihrer Herrschaft, den Parlamentarismus, das Parteiensystem. Mit Hilfe der Parteien will die Bourgeoisie ihre Kriegsvorbereitungen ungestört über die Bühne bringen. Das Verhungernlassen der Rentner, das Morden in den Krankenhäusern, die Ausplünderung über die Steuern und Gebühren, der Lohnabbau, das alles gehört dazu. Verschiedene Figuren werden aufgebaut, um, wenn nötig, eine neue Partei zu gründen: Strauß mit seinen „klaren“ Vorstellungen, was der „Wirtschaft“ guttut, Blüm, der „Soziale“, Jochen Steffen, der „Linke“, gehören zu dieser Mannschaft.

Jüngst hat Steffen mit dem Artikel „Mutmaßungen über Onkel Herbert“ in der Zeitschrift „das da“ (Nr.8/August 1977) seinen Dienst getan.

Die Bourgeoisie mag sich davon einiges versprechen, denn Steffen hat bisher für derlei Manöver getaugt. Er steht im Ruf, fortschrittlich zu sein.

Steffen nimmt in dem Artikel die Aufgabe wahr, der SPD und dem Reformismus wieder Ansehen zu verschaffen. Sie solle sich besinnen auf ihre Grundwerte, den „Frieden, den Liberalismus und die Rechsstaatlichkeit“. Eigentlich muß sie dazu in die Opposition, dann ist es leichter, den Massen dies zu verkaufen. „Aber, gewählt ist nun mal gewählt. Man kann nicht aus der Regierung gehen, man kann nur aus ihr gefeuert werden.“ (Steffen in „das da“) Da sie nun mal in der Regierung ist, soll sie gefälligst auch ihre Aufgaben wahrnehmen. Und die wichtigste ist die „Wiedererlangung der Vollbeschäftigung“. Steffen soll der Bourgeoisie helfen, den Boden für die Durchsetzung der Zwangsarbeit zu bereiten, wie sie mit der „Arbeit auf Probe“ drei Monate ohne Lohn in den Betrieben und mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von Bund und Ländern bereits eingeleitet sind.

Lassen sich die „Grundwerte Frieden, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit“ mit der SPD nicht mehr verkaufen, dann muß eben eine neue Partei auf dieser Linie her.

Steffen dazu: „Und wenn das Gefäß, das die vereinte Arbeiterbewegung aufnehmen soll, daran zerbricht oder dafür zerschlagen werden müßte, so mag es eben zerbrechen. Aber das muß so geschehen, daß ein neues, besseres entsteht.“ Ein „Gefäß“, in das man die Arbeiterklasse und die Volksmassen einschließt und gefangenhält und unterdrückt, das ist die Vorstellung der Bourgeoisie von der geeigneten Partei zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft.
rechterhaltung ihrer Herrschaft.

Streik auf der „Kayonde Bakare“

Bremen. Seit dem 26.7. streikt die nigerianische Besatzung des Panama-Frachters „Kayode Bakare“ gegen den Hungerlohn von 170 US-Dollar (ca. 385 DM), den ihnen die griechische Reederei KOS-International aufgezwungen hat. Die kapitalistischen Reeder lassen ihre Schiffe unter sogenannten Billigflaggen wie Liberia oder Panama laufen, weil sie damit die Sicherheitsbestimmungen für die alten Kähne umgehen und freie Hand für Lohndrückerei haben. Dagegen fordert die Internationale Transportarbeiter-Förderation (ITF) eine internationale Mindestheuer von 531 US-Dollar (ca. 1 200 DM) monatlich und tritt für kollektive Arbeitsverträge ein.

Am Donnerstag kam der Direktor der Reederei und stellte der Besatzung das Ultimatum, bis 13 Uhr die Arbeit aufzunehmen oder bis 17 Uhr das Schiff zu verlassen. Die Seeleute aber lassen sich nicht einschüchtern und setzen den Streik fort. Nachdem der Versuch gescheitert ist, per Gerichtsbeschluß die Räumung des Schiffes durch die Wasserschutzpolizei zu erzwingen, will die Reederei nun verhandeln. Die bisher verdiente Heuer soll ausgezahlt werden, und über einen ITF-Vertrag will der Eigentümer, angeblich ein nigerianischer Hauptmann, selbst mit der Besatzung und den ITF-Vertretern verhandeln. (Stand: 30.7., 10.30 Uhr)

Mitglieder der Hafenzelle und des Kommunistischen Studentenbundes überbrachten den Streikenden eine Grußadresse der Bezirksleitung Bremen/Unterweser des KBW und führten folgendes Interview durch.

Unter welchen Umständen wurdet Ihr angeworben?

Wir wurden in Lagos (Nigeria) angeworben und es wurde gesagt, wir sollten unter nigerianischer Flagge segeln. Also waren wir sehr überrascht, uns auf einem panamesischen Frachter wiederzufinden.

Wann bekamt Ihr die Arbeitsverträge zu sehen?

Zunächst ist wichtig, daß jeder einen individuellen Vertrag bekam. Damit sollten wir sofort gespalten werden. Zu Gesicht bekamen wir die Verträge erst, als die Pässe bereits eingezogen waren und für den Flug nach Athen gestempelt. Obwohl wir also erst mal an Bord gehen mußten, war klar, daß keiner von uns für 170 Dollar (385 DM), 50 Cent (1,13 DM) für die Überstunde und einen Tag Urlaub im Monat arbeiten wollte.

Wie kam es dann zum Streik?

Die ganze Fahrt über haben wir verlangt, daß die Verträge geändert werden. Aber man hielt uns hin. In Rotterdam, Antwerpen und jetzt in Bremen wurde das Schiff beladen, und jetzt sollte es nach Lagos zurückkehren. Als wir erfuhren, daß die ITF-Verträge 531 US-Dollar (1 200 DM), 3,90 Dollar (8,80 DM) für die Überstunde und drei Tage Urlaub für Matrosen pro Monat vorsehen, traten wir in den Streik. Die meisten von uns sind gewerkschaftlich organisiert und kriegen Streikunterstützung in Höhe der ITF-Verträge.

Hat es Streikbruch gegeben und wie verhalten sich die deutschen Hafenarbeiter?

Also, einige Typen von der Agentur waren hier und haben einen Ladebaum runtergeholt. Dann haben wir uns aber mit allen Mann auf die Winden gesetzt und so verhindert, daß das Schiff seeklar gemacht wird. Einige deutsche Arbeiter sind hier vorbeigekommen und haben sich das Schiff angesehen, aber es waren nicht viele. Streikbrechertrupps hat es nicht gegeben, und wir stehen jede Nacht Wache, um jeden Streikbruch abzuwehren. Wir sind sehr dankbar über die Unterstützung durch ITF und freuen uns sehr über Eure Grußadresse.

Geht die Mannschaft einheitlich vor und wie wollt Ihr den Streik weiterführen?

Die Mannschaft ist sehr geschlossen. Alle 22 nigerianischen Seeleute stehen Streikposten und sogar der griechische Koch unterstützt uns, obwohl der Reeder nur griechische Offiziere und Ingenieure geheuert hat, um zwischen Griechen und Afrikanern zu spalten. Mit Unterstützung der ITF werden wir den Streik solange fortsetzen, bis unsere Forderungen erfüllt sind.

Hamburger Aluminiumwerk:

Arbeiter sind sich einig: Der Schüler muß versetzt werden!

Hamburg. Am Montag kam ein türkischer Arbeiter mit einem Brief in unsere Abteilung, die Verfahrenskontrolle. Er wurde zum dritten Mal ermahnt, in der Schule seines Sohnes zu erscheinen. Erst ein Anruf in der Pause ergab, worum es ging: Der Sohn sollte nicht von der ersten in die zweite Klasse versetzt werden.

Zwei Monate ist er an dieser Schule, seit die Familie hierherziehen mußte. Zuvor hatte er in Gelsenkirchen Unterricht in seiner Heimatsprache. Aber schon jetzt steht für den Schulleiter fest: Besser, der Junge wiederholt die erste Klasse. „Ist der Junge dumm?“, haben wir gefragt. Nein. Das mußte auch der Schulleiter bestätigen. Er spricht und versteht gut Deutsch, aber er schreibt es schlecht. In einem Gutachten der Lehrerin steht: Der Junge ist aufgeweckt und interessiert.

Wir fordern, daß die Schule ihm die Rechtschreibung beibringen soll, dafür ist er ja an der Schule. Die Fähigkeiten des Jungen sollen gefördert werden, er soll nicht einfach aussortiert werden. Dies wird dem Schulleiter als Meinung der Arbeiter der Abteilung am Telefon mitgeteilt. Er räuspert sich. Er will sein Ziel durchsetzen und will jetzt spalten. Später könne er ja vielleicht sogar eine höhere Schule besuchen, aber wenn er jetzt in die zweite Klasse kommt, könne er leicht den Mut verlieren.

Wir in der Abteilung stimmen überein: Man muß ihm Mut machen, gerade auch die Schule. Der Schulleiter wollte sich erst noch einmal beraten. Wir berieten uns auch. Ein Jahr länger Schule, das können die Eltern nicht bezahlen. Und wem mützt diese Aussieberei? Ein Jahr wiederholen. Das entwickelt doch nicht die Fähigkeiten. Das stumpft ab. Es gibt wieder schlechte Zensuren. Und mit einer Fünf im Zeugnis ist gleich die niedrige Lohngruppe im Betrieb vorprogrammiert. Der Junge muß versetzt werden.

Ein jugoslawischer Arbeiter empörte sich: Man kann sich überhaupt nicht leisten, hier in Westdeutschland Kinder zu haben. Es gibt keine jugoslawischen Lehrer. Kommen unsere Kinder wegen Sprachschwierigkeiten nicht so gut in der Schule mit, dann werden sie für dumm hingestellt und aussortiert.

Dreimal haben wir am nächsten Tag anrufen müssen, um den Schulleiter verabredungsgemäß zu erreichen. Der hatte jetzt eine neue Begründung: Es fehlt der Nachweis der bisherigen Schule. Deswegen könne er den Jungen gar nicht versetzen. Das war genug. Wir haben den Betriebsrat eingeschaltet. Der Betriebsratsvorsitzende Hoffmann ist dann mit dem Arbeiter zu dem Schulleiter gefahren, um dort unsere Forderung durchzusetzen. Der Schulleiter hat vorerst auf seinem formalen Argument beharrt. Wir werden da aber nicht nachgeben. – (Zelle HAW/Reynolds, Hamburg)

„Ein Lehrer bleibt immer ein Feind der Schüler, solange er das Notensystem anwendet“

Hamburg. Die Vertrauensleuteversammlung der GEW Hamburg fand in der letzten Schulwoche statt, wo die Lehrer ihre Sortier- und Auslesetätigkeit weitgehend abgeschlossen hatten und die Meldung im Raum stand, daß sich ein Schüler wegen zwei Fünfen im Zeugnis erhängt hatte. Frister, der den Streik abgesetzt hatte, war anwesend. Auf der Versammlung wurden drei Anträge debattiert. Angegriffen wird in dem Vorstandsantrag die CDU/CSU, die die Bildungsreform verhindern wolle und die für die Besoldungsrückstufung verantwortlich gemacht wird. Der Hamburger SPD/FDP-Senat dagegen wird geschont und nur wenn er seine Versprechen nicht einhält, sollen erneut Kampfmaßnahmen auf die Tagesordnung. Frister wurde wortradikal von den Opportunisten angegriffen, doch kein Wort von Sturz der Bundessatzung, denn sie war das Instrument, mit dem der Streik abgewürgt wurde. Ein ähnlicher Antrag wurde von den Anhängern des „Arbeiterkampfs“ eingebracht. Lemke bezeichnete den Antrag „als nicht schlecht“, und er übernahm einen Teil in den Vorstandsantrag. So bekam der Vorstandsantrag mit Hilfe der Opportunisten eine große Mehrheit.

Gegen die Linie der Versöhnung mit dem Hamburger Senat und den Sozialdemokraten, die vom GEW-Vorstand wie von den Opportunisten vertreten wird, wurde ein Antrag eingebracht, in dem es hieß, „daß die Lehrer sich nicht länger vor den Karren der imperialistischen Bildungsreform spannen lassen, weil diese die Auslese und Spaltung der Jugend durch die Noten für die spätere Tätigkeit als Lohnabhängiger nicht beseitigt, sondern noch ausdehnt. Solange sich die Lehrer vom Beamtenrecht an ihre Auslesetätigkeit durch Noten fesseln und von den Schülern isolieren lassen, wird ein Warnstreik keinen Erfolg haben. Die Lehrer müssen die Schüler und Eltern unterstützen, die sich gegen das Abschieben und Aussortieren der Schüler mit Fünfen und Sechsen und das Sitzenbleiben wehren.“ Im letzten Punkt des Antrags werden Konsequenzen gezogen: Abwahl von Frister, Sturz der Bundessatzung.

Daß die Lehrer den Kampf gegen das Notensystem führen müssen, wollen sie erfolgreich für ihre Interessen kämpfen, ist in dieser Woche deutlicher denn je. So schrieb ein Schüler der Peter-Petersen-Gesamtschule, daß ein Lehrer immer ein Feind des Schülers bleibt, solange er das Notensystem anwendet. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Höchste Arbeitslosigkeit seit 1948 in England

In Großbritannien hat die Arbeitslosigkeit mit 1 613 956 Arbeitslosen nach der offiziellen Statistik einen neuen Rekord seit 1948 erreicht, das sind 6,8% der werktätigen Bevölkerung. Ganz besonders betroffen sind die Jugendlichen, von denen „jeder dritte Schulabgänger arbeitslos" ist. (Neue Zürcher Zeitung, 28.7.77) Gleichzeitig sind die Preise für die Lebensmittel der Arbeiterklasse weiter rapide gestiegen. Während die sozialdemokratische Regierung des britischen Monopolkapitals alles daran setzt, Lohnerhöhungen über 10% zu verhindern, also unter der laufenden Reallohnsenkung zu bleiben, sind die Arbeiter entschlossen, Lohnerhöhungen von 20% und mehr zu erkämpfen. In zahlreichen Streikaktionen haben die britischen Arbeiter den Kampf aufgenommen. Noch gelingt es jedoch den Reformisten und Revisionisten, sie zersplittert zu halten. Die Dockarbeiter führen in den Häfen des ganzen Landes Massenversammlungen durch, 20% Mindestlohnerhöhung werden zumeist gefordert. In Hull und Southampton fordern die Dockarbeiter einen festen Grundlohn von 100 Pfund. Die Schichtarbeiter des Flughafens Heathrow haben beschlossen, am 1. August in Streik zu treten, wenn zu diesem Zeitpunkt, wo der zweite Sozialvertrag zwischen den britischen Monopolkapitalisten und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung ausläuft, British Airways sich nicht schriftlich verpflichtet hat, die Schichtzulagen mindestens zu verdoppeln. Wie drastisch es den britischen Imperialisten gelungen ist, mit Hilfe der Sozialdemokraten die Reallöhne der britischen Arbeiter zu senken, wird bei den Transportarbeitern von Chrysler deutlich: Ihr Ziel im jetzigen Kampf sind wöchentliche Lohnerhöhungen von 20 Shilling, um die „Kaufkraft von 1974 wieder zu erreichen". Die Arbeiter von Grunwick, dem Entwicklungslabor in London, haben für den 15. August einen weiteren Aktionstag beschlossen, zu dem sie die Arbeiter im ganzen Land aufrufen, um die Blockade gegen den Grunwick-Kapitalisten durchzusetzen. Bis dahin soll eine Kommission der britischen Regierung ihre Untersuchungen abgeschlossen haben. Den sozialdemokratischen Führern in dem Gewerkschaftsverband TUC und in der Gewerkschaft APEX ist es gelungen, selbständige Aktionen der Arbeiter bis zum Ergebnis der Untersuchungskommission einzufrieren. Inzwischen hat sich ein Großteil der asiatischen Arbeiter, die vom Grunwick-Kapitalisten als Streikbrecher eingesetzt werden, für die Anerkennung der Gewerkschaft im Betrieb ausgesprochen. – (Z-Red.)

Kampf der Reisbauern in Japan

Einen höheren Ankaufspreis für Reis und die Erreichung der Selbstversorgung mit Getreide forderten am 15. Juli 10 000 Vertreter der Reisbauern aus ganz Japan auf einer Versammlung in Tokio. Die japanische Regierung, die den Reis von den Bauern ankauft und dann an die Händler weiterverkauft, will nur eine Erhöhung von durchschnittlich 4,6% bezahlen. Die Versammlung in Tokio war von der Zentralunion der nationalen Landwirtschafts-Kooperativen einberufen worden. Ein große Zahl zorniger Bauern mit Bannern aus Strohmatten und Stirnbändern, auf denen Parolen standen, stürmten das Gelände des Regierungsgebäudes, wo der „Reisrat" seine Sitzung abhielt. Sie forderten Erhöhungen des Ankaufspreises von mehr als 20%. Viele Sprecher auf der Versammlung verurteilten scharf die japanische Regierung, weil sie den Ankaufspreis für Reis unter dem Vorwand, einen Reis-„Überschuß" niedrig halten zu müssen, drückt. Angeblich würde der Reisüberschuß im Oktober auf 3,3 Millionen Tonnen und im Herbst nächsten Jahres auf 4 Millionen Tonnen ansteigen. Gleichzeitig importiert sie große Mengen von Landwirtschaftsprodukten. Diese Politik führt zur Zerstörung der japanischen Landwirtschaft und Vernichtung der kleineren Bauern. Die japanische Regierung betreibt sie, um die Expansion des japanischen Monopolkapitals zu unterstützen. Sie dient dessen Interesse an billigen Arbeitskräften durch die Schaffung einer wachsenden Reservearmee an billigen Arbeitskräften und verbessert die Exportchancen in der Ausplünderung der rohstoffproduzierenden Länder Südostasiens. Gleichzeitig setzt die Regierung ihren „Reisrat", der auch die Verbraucherpreise für Reis festlegt, dafür ein, die Bauern und Arbeiter gegeneinander auszuspielen und in ihrem gemeinsamen Kampf gegen den japanischen Imperialismus zu spalten. So versuchte sie Demonstrationen der „Verbraucher" gegen die Bauern zu organisieren. Sie tritt den Bauern mit dem Argument entgegen, ihre Forderung nach Preiserhöhung richte sich gegen die japanischen Arbeiter, während sie die verelendeten Bauern dazu einsetzt, den Kampf der japanischen Arbeiter zu schwächen und die Löhne zu drücken. So erkämpften die Arbeiter im öffentlichen Dienst und in der privatkapitalistischen Industrie beim Lohnkampf im Frühjahr nur Lohnerhöhungen von durchschnittlich 8,8%, was unter der Inflationsrate für die lebensnotwendigen Waren liegt.

Die Profite des Monopolkapitals im letzten Halbjahr wuchsen hingegen nach Angaben der „Japan Times" um 27,6%. – (Z-Red.)

„Man muß demonstrieren und sich den Ehrenberg mal vornehmen"

Hannover. „Ein überwältigendes Echo hatte die Telefonaktion der ‚Allgemeinen' zu den Folgen des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes. Hunderte von Anrufen stürmten auf die Telefonleitungen der ‚Allgemeinen' ein, die wegen Überlastung vorübergehend zusammenbrachen." Das schrieb die „Hannoversche Allgemeine" vorige Woche. Unsicherheit und Unruhe gäbe es in der Bevölkerung. Aber: „Zu Panik gibt es ... keinen Grund. Am nächsten Dienstag geht es weiter. Wieder werden Fachleute Ratsuchenden Rede und Antwort stehen." Das Gesetz sei halb so schlimm. Schlimm sei die Ungewißheit aufgrund mangelnder Information. Dem könne abgeholfen werden, man solle sich nur vertrauensvoll an die Bourgeois-„Experten" wenden. Wir sind auf die AOK gegangen, um die Auffassung der Massen über dieses Gesetz zu erkunden und um die Bourgeoisie und ihre „Experten" anzugreifen.

Gegen 9.30 Uhr waren wir dort (Schalterstunden nur vormittags außer zwei Stunden in der Woche). Außer uns nur wenige Rentner. Wer hat auch sonst schon Zeit? Außerdem, gern geht niemand dort hin. Wir haben mehrere befragt, warum sie kommen. „Sie haben mich zu Hause angerufen, ich soll vorbeikommen, ich sei ab 1.7. nicht mehr pflichtversichert. 27 Jahre war ich über meinen Mann mitversichert, ich erhalte Erwerbsunfähigkeitsrente von 475 DM, das sei ‚zuviel', ich muß mich jetzt ‚freiwillig' versichern." Mindestens 80 DM wird das diese Arbeiterin kosten.

Ein Rentner: „1 300 DM habe ich im Monat, meine Frau sonst nichts, allein für die Wohnung müssen wir 500 DM zahlen. Meine Frau ist zukkerkrank, ich bin auch krank, wir brauchen zusammen mindestens acht Medikamente im Monat. Ich will einen Antrag auf Befreiung stellen." Die Not treibt die Menschen auf die Kasse, obwohl sie wissen, daß sie Schikane und Unterdrückung erwartet.

Beispiel: Antrag auf Wegfall der Rezeptgebühr. (Wir wollten ihn stellen.) „Ich will einen Antrag auf Befreiung von der Rezeptgebühr stellen." „Sie arbeiten?" „Ich bin Student." „Dann müssen Sie in den zweiten Stock, Herr Müller." Herr Müller im zweiten Stock schnaubt, er habe damit überhaupt nichts zu tun, unten sei ich richtig. Also wieder zurück. Zweite Sachbearbeiterin. Die wird beiseite geschoben. Der Abteilungsleiter kommt. Er schnüffelt: „Welches Einkommen haben Sie monatlich?" „490 DM BAFöG." „Und sonst? Mietzuschüsse, Sozialhilfe? Was zahlen Ihnen die Eltern? Sind Sie überhaupt vom elterlichen Haushalt getrennt? Das müssen Sie belegen. Sie wollen doch nicht behaupten, daß Sie von 490 DM leben? Wer steckt Ihnen noch was zu? Sie arbeiten nebenher? Aha. Dann könnten Sie vielleicht Glück haben. Aber nur wenn Sie regelmäßig über mehrere Monate Medikamente brauchen, nicht nur zweimal im Vierteljahr. Füllen Sie diesen Antrag aus. Um die Belege kümmern wir uns schon, wir rufen an bei Ihrem Arzt."

Eine Dreiviertelstunde hat das gedauert. Schnüffelei bis in den letzten Winkel und Schikane erwarten die Antragsteller. Die alten Arbeiter und Angestellten wollen sich nicht ducken lassen. Ein Rentner: „Ich lasse mich von denen nicht ausschnüffeln, denen sag ich das nicht, muß ich halt sehen, wie ich's mache, spare ich halt am Essen." Die Wut ist groß auf die Regierung und besonders auf Ehrenberg. „Ehrenberg ist ein Schreibtischmörder", steht groß auf unserer Stelltafel vor der AOK. Ein einziger hat Einwände. So könne man das nicht sagen. Sofort gibt es eine heftige Debatte: „Alle Rentner sollen doch verrecken, so wollen sie es haben! Man muß denen da oben auf die Füße treten, die Diäten sofort kürzen. Aber das wird nicht reichen. Man muß mehr machen!" „Man muß demonstrieren und sich den Ehrenberg mal vornehmen." Kampfbereitschaft ist da, nur ob man's durchsetzen kann? Wie? „Selbstverwaltung der Kassen leuchtet mir ein, ja in der Gewerkschaft muß man es durchsetzen."

Nur so kann die Spaltung bekämpft werden. Die ganze Klasse muß diesen Kampf führen. Die Gewerkschaft muß ihn organisieren, die Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen muß erkämpft werden, wie die Finanzierung allein durch die Kapitalisten. Das werden Schläge gegen die Finanzbourgeoisie sein. – (N-Red)

Blutsauger

„Vorläufige Arbeitsanleitung für die Leistungsabteilung der AOK Göttingen"

2. § 182 Abs. 1 Nr. 1b – Versorgung mit Arznei usw.

2.1. Neuer Gesetzestext:

„Versorgung mit Arznei-, Verbands-, Heilmitteln und Brillen ...

2.2. Hinweise zum geänderten Recht.

Die durch das KVKG vorgesehene Einschränkung in der Verordnungsweise ... wird rechtlich letzten Endes erst frühestens ab 1.1.78 wirksam werden.

2.3. Auswirkungen auf die Arbeit der Leistungsabteilung:

Auswirkungen sind nur insoweit denkbar, als vermutlich ein Teil der Ärzteschaft im Sinne des KVKG verordnen wird, also unter Umständen nicht mehr bereit ist, Bagatellarzneimittel wie z.B. Schmerz-, Schlaf- oder Beruhigungsmittel zu verordnen. Bei Beschwerden von Mitgliedern sollten wir diese Handhabung der Ärzte auf alle Fälle abdecken. Wir sollten unseren Mitgliedern nicht ohne weiteres die unter 2.2. geschilderte rechtliche Situation bekanntgeben, sondern ausführen, daß die Verordnungsweise des Arztes nach dem KVKG auch unsere Billigung findet.

gez. Wülfrath (Geschäftsführer)

Von der Billigwurst zur Billigpille

Als der Kaffee teurer und für die Volksmassen zum Luxus wurde, waren die bürgerlichen Zeitungen voll von der Schädlichkeit des Kaffees. Ihm wurde sogar die Zunahme der Herzinfarkte zugeschrieben. Jetzt sollen die Heilmittel zum unerschwinglichen Luxus werden. Die „Bild"-Zeitung läßt sie in einer Serie im Juni durch den Heilpraktiker Köhnlechner verdammen. 24.6.77: „Gefäßleiden, zu denen auch die arteriellen Durchblutungsstörungen ... gehören, sind mittlerweile in Deutschland zur Volkskrankheit Nr. 1 geworden ... Die Patienten bekommen durchblutungsfördernde Medikamente, Bäder, Massagen, manchmal werden ihnen neue Adern ins Bein gesetzt, und die Endstation ist leider die Amputation. Geheilt können die wenigsten werden." „Wissenschaftlich" wird nachgewiesen, daß die Wissenschaft nicht in der Lage sei, die Folgekrankheiten der kapitalistischen Produktion zu behandeln. Nichtbehandlung kostet nichts. Eine andere Methode ist, vor der Schädlichkeit der Medikamente zu warnen, doch nicht zu dem Zweck, die Medikamente brauchbar ohne Nebenwirkung zu machen, sondern um sie ersatzlos zu streichen.

„Bild" am 25.6.77: „Jung bleiben mit Köhnlechner", die „Regel 4": „Fahren Sie nicht gleich grobes chemisches Geschütz auf, wenn sie mal einen Schnupfen haben, eine Grippe oder sich schlapp fühlen. Nicht Tabletten, Sulfonamide und Antibiotika sollten es sein, sondern die natürlichen Heilweisen wie Kräutertees, Wadenwickel, Bäder, Güsse, Bürstenmassagen usw." Hinter dem Symptom des Sich-Schlapp-Fühlens können ernste Erkrankungen stehen wie Leberentzündung, Zuckerkrankheit, Lungenentzündung, Krebs, Nierenentzündungen, Depressionen. Die Volksmassen sollen sich dagegen bürsten und zur „Genesung" ihren Urlaub benützen, wie der Diplomingenieur Harald Frontzek aus Hannover, der sich 8 Wochen Urlaub nahm, um sich von Köhnlechner Ozon einspritzen zu lassen. Der „Spiegel" preist dann auch folgerichtig (Nr. 26/77) den Tod als „Freund" und den „Grenzbereich des Todes" als „ganz ruhig, in einem himmlischen Zustand" an.

In § 368 p Abs. 1 der durch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz geänderten Reichsversicherungsordnung (RVO) liest sich das so: Eine Kommission aus Vertretern der Krankenversicherungen (4), der Ärzteschaft (4), der Pharmaindustrie (3), der Apotheker (1) und der Verbraucher (1) soll „Richtlinien über die Verordnung von Arznei- und Heilmitteln, die dem Arzt die Auswahl therapiegerechter Verordnungsmengen ermöglichen", erarbeiten. Es gibt eine solche Liste schon, von einem sogenannten unabhängigen Arbeitskreis Arzneimittelpolitik Berlin – die „weiße Liste" – im Gegensatz zur „roten Liste" des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie. Sozialdemokraten, Liberale und Opportunisten jubeln, daß endlich der undurchsichtige Pharmamarkt transparent gemacht wird. Das wird er, aber wozu? Bisher war das Erfordernis eines Preisvergleichs schon in den Arzneimittelrichtlinien enthalten, aber mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß vor dem Preis eines Arzneimittels insbesondere der medizinische Nutzen für die Verordnung ausschlaggebend sei. Das fällt jetzt weg.

Damit die Ärzte auch spuren, wird ihnen insgesamt jährlich ein Arzneimittelhöchstbetrag vorgeschrieben, der nicht überschritten werden darf. „Bei der Vereinbarung über den Arzneimittelhöchstbetrag sind insbesondere die Entwicklung der Preise der verordneten Arzneimittel und der Zahl der behandelten Personen einerseits sowie die Entwicklung der durchschnittlichen Grundlohnsumme der beteiligten Krankenkassen andererseits zu berücksichtigen." (§ 368 f RVO) Auf gut deutsch: erst runter mit dem Arbeiterlohn, dann über die gesenkte Grundlohnsumme automatisch und alljährlich zur Heilmittelkürzung. Von der Billigwurst zur Billigpille.

Der Bundesverband der Ortskrankenkassen „begrüßt auch die vorgesehene Kostendämpfung im Arzneimittelbereich. (...) Besonders betont wird: die vorgesehenen Regelungen tasten weder die Therapiepflicht an, noch gefährden sie die Versorgung mit medizinisch notwendigen Arzneimitteln. Von ‚Kassenmedizin' kann also nicht die Rede sein!" (bleib gesund 3/77) Es wird höchste Zeit, daß die Sozialversicherten ihre Kassen selbst verwalten und den Kapitalisten die Rechnung präsentieren. – (Z-Red.)

Tod einer Rentnerin

Presseschau

Hannover. „Unsere Mutter könnte noch immer leben ... Wo blieb der Totenschein? Kinder klagen Krankenhaus an" ist die Überschrift des Hauptartikels in der „Neuen Hannoverschen Presse" vom 20.7.77. „Ist die Rentnerin Emma Lueg, 80 Jahre alt, am frühen Morgen des 7. Juli im Krankenhaus Siloah eines natürlichen oder eines unnatürlichen Todes gestorben?" „Dr. Albrecht Lampe, diensthabender Arzt auf Station 21 in der Todesnacht, vermerkte den unnatürlichen Tod auf dem Totenschein und sagte dies auch der hinterbliebenen Tochter Irmgard Müller. Dieser Totenschein ist nicht auffindbar – er wurde auf Weisung des Anästhesie-Chefarztes Dr. Peter Uter durch einen neuen ersetzt." (Neue Hannoversche Presse, 20.7.77)

Die Dienstaufsicht droht ...

„Klaus Beste (Sozialdezernent der Stadt): ‚Viele Kollegen würden es gerne sehen, wenn er das Weite suchte'. Die Oberärztin Dr. Anneliese Nagel: ‚Er riskiert seine Stellung'. Der Leiter des städtischen Personalamtes Friedhelm Handke: ‚Die Möglichkeiten einer Kündigung sind rechtlich geprüft worden, aber nicht konkret beabsichtigt.'" (NHP, 20.7.)

... und versucht zu spalten – Schweigepflicht

„In das Gespräch mit der NHP schaltet sich die Telefonzentrale ein. (‚Bitte die Oberärztin anrufen.') Dr. Lampe steht unter Zeitdruck. Dann erscheint die Verbindung wie abgeriegelt. Beim zweiten Anruf eine andere Stimme: ‚Bitte rufen Sie später wieder an' (...) Beim dritten Anruf ist Oberärztin Dr. Anneliese Nagel am Apparat: ‚Herr Dr. Lampe darf ihnen keinerlei Auskunft geben.' Dr. Lampe, der danebensitzt, darf nicht ans Telefon." (NHP, 20.7.77)

„Der Vorwurf, der dem jungen Arzt einhellig von allen Seiten gemacht wird: Wenn er sich nicht mit seiner Meinung durchsetzen konnte und in Gewissensnot geraten war, hätte er Oberarzt, Chefarzt, den Gesundheitsdezernenten der Stadt oder die Ärztekammer einschalten müssen. Der Vorstoß in die Öffentlichkeit aber sei der Sache prinzipiell abträglich." „Professor Heymann, Ordinarius für Chirurgie am Oststadtkrankenhaus: ‚... Das geht mit Sicherheit zu Lasten der Patienten. Jeder Arzt wird sich dreimal überlegen, ob er den Eingriff, der mit hohem Risiko verbunden ist, nicht lieber unterläßt.'" (Hannoversche Allgemeine, 23./24.7.)

Wie die Sache vom Tisch bringen?

„Fall Siloah/Ratsherr (SPD, Red.) fordert: ‚Mehr Klarheit!'" „Todesfälle in Krankenhäusern sollten allgemein durch Sektionen geklärt werden." „Es sollten Gutachter oder Schiedsstellen eingerichtet werden, die vom Patienten oder deren Angehörigen in Anspruch genommen werden können, um vermeintliche Kunstfehler abzuklären." (NHP, 21.7.77)

Das irdische Elend wird mit „Nächstenliebe" behandelt

„Alle reden vom Geld. (...) Schwestern tun es nicht." „Soziologen an der Medizinischen Hochschule Hannover haben vor einiger Zeit die Kündigungsgründe bei Krankenschwestern unter die Lupe genommen. 208 Schwestern wurden befragt. Eine einzige gab an: ‚Ich möchte woanders mehr verdienen.'" (NHP, 23./24.7.) „Diese Arbeit hält man nicht lange aus. Vier Jahre lang schon arbeitet Schwester Helga auf der Intensivstation im Krankenhaus Siloah – Jahre, die sie niemals missen möchte. Sie hat viele Menschen sterben sehen – wenn alle medizinische Kunst am Ende war. Sie hat aber auch den Erfolg kennengelernt. Das überwältigende Gefühl, wenn Hilfe und Betreuung nicht vergeblich waren." (NHP, 26.7.)

Viele Menschen kommen zum Sterben ins Krankenhaus, daran sollen sich die Massen wie die Beschäftigten der Krankenhäuser gewöhnen. Das tun sie nicht. Die NHP hat ihre Serie über die aufregende Tätigkeit am Krankenhaus eingestellt.

„... dafür kämpfen, daß die Verhältnisse sich ändern!"

„Ursache der Pflege- und Behandlungsbedingungen sind die Rationalisierungsmaßnahmen, die der Staat seit Jahren in den Krankenhäusern durchführt und die zur ständig steigenden Arbeitsbelastung des Personals geführt haben." (Leserbrief NHP, 26.7.)

„Der Fall Emma Lueg ist kein Einzelfall. (...) Die Angehörigen schreiben, daß sie sich über die Ursachen des Niedergangs ihrer Mutter schlecht aufgeklärt fühlten. Das gleiche habe ich selbst erfahren ... Nach einer Operation ging die Narbe wieder auf und eiterte sechs Wochen lang. (...) Ich konnte so oft nach den Ursachen fragen, wie ich wollte, eine Auskunft bekam ich nicht.

Wenn aber jemand im Krankenhaus schlecht behandelt wird, so liegt das nicht an den Krankenschwestern. Die wissen oft kaum noch, wo ihnen der Kopf steht, rennen von einem Zimmer zum anderen und können nur noch das Nötigste tun, und oft noch nicht einmal das. (...)

Darum ist es wichtig, daß sich die Lohnabhängigen im Krankenhaus zusammenschließen und dafür kämpfen, daß die Verhältnisse an den Krankenhäusern sich ändern." (NHP, 27.7.) – (N-Red.)

Die Gewerkschaft muß den Kampf gegen die Ausplünderung organisieren!

Hamburg. „Klose lehnt Steuersenkungen kategorisch ab", berichtet die „Welt" über den Haushaltsplan des Hamburger Senats 1978. Es sei „unsinnig", daran zu denken, daß die Lohnsteuer gesenkt werden könnte, schreibt das Springer-Blatt. Aufschlußreich ist, wofür der Senat Geld ausgeben will: Modernisierung von Wohnungen, Räumung „unterbelegter" Sozialwohnungen durch sogenannte „Umzugsgelder" bis angeblich 10 000 DM, Wohnungsbau. Hochwasserschutz, wie gehabt, nur für die Produktionsanlagen der Kapitalisten. Der Löwenanteil der Ausgaben für 1978 sind Schulden. Alle Investitionen des Staates werden aus Schulden bei den Banken finanziert. Die Zinszahlungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 19% erhöht, auf fast 1,6 Milliarden DM, die die Bankkapitalisten für ihr Kapital aus den Steuergeldern der Arbeiter fordern. Aufgebracht werden diese Summen über immer schärfere Ausplünderung der Volksmassen. Schon im Haushalt 1977 haben die Steuern 63% der Einnahmen ausgemacht, das waren 10% mehr als im Vorjahr. Über Gebühren, Geldbußen etc. wurden 12 % zusammengerafft, was gegenüber 1974 eine Steigerung von 42 % ergab.

Jetzt will der Senat zum Oktober die Fahrpreise erhöhen. Vier bis sieben DM mehr für die Monatskarte sollen die Arbeiter, Studenten, Schüler und Lehrlinge bezahlen. Dabei soll am stärksten die Monatskarte für Schüler und Lehrlinge erhöht werden. Insgesamt seien die Tarife maßvoll, behauptet der Senat und die Erhöhung sei notwendig, um das Defizit zu decken und den Ausbau der Leistungen zu finanzieren.

Nicht zur Deckung des Defizits verwendet werden soll die feste Dividende der Hamburger Verkehrsverbund (HVV)-Aktionäre, die 5,5 % beträgt. Hauptaktionäre sind Senats- und Bürgerschaftsmitglieder. Nölling, SPD-Wirtschaftssenator, erhält für den Vorsitz im HVV-Aufsichtsrat 90 000 Mark jährlich.

Die Kampffront gegen die Tariferhöhungen wurde in diesem Jahr schon vor der Verabschiedung in der Bürgerschaft aufgebaut, und die Bürgerschaft konnte die Erhöhung nicht mehr vor den Ferien beschließen. Der Wille zum Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen ist groß, was sich darin ausdrückt, daß sogar der DGB Hamburg eine Protestresolution an den Senat schikken wollte. Dabei wollten es die Sozialdemokraten dann bewenden lassen. In den Gewerkschaften gibt es aber keine Ruhe. Auf der letzten Kundgebung gegen die Fahrpreiserhöhungen, die der KBW organisiert hatte, berichtete ein Arbeiter der Hamburger Aluminium-Werke von seiner Betriebsversammlung, die sich gegen die Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen hat und die Gewerkschaftsvertreter der IG Chemie gezwungen hat, sich ebenfalls dagegen zu erklären. Gefordert wird, daß die Gewerkschaft eine Demonstration organisiert. Dafür werden jetzt Unterschriften gesammelt. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)



Westberlin. 700 Menschen haben am Freitagabend gegen die Ausplünderung durch den Westberliner Senat, u.a. die zum 1.8. geplanten Fahrpreiserhöhungen demonstriert. Auf der Abschlußkundgebung wurde die Fortsetzung des Kampfes bekräftigt und beschlossen, das Wochenende zu nutzen, die Kampffront zu verbreitern und zu festigen. Für Montag hat eine Aktionseinheit zu erneuter Demonstration und Aktionen in der Innenstadt aufgerufen. Der Senat fürchtet große Kämpfe der Volksmassen. Die Hauptverwaltung der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) ist in eine Festung verwandelt worden. Vor den Betriebsbahnhöfen und großen U-Bahnhöfen ist Polizei mit Maschinenpistolen aufgezogen. Am Freitag patroullierten schon am frühen Nachmittag Reiterstaffeln über den Ku-Damm.

Weg mit der Fahrpreiserhöhung!

Kiel. 30 Pfennig mehr pro Einzelfahrschein und 8 DM mehr für eine Monatskarte soll den Volksmassen ab 1.10. abgepreßt werden. Ob die Bourgeoisie das wird durchsetzen können, ist überhaupt noch nicht raus. Am Tag der Beschlußfassung fand vor dem Rathaus eine Kundgebung statt, anschließend bildete sich spontan ein Demonstrationszug, der in die Holstenstraße zog. Unter einem Aufruf des KBW zur Aktionseinheit gegen die Fahrpreiserhöhungen wurden innerhalb von vier Tagen 500 Unterschriften gesammelt, darunter 19 Arbeiter des Rüstungsbetriebes MaK. Den Aufruf haben beschlossen: Die Stadtteilgruppen Kiel-Wik und Kiel-Süd der Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo", die Stadtteilgruppe Innenstadt des Komitees gegen den § 218, die Vollversammlung der Soziologiestudenten, die Fachschaftsgruppe Germanistik. Die Vollversammlung der PH Kiel hat mit 60 Stimmen beschlossen: Keine Fahrpreiserhöhungen bei KVAG!



Lüneburg. In der nächsten Woche sollen bei dem privaten Omnibus-Monopol Röhlsberger in Lüneburg die Fahrpreise von 80 auf 90 Pfennig erhöht werden. Schon 1974 wurden sie um 17 % erhöht, 1975 um 15 %, ein Sechserfahrschein von 3,50 DM auf vier DM.

Die bürgerlichen Politiker im Regierungsbezirk Lüneburg müssen diese Preise genehmigen. Sie stimmen jeder Ausplünderung der Volksmassen zu, wenn sie sich nur durchsetzen läßt, z.B. bei den Badeanstaltspreisen, die der Lüneburger Stadtrat im Mai um 20 bis 30 Pfennig erhöht hat. In Lüneburg liegt die Arbeitslosigkeit mit 6,2 % über dem Durchschnitt. Jede Plünderung trifft die Volksmassen besonders.

Die Erhöhung der Buspreise ist erst am Freitag bekanntgeworden. Politiker und Fuhrunternehmer denken, überfallartig ließe sie sich am besten durchsetzen. Dieser Überfall muß zu einem Gegenangriff führen.

Sozialversicherungen: „Die Instrumente sind noch nicht scharf genug"

Öffentliche Dienstherren greifen die Renten an

Kaum einen Monat sind die Gesetze über die „Dämpfung der Kosten" in der Krankenversicherung und die „Anpassung" der Renten über die Parlamentsbühne geschoben, da tönt es wie ein Chor aus der Bourgeoispresse, den Ämtern und Instituten der Bourgeoisie: Niemand soll glauben, daß die Sache damit ihr Bewenden haben könne. Ehrenberg, der diese Gesetzgebung federführend betrieben hat, wird angetrieben. Er läßt inserieren in großem Format: „Seit dem 1. Juli ist unsere Krankenversicherung auf dem Wege der Genesung." Das hat ihm den Vorwurf der „Gesundbeterei" seitens der Frankfurter Bankiers und durch ihre „Frankfurter Allgemeine Zeitung" eingetragen.

Die Finanzbourgeoisie ist sich einig, daß für die Krankenversicherungen die Beitragserhöhungen sein müssen. Die Finanzbourgeoisie ist sich einig, daß die Arbeitslosenversicherung weiter als „Arbeitsverwaltung" ausgebaut werden muß, um die Lohnabhängigen schärfer zu schikanieren und zu unterdrücken und ihren Erpressungsmanövern auszuliefern. Das entscheidende Ziel von Schmidts Regierungsprogramm in dieser Hinsicht: „Die Leistungsfähigkeit unseres sozialen Netzes sichern" aber ist nicht erreicht bisher. Dies Ziel besteht darin, wieder in früherem Umfange über die Sozialversicherung Lohngelder flüssig zu machen, um sie der in Bewegung zu setzenden Kapitalmasse zuschlagen zu können und um über die Finanzierung des Bundeshaushaltes mit diesen Geldern direkt die Ausgabenerweiterungen für das Rüstungs- und Kriegsvorbereitungsprogramm aufzubringen.

Kurz: Die Bourgeois wollen Geld sehen. Und dieses Geld kann in dem erforderlichen Umfange bloß aus der Rentenversicherung geholt werden.



Hier liegt auch der Grund für die Eile, zu der die Bourgeois drängen. Über 100 Milliarden betragen inzwischen die jährlichen Einnahmen. „Und diese gewaltige Summe soll ausgegeben werden für verrentete Arbeitskraft, für Arbeitskraft, die im kapitalistischen Produktionsprozeß bereits verbraucht und zerschlissen ist?", fragen die Bourgeois. „Da bedeutet jeder Monat verlorene Milliarden." Mit großem Entsetzen hat die ganze Bourgeoisie öffentlich die jüngste Schätzung des Verbandes der Rentenversicherer aufgenommen, nach der auch in diesem Jahre die Ausgaben die Einnahmen überschießen werden und weiteres Vermögen für den Ausgleich der Bilanz eingesetzt werden müsse. Bereits jetzt ist das Vermögen der Rentenversicherer mit inzwischen etwa 32 Milliarden auf ein Drittel der jährlichen Beitragssumme geschrumpft, die Rücklage der privaten Lebensversicherer – auf die die Bourgeois beschwörend als Maßstab für die „Leistungsfähigkeit des sozialen Netzes" hinweisen – beträgt mit 120 Milliarden inzwischen gut das Dreieinhalbfache.

Die *Lösung*, die die Bourgeois anstreben, liegt jetzt im Unterschied zu vor zehn Jahren nicht auf der *Einnahmen*seite, sondern auf der *Ausgaben*seite der Versicherungen. Durch die Senkung der Ausgaben sollen die Einnahmen über die Vermögensanhäufung der Versicherungen wieder in die Verfügung der Bourgeois fließen. Das damit beschleunigt anwachsende Elend, in das dadurch vor allem der verrentete Teil der Arbeiterbevölkerung gestoßen wird, mag dann für weitere Beitragserhöhungen gut sein. Sie kann diesen Prozeß bloß weitertreiben, wenn er einmal erzwungen ist. Das ist die Rechnung der Finanzbourgeois.

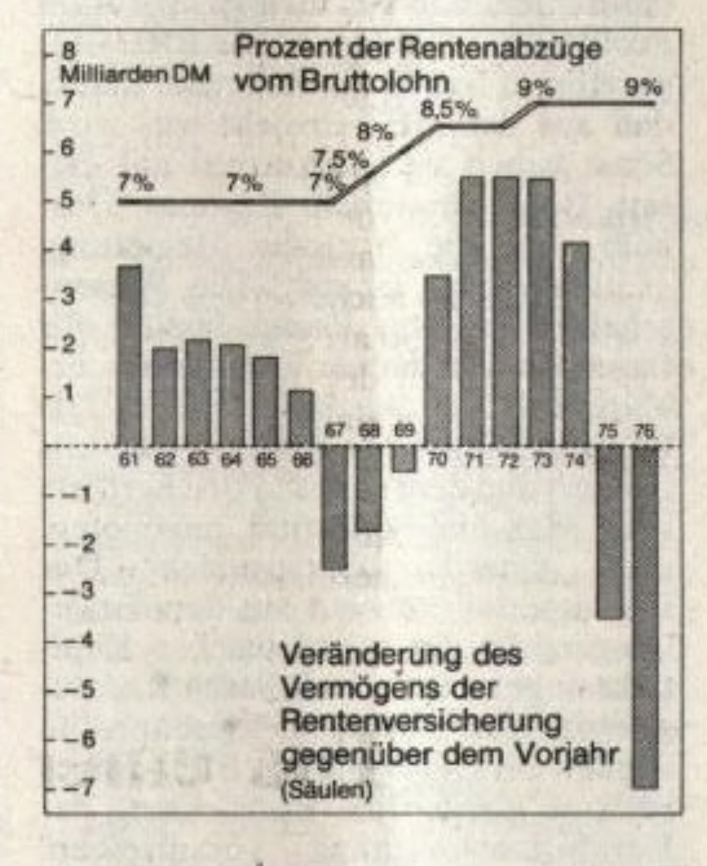
Die Zwangsinstrumente, um diese Lösung zu erzwingen, sind zunächst im „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz" geschaffen und sollen durch die für den Herbst angesetzte Reform der „Krankenhausfinanzierung" durch Einführung der „Eigenbeteiligung" und des „Gewinns" des Krankenhausträgers weiter geschärft werden. Mit Hilfe dieses Bündels von Maßnahmen, um die Rentner ans Messer zu liefern und sie rascher ins Grab zu stoßen, soll dem Auseinanderklaffen von Einnahme- und Vermögensentwicklung von dieser Seite aus beigekommen werden.

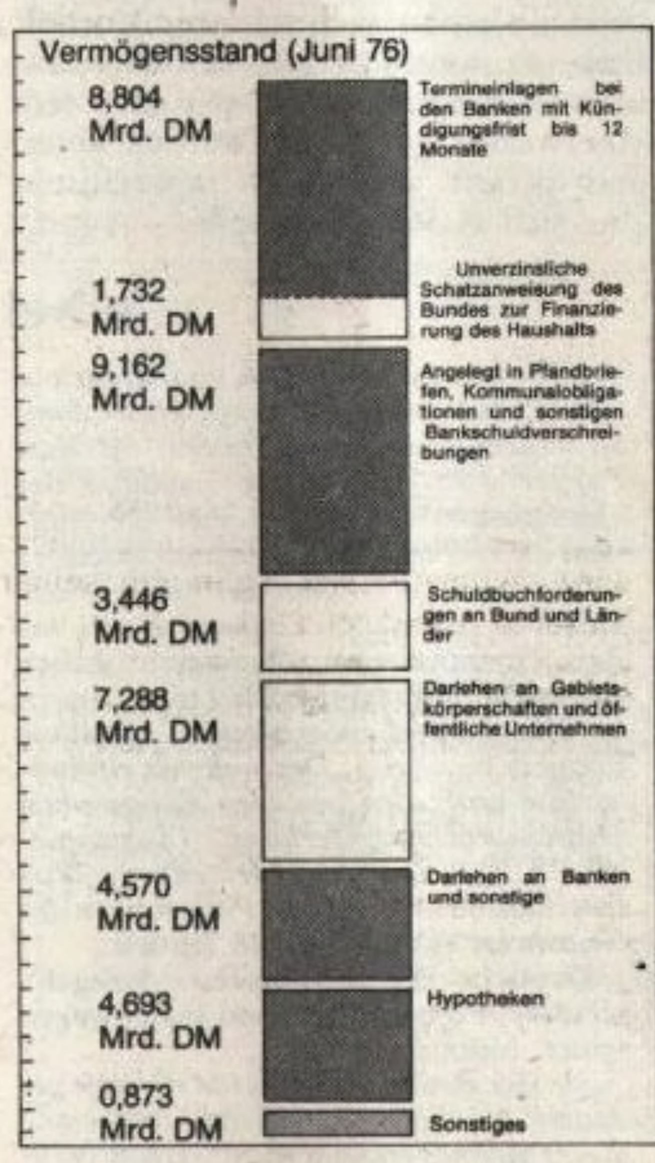
Gleichzeitig aber drängt die Bourgeoisie mit aller Entschiedenheit darauf, den direkten Weg über den Rentenraub zu gehen.

Nachdem Ehrenberg den Plan verfaßt hat, muß jetzt Maihofer den ersten Schritt unternehmen, um die Sache im öffentlichen Dienst durchzusetzen.

Unter Berufung auf die Tatsache, daß inzwischen die Abgabenlast auf den Bruttolohn so gewachsen ist, daß die Renten nach der Bemessung in den öffentlichen Diensten zum Teil darüber liegen, haben die Sozialliberalen kurzerhand eine „Überversorgung" in den öffentlichen Diensten erfunden, die es jetzt abzubauen gelte:

„Das fordern die öffentlichen Arbeitgeber: Das der Gesamtversorgung zugrundezulegende gesamtversorgungsfähige Entgelt wird um die Beträge einer fiktiv errechneten Lohnsteuer (ermittelt nach Steuerklasse III/0) und eines fiktiven Krankenversicherungsbeitrages von 6 v.H. vermindert. Für das Ablesen dieser Verminderungen legten sie sogar schon Tabellen vor." (ÖTV-Sonderinformation für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes vom 13.7.)





Durch Kürzung eines Bruttolohns von 1500 DM z.B. um den „fiktiven Krankenversicherungsbeitrag" und die „fiktive Steuer" entsteht als „gesamtversorgungsfähiges Entgelt" ein Betrag von 1277 DM rund gerechnet. Das als neue Berechnungsgrundlage für die Rentenbezüge gesetzt, soll eine Senkung der Rente von bisher 1125 DM auf 958 DM ergeben.

Mertens hat für den Hauptvorstand der ÖTV erklärt:

„Jetzt kommt es darauf an, daß die Arbeiter und Angestellten in der ÖTV geschlossen zusammenstehen, um die Angriffe auf ihre Gesamtversorgung zurückzuschlagen ... Nur die ÖTV ist stark genug, diese Arbeitgeberforderungen vom Tisch zu fegen."

Das kostet nicht viel für die Sozialdemokraten in der Führung der Gewerkschaft. Es geht ja gegen den Liberalen Maihofer, dem die „Bild"-Zeitung ohnehin schon mit vorzeitiger Ablösung gedroht hat. Forderungen, für die sich die Gewerkschaftseinheit im Kampf herstellen kann, in dieser Lage nicht zu stellen, bedeutet unter radikalen Worten der Bourgeoisie den Weg zur Spaltung der Gewerkschaftseinheit und der Arbeiterklasse zu ebnen.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft haben die Verabschiedung der Gesetze im Juni gedeckt. Mit Ehrenberg haben sie demagogisch das Lied gegen die „Sozialversicherungen als Selbstbedienungsläden" gesungen und aktiv die Unterdrückung der Interessen der versicherten Lohnabhängigen durch diese Gesetze unterstützt.

Jetzt, wo die Entschlossenheit zu gewerkschaftlichen und politischen Kampfaktionen gegen diese Angriffe der herrschenden Klasse wächst, wollen sich die Sozialdemokraten wieder etwas Platz verschaffen. Das ist alles, was hinter ihren Worten steckt.

Läßt man sie gewähren, ist die Spaltung schon ausgemacht: Die „Lösung der Rentnerfrage" mit dem Krankenversicherungsgesetz kann zügig weiter betrieben werden von der Bourgeoisie. Ebenso die „Anpassung" nach dem neuen Rentengesetz. Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst werden isoliert, und die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung werden schließlich selber der bürgerlichen Spaltungslinie mit der „Überversorgung in öffentlichen Diensten" zu der beabsichtigten Wirkung verhelfen. So sind die Erfahrungen in den Tarifauseinandersetzungen. So sind die Erfahrungen im Kampf um die Sozialversicherung. So rechnet auch die Bourgeoisie. Diese Rechnung kann bloß zunichte gemacht werden im Kampf um die Gewerkschaftseinheit für die Herabsetzung des Rentenalters, die Erhöhung der Renten auf mindestens 75% eines Facharbeiterlohns, die Bestreitung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten bzw. den öffentlichen Arbeitgeber und die vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungen. – (Z-Red.)

Brokdorf/Esensham: Aktionen gegen Durchsetzung des Energieprogramms werden vorbereitet.

Für Ende September will die Finanzbourgeoisie über das Oberverwaltungsgericht Lüneburg den Baustop für das Kernkraftwerk Brokdorf aufheben. Die NWK bereitet die Rückführung der Baumaschinen vor. Stoltenberg hat für seine Polizei für August/September Urlaubssperre angeordnet. Die Marschenkonferenz der Bürgerinitiativen hat Aktionen gegen die Rückführung der Baumaschinen beschlossen. In verschiedenen Bürgerinitiativen wird eine Großkundgebung für Mitte September am Bauplatz vorbereitet.

Gegen die Inbetriebnahme des KKW Esensham/Unterweser, die die Bundesregierung jetzt genehmigt hat, bereiten die Bürgerinitiativen im Raum Weser-Ems Aktionen am KKW und Kundgebungen in den Städten vor.

„Bürgerwehr" gegen Kernkraftwerksgegner

Grohnde. Eine „Bürgerwehr" zum „Schutz der Persönlichkeit und des Eigentums" hat der Emmerthaler Betriebsleiter Prothmann gegründet. Mit seiner „Bürgerwehr" will er gegen die „ständige Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung einschreiten", die vom Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm ausgeht. Besonders hat Prothmann die „verlausten Typen" aufs Korn genommen, die auf dem geplanten Kühlturmgelände des KKW Grohnde ein Lager zum Kampf gegen den Weiterbau errichtet haben.

Rein zufällig ist der ehrenwerte Herr Prothmann zugleich Geschäftsführer der Thomas Gottfried KG in Emmerthal, die unter anderem die Kessel für den Kraftwerksbau liefert, natürlich „nur gelegentlich", wie Prothmann der „Frankfurter Rundschau" (28.7.) versichert hat. In Emmerthal ist er als übler Ausbeuter berüchtigt.

Mit der Bürgerwehr will die örtliche Bourgeoisie den Terrorismus gegen die Kraftwerksgegner organisieren. In Grohnde wurden zwei Mitgliedern der Bürgerinitiative Ziegelsteine ins Fenster geworfen, in Hameln einem Mitglied der dortigen Bürgerinitiative ein brennendes Plastikstück in den Tank.

In der nächsten Woche sollen die Bausperrzäune zur Einzäunung des jetzt besetzten Kühlturmgeländes geliefert werden. Der Einbau des Reaktordruckgefäßes, des Kernstücks des KKW, steht bevor. Da kommt eine terroristische Vereinigung unter Führung namhafter Bourgeois gerade recht. „Es sei jedermanns Recht, sich mit anderen zu einer Bürgerinitiative oder Bürgerwehr zusammenzuschließen", ließ das hannoversche Regierungspräsidium verlauten. Der ehrenwerte Herr Prothmann und seine Spießgesellen sollten sich darauf gefaßt machen, daß die Arbeiter und Bauern im Kampf gegen das Energieprogramm ihrer „Bürgerwehr" den Marsch blasen werden.

„Keine definitive Ursache"?

Die Faktoren für einen Herzinfarkt entspringen allesamt der Profitproduktion

„Die Herz-Kreislauf-Erkrankungen stehen sowohl hinsichtlich der Sterbeziffern als auch der Erkrankungshäufigkeit und der Frühinvalidität an erster Stelle", schreibt die Bundesregierung in ihrem Gesundheitsbericht 1971. Das „wissenschaftlich" so hinzudrehen, daß die Massen die Schuld an Entstehung und Entwicklung der Herzkrankheiten trifft, so daß es nur gerecht scheint, ihnen nachher auch die Kosten aufzuhalsen, dafür hält sich die Bourgeoisie eine Riege hochbezahlter Medizinprofessoren.

Vor Jahren noch hatten sie Herzinfarkte als „Managerkrankheiten" verkauft. Die Lage änderte sich, also änderten sich die „wissenschaftlichen Erkenntnisse". Neues wurde erdacht.

„Die coronare Herzkrankheit hat nach heutigem Wissen keine definitive Ursache, sondern zahlreiche Kausalfaktoren, die sich gegenseitig in ihrer Wirkung potenzieren. Man spricht von Risikofaktoren, da ihre Bedeutung nur epidemiologisch (d.h. durch statistische Untersuchung, d.R.) feststeht." (Piper, Innere Medizin) Risikofaktoren sind z.B.: erhöhter Blutfettspiegel, Rauchen, Bluthochdruck, Fettsucht, Diabetes, körperliche Inaktivität, Stress.

Um welches Risiko geht es? Für die Arbeiter geht es um das Risiko der Ruinierung ihrer Gesundheit, das Risiko, mit nicht wiederherstellbarer Arbeitskraft keinen Ausbeuter mehr zu finden. Für die Bourgeois geht es um das Risiko, die Kosten ihrer Profitproduktion von den Arbeitern aufgerechnet zu bekommen. Also gehen ihre Professoren daran, zu beweisen: 1) gibt es keine genau erkennbare Ursache für Herzkrankheiten; 2) liegt es an der persönlichen Unvernunft des Arbeiters, sollte er mehrere Risikofaktoren auf sich kumulieren; 3) ist er dann selber schuld.

Was passiert tatsächlich im Körper, damit es zum Herzinfarkt kommt? Herzinfarkt ist Absterben eines Teils der Herzmuskulatur aufgrund einer Unterbrechung oder Einschränkung der Blutzufuhr. Erhöhter Blutfettspiegel fördert die Ablagerung von Fetten in den Gefässen; erhöhter Blutdruck kann zu Rissen in der innersten Schicht der Wand eines Gefässes führen, wo sich dann einengende Ablagerungen bilden. Auf den Ablagerungen (Arteriosklerosen) bilden sich Thrombosen, die Blutzufuhr zum Herzen wird teilweise abgeschnitten.

Zunahme der Herzkrankheiten 1968 – 1976 BRD

Jahr	Ischämische* Herzkrankheiten	Akuter Herzmuskelinfarkt
	Anzahl	
1968	94 550	59 714
1969	103 739	64 197
1970	105 551	65 714
1971	112 956	69 303
1972	117 669	70 943
1973	121 767	71 076
1974	125 758	72 501
1975	133 158	75 461
1976	143 892	77 681
	auf 100 000 Einwohner	
1968	105,68	98,95
1969	170,48	105,50
1970	174,03	108,35
1971	184,27	113,05
1972	190,28	114,72
1973	196,47	114,68
1974	202,66	116,84
1976	225,10	125,90

* mangelnde Blutzufuhr
(Quelle: Stat. Bundesamt)

In der Reaktion auf vermehrte Belastung, Schreck, Spannung entsteht erhöhter Blutfettspiegel, vor allem durch Freisetzung der Fettsäuren aus den Fettdepots des Körpers; die Hormone Adrenalin und Noradrenalin treiben den Blutdruck in die Höhe. Energie wird vermehrt bereitgestellt. Werden die Energiestoffe nicht durch hohe körperliche Aktivität abgebaut, bleiben sie im Blut und führen zu Ablagerungen.

In der kapitalistischen Produktion, die den Arbeiter zum Anhängsel der Maschine gemacht hat, zeichnen sich die meisten Arbeitsplätze durch vollständig einseitige körperliche Belastung aus. Schicht- und Nachtarbeit machen einen festen Reproduktionsrhythmus unmöglich und bewirken dauernde Spannungszustände; Akkordarbeit, nur unter größter Anstrengung durchzuhalten, ruft beständige übergroße Ausschüttung von Hormonen hervor. Bei einer Untersuchung mit Fließbandarbeitern, deren Entlohnung von Zeit- auf Akkordlohn umgestellt wurde, waren 40 Prozent mehr Adrenalin- und 27 Prozent mehr Noradrenalinausscheidung festzustellen (Levi, Was ist und bedeutet Stress).

Die „Risikofaktoren" sind klar erkennbar und entspringen allesamt der kapitalistischen Profitproduktion. Für die mit Hunderttausenden von Mark geschmierten Professoren sind das „zunehmende Reizüberflutung durch die Zivilisation" (Gillmann, Ludwigshafen) oder Folge von „Urbanisierung mit Entindividualisierung und gesteigerter Frustration, Freizeitmißbrauch, Fehlernährung, Genußmittelsucht u.a." (Schettler, Heidelberg).

Die „Reize", die den Arbeiter überfluten, sind äußerste Arbeitshetze, Schicht, Akkord, Lärm, grelles Licht, Dreckluft, Hitze. Sie sind Billigwurst, Magermilch und Nudeln. Sie sind frühe und irreparable Ruinierung der Arbeitskraft und dafür auch noch die Kosten tragen.

Die Theorie der „Risikofaktoren" ist ideologische Bodenebnung. Für weitere Angriffe auf die Reproduktionsmittel der Arbeiterklasse. Für Behandlung von Herzkrankheiten nur noch unter bestimmten Voraussetzungen. Für direkte Eintreibung der Behandlungskosten. Hilger, Professor in Köln, in seiner Vorlesung: „Wir müssen dem Patienten im offenen Gespräch seine individuelle Situation klarmachen. Wir müssen klarmachen, was er selbst ändern muß." Soll heißen: Weniger Zigaretten. Weniger Fleisch. Weniger Bier. Und zwecks Bewegung vielleicht mit dem Fahrrad statt mit dem Auto zur Arbeit, oder wenigstens zu Fuß zur Bushaltestelle. Einer von Hilgers Oberärzten hat einem Patienten kurz vor einer Herzkatheteruntersuchung – schon auf dem Operationstisch – vorgehalten: Das liege am Rauchen. Ob er sich schon mal überlegt habe, welche Kosten er verursache.

Maßnahmen für diese Art von „Präventivmedizin" sind auch bereits ausgekocht: „Raucherpfennig" etwa, oder „Selbstkostenbeteiligung für Übergewichtige". In der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Der Internist" wird vorgeschlagen, Patienten mit chronischen Leiden gleich gar nicht für eine Herzoperation vorzusehen, gerade wie bei „nicht beeinflußbarer Adipositas (Fettsucht), Nikotin- und Äthylusus (Raucher und Trinker)". „Der Persönlichkeitsstruktur des Patienten ist gleichfalls Rechnung zu tragen."

„Risikofaktoren" und „Reizüberflutung": Für die Arbeiterklasse ist das Risiko die Fesselung, Verstümmelung, Zerstörung ihrer Lebens- und Arbeitskraft in der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Dieses Risiko ist unerträglich. – (w, KHG Köln/Mi-Red)

„Risikofaktoren" – zum Beispiel das Moselstahlwerk in Trier

Fast alle Arbeiter sind in *Contischicht*, also Früh-, Spät- und Nachtschicht, auch übers Wochenende. Wöchentlich wechselnde Essens- und Schlafenszeiten, dauernde nervliche Belastung. *Überstunden:* freie Tage zwischen den Schichten fallen weg, manche Arbeiter haben wochenlang keinen freien Tag. Schlechte Verdauung, ungenügender Schlaf sind das Ergebnis. Viele schlafen nach der Nachtschicht trotz größter Erschöpfung nicht ein.

Im Sommer: den ganzen Tag eine *unerträgliche Hitze*. An kühlen Tagen dann Hitze plus *Zugluft*, überall: am Schmelzofen, Abstich oder Abblasen, im Kran über den geöffneten Schmelzöfen, der Gießkanne oder glühenden Stahlblöcken, am Strangguß am Stoßofen oder in den Steuerbühnen. Kranmotoren und Kühlaggregate fallen aus, die Arbeiter sind gezwungen, weiterzumachen.

Dazu *giftige, staubige Luft* aus den Schmelzöfen, angereichert mit Schwefel, Kali, allen möglichen Verbrennungsrückständen von Kohlenstoff, Phosphor, Blei, Kupfer. Besonders übel sind die Abgase unterm Hallendach, in den Krankabinen. Kaum ein Arbeiter hat es längere Zeit auf dem Ofenkran ausgehalten.

Hitze, Dreck, Abgase werden ergänzt durch einen *höllischen Lärm*, ständige Explosionen der Lichtbögen in den Schmelzöfen zerreissen schier das Trommelfell. Als einzige Lärmschutzmaßnahme hängen Watteautomaten im Werk. Die Watteklumpen helfen kaum was.

Dazu *Verdichtung des Arbeitstages* und die beständige *Antreiberei*: Störungen und Stockungen dürfen nicht auftreten, kommen sie vor, taucht sofort ein ganzer Pulk rotbehelmter Leiter und Meister auf.

Keine erkennbare Ursache für den Herzinfarkt?

Schamlose Ausplünderung durch das Studentenwerk

Hamburg. Billigen Wohnraum würde es für Studenten zur Verfügung stellen, brüstet sich das Hamburger Studentenwerk. Vor allem Abbruchhäuser mietet das Studentenwerk an und vermietet sie billig weiter an Studenten – wenn das nicht sozial sei.

98 Pfennig pro qm zahlt das Studentenwerk an die Hauseigentümergesellschaft.

Von den Studenten verlangt das Studentenwerk das Doppelte für die Wohnungen, die es planmäßig verkommen läßt. Erst 1976 wurde der Zimmerpreis um 10 % erhöht, ohne daß das Studentenwerk auch nur einen Pfennig mehr in den letzten Jahren an den Eigentümer gezahlt oder einen Handschlag an den Häusern gemacht hätte.

Für eine Wohnung mit mehreren Zimmern von 100 qm werden 220 DM verlangt, das Studentenwerk selbst zahlt gerade 98 DM. 35 Wohnungen gibt es dort. Nimmt man 100 DM Gewinn pro Wohnung an, so hat das Studentenwerk 42 000 DM im Jahr aus den Studenten herausgepreßt.

Die Selbstverwaltung der Studentenwerke durch die Studenten und Finanzierung durch den Staat muß erkämpft werden.

Mensaessen: Zwei Kartoffeln und 25 Erbsen

Hannover. Auf Wandzeitungen hat die Kommunistische Hochschulgruppe die Zustände in der Mensula enthüllt und angegriffen. Eine grobe Untersuchung des Mensaessens ergab:

Montag: 1,5 Eier, angerührt mit Quellmittel, zwei Kartoffeln, drei Eßlöffel Möhrensalat, Früchtequark.

Dienstag: „Schnitzel" oder ähnliches – gepreßte Fleischstücke paniert – zwei Kartoffeln, 25 Erbsen, zwei Eßlöffel Möhren, Schokoladenbrei.

Über die Wandzeitungen gab es sofort lebhafte Debatten, Trauben von Studenten bildeten sich ständig davor: Der Fraß ist bei den Studenten verhaßt. Seit zwei Jahren sind die Zuschüsse des Staates gleich geblieben, das BAFöG ist gesunken, was viele Studenten zwingt, das verschlechterte Essen trotzdem zu nehmen. 1,80 DM bezahlen sie dafür. Kein Wunder, daß viele nach einer Stunde schon wieder hungrig sind und immer mehr Studenten unterernährt. Bei einem Studenten wurde jetzt Skorbut festgestellt – er hatte immer in der Mensa gegessen.

In der letzten Woche war gerade ein Ernährungswissenschaftler anwesend, der gegenwärtig das Mensaessen untersucht. Er hat gegen die Wandzeitung polemisiert. Seine eigenen Zahlen wollte er jedoch nicht bekannt geben. Während der Debatte äußerte er aber dann einmal, wenn das Essen so viele Nährstoffe habe, wie die KHG mit Waage und Diättabelle errechnet hatte, wäre er schon froh.

Durchgesetzt werden konnte jetzt, daß der Juso-AStA der TU Hannover die Herausgabe der Ergebnisse der Untersuchung über das Mensaessen fordern und sie veröffentlichen muß.

„JET": Matthöfers Kompromißbereitschaft

Seit 18 Monaten streiten die westeuropäischen Imperialisten um einen Standort für das „JET"-Projekt (JET: Joint European Torus – Gemeinsamer Europäischer Kreis). Es handelt sich bei dem Projekt um die Entwicklung eines Kernfusionsreaktors. Bei etwa 100 Millionen Grad Celsius wird schwerer Wasserstoff (Deuterium) zu Helium fusioniert. Dabei werden riesige Energiemengen freigesetzt (siehe Info-Kasten). Bisher ist die Fusion nur im experimentellen Versuch möglich.

Kernfusion ist die Energiequelle der Zukunft, jubeln die Imperialisten. Einig sind sie sich darin, die Energie in billigen Strom zu verwandeln, um sich auf der Jagd nach Höchstprofiten Konkurrenzvorteile zu verschaffen und durch Export von Fusionsanlagen sich weitere Profite zu sichern. Deshalb will jedes imperialistische Land den Standort im eigenen Land haben.

Deshalb gibt es Krach. Die englischen Imperialisten sagen: „Culham oder nichts." Genscher hat sich mit „besonderem Nachdruck für Garching engangiert". Die Standorte in Italien und in Frankreich sind bereits unter den Tisch gefallen. Am 26. Juli tagte der EG-Ministerrat erneut. Eine Einigung kam nicht zustande. Der Ratspräsident Simonet führte in der Mittagspause das „Beichtstuhlverfahren" durch, wo er den Grad der Widersprüche zwischen den Imperialisten ermittelte. Die Entscheidung wurde jetzt auf den 20. September vertagt. Außenminister Genscher begrüßte das sofort, denn „in der Zwischenzeit bestehe die Möglichkeit, sich weiter um eine Lösung im europäischen Sinne zu bemühen". Matthöfer, der während den Monaten versucht hatte, ein Aufbrechen der Widersprüche zu vermeiden, bekommt jetzt von der CDU Zunder. Das „Handelsblatt" empfiehlt den BRD-Imperialisten: „Notfalls, d.h., ehe sich die vielversprechende deutsche Fusionsforschung ins zweite Glied drängen ließe, sollte eine nationale deutsche Großanlage im Alleingang finanziert werden." In der Lage dazu wäre der BRD-Imperialismus. Im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching bei München haben sie eine Anlage bauen lassen (ASDEX), die vergleichbar ist mit der Anlage, die die US-Imperialisten in Princetown 1978 in Betrieb nehmen wollen. Seit Juni ist sie fertig. Matthöfer ist aber nicht plötzlich schlapp geworden. In Europa strebt der BRD-Imperialismus nach Hegemonie. Er will seine Basis für den Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft gegen die beiden Supermächte schaffen.

Die anderen imperialistischen Länder bilden eine Koalition dagegen. Sie befürchten, daß sie auf der Jagd nach Profit zu kurz kommen. Die BRD-Imperialisten haben ein Interesse daran, daß aus dem JET-Projekt was wird. Sonst haben sie Konkurrenz auf diesem Gebiet innerhalb Europas. Deshalb sagt die britische Regierung: „Culham oder nichts!" Die Wissenschaftler im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik haben inzwischen erklärt, daß sie „entrüstet" seien. Die US-Imperialisten haben darauf bereits reagiert und dem ganzen Forscherteam vom Max-Planck-Institut angeboten, nach Amerika überzusiedeln. Der US-Imperialismus hat aus dem Brasiliengeschäft der westdeutschen Kapitalisten gelernt und will rasch Kernfusionsanlagen bauen. Riesenprofite winken am Horizont. Die BRD-Imperialisten werden die Entwicklung der Kernfusionsforschung vorantreiben, denn sie haben noch weiteren Vorteil: Das Fusionsmaterial besteht aus schwerem Wasserstoff, der aus dem Meerwasser gewonnen werden kann, und sichert den BRD-Imperialisten eine sichere Rohstoffquelle. – (S-Red.)

„JET" – Stützpfeiler des Forschungsprogramms für die imperialistische Expansion

Energie durch Kernfusion ist die Energie der Zukunft, darin sind sich alle Imperialisten einig und haben einen weltweiten Wettlauf begonnen. Das Prinzip der Kernfusion besteht darin, daß nicht durch Spaltung von Atomkernen Energie gewonnen wird, sondern durch das Verschmelzen von Atomkernen. Als Grundstoff wird schwerer Wasserstoff genommen, den man z.B. aus Meereswasser gewinnen kann, daß die Imperialisten überall reichlich zur Verfügung haben. Dieser Wasserstoff wird vom gasförmigen Zustand in den nächst höheren Aggregatzustand, den plasmaförmigen Zustand, gebracht. Plasma besteht aus ionisiertem Gas. Wasserstoff besteht aus einem Atomkern mit einem positiv elektrisch geladenen Teilchen, dem Proton, und einem Elektron, das diesen Atomkern mit großer Geschwindigkeit umkreist. Schwerer Wasserstoff, Deuterium genannt, hat einen Atomkern, der aus einem Proton besteht und einem gleich schweren, elektrisch ungeladenen Teilchen, einem Neutron. Dies Gas wird nun erhitzt auf etwa hundert Millionen Grad Celsius. Bei diesen Temperaturen werden die Elektronen, die den Atomkern umkreisen, von diesem Kern getrennt. Das Plasma ist ein Gas, bestehend aus positiven und negativen Teilchen. Dieses Plasma kann nicht in einem Gefäß aufbewahrt werden, da es keinen Stoff gibt, der derartig hohe Temperaturen aushält, ohne sofort selbst zu verdampfen. Da Plasma aus elektrisch geladenen Teilchen besteht, kann es in einem Magnetfeld gehalten werden. Um die Kernfusion in Gang zu bringen, wird das Plasma so hoch verdichtet, daß die elektrischen Abstoßungskräfte der positiv geladenen Atomkerne überwunden werden und eine Kernverschmelzung stattfindet. Bei dieser Kernverschmelzung wird Wasserstoff in Helium verwandelt. Bei diesem Fusionsprozeß werden große Energien freigesetzt. Diese Energien werden in elektrische Energie verwandelt, was den Kapitalisten billigen Strom bringt und damit Profite. Das macht den Imperialisten den Mund wässrig. Die Magnetfelder, die notwendig sind, das Plasma aufzubewahren und zu verdichten, um die Zündung einzuleiten, haben eine so große Stärke, daß der Strom, der durch die Magnetspulen fließt und die Felder erzeugt, z.B. bei der ASDEX-Anlage 0,5 Megaampere beträgt. Das sind 500 Millionen Ampere. Zum Vergleich, durch ein Bügeleisen fließen etwa 5 Ampere. Das ist nur möglich, wenn das Spulenmaterial „supraleitend" ist. In einem Supraleiter kann ein Strom fließen, ohne nennenswerte Energie, die er mit sich führt, durch Reibungsverluste zu verlieren. Dazu müssen die Magnetspulen auf etwa - 270 Grad Celsius abgekühlt werden. Energiegewinnung durch Kernfusion ist bisher auf experimenteller Basis möglich. Die ASDEX-Anlage von Garching bei München hat einen technischen Stand, der für den Betrieb eines Fusionsreaktors notwendig ist. – (S-Red.)

Jubel der Bourgeois über Sir Popper

„Wer heute nach großen, einflußreichen Denkern der Gegenwart fragt, der wird mit Sicherheit einen Namen hören: Sir Karl Popper", so beginnt die Laudatio der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" vom 28.7.77 auf den in England lebenden „Vater des ‚kritischen Rationalismus'" anläßlich dessen 75. Geburtstag. So wie die „Hannoversche Allgemeine" haben zahlreiche bürgerliche Blätter „*die auch im Weltmaßstab überragende*" Stellung Poppers bejubelt. „*Der weltweit einflußreichste unter den lebenden Philosophen deutschsprachiger Herkunft*" (Tagesspiegel, 28.7.), „*einer der bedeutendsten Wissenschaftstheoretiker und Philosophen der Gegenwart*" (Vorwärts, 28.7.) usw.

Deutsche Politiker, so der „Spiegel", schätzen Popper mehr und mehr wegen seiner Marxismus-Kritik.

„*In der Bundesrepublik hat es lange gedauert, bis die herausragende Bedeutung dieses Mannes erkannt wurde. Heute berufen sich auch hierzulande viele auf ihn. Bundeskanzler Schmidt etwa und junge sozialdemokratische Theoretiker, die über Popper den Weg zurück zu Kant suchen – an Marx vorbei.*" (Hannoversche Allgemeine) Der „Spiegel" sieht gar eine „*Tendenzwende*": „*Der ‚fast unaufhaltsame Aufstieg' von Poppers ‚Kritischem Rationalismus' zur bundesrepublikanischen Staatsphilosophie . . . markiert eine gesellschaftspolitische Wende. Der utopische Elan der sechziger und frühen siebziger Jahre ist verpufft, der kryptoreligiöse Rausch neomarxistischer Heilserwartungen ist verflogen.*" Popper „*versöhnt mit dem Verlust der Illusion*", überschreibt der „Vorwärts" und fragt hoffnungsvoll: „*Liefert seine Position des ‚kritischen Rationalismus' ein Gerüst für die Theoriediskussion des Reformismus?*"

Die Bourgeoisie und insbesondere die sozialdemokratischen Verfechter ihrer Herrschaft suchen schon seit geraumer Zeit nach einer umfassenden philosophischen Untermauerung der verschärften Reaktion. Der „kritische Rationalismus" kommt ihnen da gerade recht. „*Kritik kann nur Punkt für Punkt ansetzen, als gesellschaftspolitische Strategie plädiert Popper für ‚piecemeal social engineering'*", stellt der „Vorwärts" fest – „stückweise Sozialtechnik", damit läßt sich Ehrenbergs Kostendämpfungsgesetz die höhere Weihe des Fortschritts geben. „*Poppers gemeinsamer Ansatz seiner Erkenntnis-, Wissenschafts- und politischen Theorie*", ausgeführt in seinem Buch „*Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*", das paßt haargenau auf das Konzept der „wehrhaften Demokratie".

Mit Poppers Aufforderung zur Unterdrückung der „Feinde der offenen Gesellschaft", „*die Unduldsamen nicht zu dulden*", läßt sich auch die wildeste Reaktion noch absegnen. „*Kritischer Geist für fortschrittliche Politik*", jubelt der „Vorwärts" und der Westberliner „Tagesspiegel" macht ihn zum „selbstkritischen *Revolutionär*". Die englischen Bourgeois hatten ihn schon eher entdeckt: 1954 wurde er in den Adelsstand erhoben.

Die Freude ist jedoch nicht ungetrübt: Schon wird die Furcht geäußert, als „neue Staatsphilosophie" könne sich das Werk Poppers durch zu eifrigen Gebrauch im Klassenkampf schnell verschleißen und seinen platten, reaktionären Kern offenbaren: „*Größere Gefahr droht ihm . . . von denen, die an die Stelle des von Popper immer selbst geforderten behutsamen, jederzeit zur Korrektur bereiten Denkens so etwas wie ein Dogma des ‚kritischen Rationalismus' zu setzen versuchen, ihn zur einzigen Wahrheit erheben. Denn damit würde genau der Fehler gemacht, gegen den sich das Philosophieren Poppers richtet.*" (HAZ, 28.7.) – (N-Red.)

Schützenlöcher auf der Kuhweide

Imperialistische Armeen üben Zerstörung der Produktivkräfte

Munster. In den vergangenen Wochen häufen sich absichtliche, bewußte Zerstörungen von Kartoffeläckern, Getreidefeldern, Abwässerleitungen, Kanalschächten, Viehweiden usw. durch übende Truppen der NATO, vor allem der britischen Armee im Raum Soltau/Steinbeck.

In dem kleinen Ort Schwindebeck haben Truppeneinheiten inmitten grasender Kuhherden Schützenlöcher ausgehoben, sind mit schweren Panzern durch das Dorf gedonnert und mit Hubschraubern über die Dächer geratttert. Während der traditionellen Feldrundfahrt mit Treckern im Kreis Soltau am letzten Wochenende, an der 600 Menschen teilnahmen, starteten britische Truppen mit Panzern und Hubschraubern einen Scheinangriff, der Traktorkonvoi wurde gekreuzt.

„...als dann später auch noch zwei Panzer den Radweg an der Bundesstraße bei Timmerloh entlangrasten, hatten die Engländer so gut auf sich aufmerksam gemacht, daß die Manöverschäden der englischen Truppen zum Gesprächsthema Nummer eins wurden", kommentiert die Böhme-Zeitung (Soltauer Kreiszeitung).

Protestschreiben an Bundespräsident und Bundesregierung, Strafanzeigen, Aufstellen von Schildern „Out of bounds", Forderungen nach Abberufung des britischen Verbindungsoffiziers (eine besondere Einrichtung, soll Vermittler zwischen Besatzungstruppen und Arbeitern und Bauern sein) – so entwickelt sich der Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen die Übungen der imperialistischen Armeen.

Den Interessen der Bauern an der Bestellung der Felder, der Ernte von Früchten, an ihrer produktiven Arbeit sind die Ziele der imperialistischen Armeen direkt entgegengesetzt. Die bewaffneten, vom Volk getrennten Formationen dienen der Kapitalistenklasse zur Sicherung ihrer Herrschaft, des Profits und zur Niederhaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse im eigenen Land und anderer Völker. Für diesen Zweck und zur Ausrichtung der imperialistischen Armee werden die Produktivkräfte und die Ergebnisse der Arbeit der Bauern rücksichtslos vernichtet.

In der Armee sind die große Mehrheit zwangsverpflichtete Arbeiter und Bauern, die selber überhaupt kein Interesse an der Vernichtung von Feldern und Weiden der Bauern haben. Häufiger kommt es deshalb vor, daß ein Panzer entgegen dem Befehl nicht mitten durch ein Kornfeld, sondern daneben fährt.

Sind die Schäden da, werden die Bauern der bürokratischen Schikane durch Antragstellung auf Erstattung der Manöverschäden (in vierfacher Ausfertigung einzureichen) über den Landkreis an das Amt für Verteidigungslasten beim Regierungspräsidenten unterworfen. Oft dauert die Erstattung der Schäden mehrere Jahre, Folgeschäden werden nicht erstattet, worüber es häufiger Streitigkeiten gibt.

Für die Zerstörung bestellter Felder gibt es für die einzelnen Früchte festgesetzte Richtsätze. Schäden an Drainagen oder durch auf der Stelle drehende Panzer auf einem Acker stellen sich erst nach längerer Zeit heraus und werden dann nicht mehr erstattet. Der tatsächlich entstandene Schaden wird also nie ganz erstattet. Hinzu kommt noch, daß die Offiziere nach jeder Übung einen Bericht über die entstandenen Schäden machen, die dann von durch die Landwirtschaftskammer bestellten, staatlich anerkannten Gutachtern in der Höhe festgestellt werden. Die gezahlten Entschädigungen müssen dann auch noch als Betriebseinkommen versteuert werden.

Volksarmeen nehmen an der produktiven Arbeit teil, weil sie Instrument der Politik der arbeitenden Klassen sind. Imperialistische Armeen richten wilde Zerstörungen an, weil sie einer Klasse dienen, die die Produktivkräfte unterdrückt.

In den jetzt stattfindenden Kämpfen gegen die Zerstörungen durch die imperialistischen Truppen, die bei den geplanten Herbstmanövern an Schärfe noch zunehmen werden, müssen sich die Arbeiter, Bauern und Soldaten unter den Forderungen nach Abzug aller fremden Truppen, Westdeutschland raus aus der NATO! zusammenschließen, um günstigere Bedingungen für den gewaltsamen Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse und die Errichtung des Sozialismus zu schaffen. – (Zelle Munster)

„Glauben Sie das oder wissen Sie das?"

Militärpfaffen bei der Arbeit: Der eine 1,65 m groß, rundlich, dunkel gekleidet, spricht „boarisch daßs kracht", der andere 10 cm größer, eher hager, mit knallengen Hosen, graumeliertem Kinnbart, spricht hochdeutsch. Sie treten nach Möglichkeit gemeinsam auf, der bayerische Katholik und der evangelische Kinnbart. Sie teilen sich die Aufgaben. Der eine übernimmt die Arbeiter, daher auch sein angestrengtes Bayrisch mit den vielen merkwürdigen Kraftausdrücken. Der andere ist progressiv-dynamisch, für die Abiturienten zuständig. Der Kinnbart lernt, wo er nur kann. Zum Beispiel auf der Münchner Kundgebung der Abrüstungsdemonstration der DKP. Er hat sehr genau aufgepaßt, und man hat gesehen, da schaut ein Bauernfänger dem anderen aufs Maul, um neue Tricks kennenzulernen. Die Aufgabe, die sie haben, ist, die Soldaten solange mit dummem Zeug zu bearbeiten, bis sie gar nicht mehr wissen, was eigentlich Sache ist.

Zum Beispiel: Diskussion um das Thema „Glaube – Wissen".

Spricht der Pfaffe: „Was meinen Sie, gibt es New York oder nicht?" Ein Soldat: „Natürlich gibt es New York." Pfaffe: „Wissen Sie das oder glauben Sie das?" Soldat: „Das weiß ich." Pfaffe: „Woher wissen Sie denn das? Waren Sie schon einmal dort? Ach, im Fernsehen haben Sie Bilder gesehen? Na, die können ja gefälscht sein." Natürlich weiß der Pfaffe auch, daß es New York gibt, obwohl er auch noch nie dort war. Aber er weiß ja auch, daß es einen Himmel für die Duldsamen gibt und eine Hölle für die Unduldsamen. Wenn die Soldaten dem Fernsehen glauben, daß es New York gibt, dann sollen sie ihm gefälligst auch glauben, daß es einen gerechten Gott gibt, und wenn sie das nicht tun, dann sollen sie sich sonst eine Art von Metaphysik aussuchen. Nur von den Tatsachen sollen sie nicht ausgehen.

Große Sorge der Militärseelsorger: Keiner paßt auf, wenn sie ihren Schmus verbraten. Die Hälfte der Soldaten pennt, die andere liest unter dem Tisch einen Roman oder unterhält sich leise. Daran kann weder der bayerische Anbiederungsversuch des Katholiken etwas ändern noch die heiße Hose des Protestanten. Sie kommen dann mit „gruppendynamischen" Methoden. „Brain storming" zum Beispiel. Da sollen die Soldaten alles sagen, was ihnen zum gestellten Thema einfällt. Das hätte zwei Vorteile: Die Soldaten würden aktiviert, und die Pfaffen könnten sich Informationen holen, die sie weitergeben können – wenn es funktionieren würde.

Einmal in meiner ganzen Bundeswehrzeit war es doch so, daß die Soldaten im „Lebenskundlichen Unterricht" nicht gepennt haben und ganz ohne „Brain storming". Der Kinnbart hat sich so blöd angestellt wie noch nie. Kommt rein und sagt: „Also ich habe gehört, der Alkohol würde eine so wichtige Rolle bei den Soldaten spielen. Ihre Vorgesetzten wüßten gern mehr über diese Sache. Ich wollte Sie jetzt fragen, wie das bei Ihnen so aussieht mit dem Alkohol, ob das für Sie auch so ein Problem ist." Die Soldaten haben allerdings diskutiert, aber nicht über den Suff. Das haben wir von vornherein abgelehnt, uns für das Offizierspack aushorchen zu lassen. Wir haben vielmehr diskutiert, daß uns vor allem ein Problem drückt, nämlich daß wir gefangen gehalten werden in den Kasernen und das Geld nicht mal reicht für eine S-Bahnfahrkarte nach Hause und wie dieses „Problem" zu lösen ist. Zum Schluß war der Pfaffe ziemlich gekränkt: „Ich hatte gedacht, mit Ihnen kann man vernünftig reden." Verstehen kann man das, er bekommt sein hohes Gehalt und seinen Dienstwagen ja nicht dafür, daß wir uns in seiner Unterrichtsstunde über unsere Interessen verständigen, sondern dafür, daß er uns im „freien und offenen Gespräch" das Bewußtsein über unsere Interessen und jeden Gedanken an Kampf um diese Interessen aus dem Gehirn treibt. – (k, SRK München)

Niedersächsisches Polizeigesetz: Sozialdemokraten rühren sich

Hannover. „Ein Erfolg der Aktion gegen den gezielten Todesschuß", schreibt der sozialdemokratische Advokat und Präsident der Notarkammer Celle, Holtfort, im SPD-Organ „Vorwärts" vom 28.7.77. Dabei bezieht er sich auf die Erklärung der niedersächsischen Landesregierung, der Musterentwurf der Innenministerkonferenz müsse noch einmal zwischen Bund und Ländern beraten werden. Jetzt plant die Landesregierung vorab „vordringliche Gesetzesänderungen", um die Polizei über Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg zu geschlossenen Verbänden zusammenzufassen. (siehe KVZ Nr. 27)

Da wird es für die Sozialdemokraten Zeit, sich auf die Spaltung der Bewegung gegen das Polizeigesetz vorzubereiten und ein Loblied auf den Rechtsstaat anzustimmen, den es zu bewahren gelte. „Klarzumachen, daß kein Gemeinwesen tödliche Schüsse auf seine Mitglieder dulden darf", müsse das Ziel sein, hat Holtfort schon zum ersten Entwurf des niedersächsischen Polizeigesetzes erklärt. Große Worte fährt er auf – doch er wäre kein Advokat und Sozialdemokrat, wenn er nicht eine Ausnahme wüßte: „Es ist selbstverständlich, daß Polizeibeamte das Recht auf Notwehr und Nothilfe wie andere Bürger haben. Dabei soll es bleiben." Bleiben soll es bei der bestehenden Praxis, bei der die Polizei schon öfter von dem „Recht auf Notwehr" oder „Putativnotwehr" (vermeintliche Notwehr) Gebrauch gemacht hat, um flüchtende oder widerspenstige „Verdächtige" zu erschießen, ohne deswegen eine Verurteilung fürchten zu müssen.

Auch die niedersächsische Landesregierung ist der Meinung, daß deshalb die Regelung des Todesschusses nicht zu den „vordringlichsten Gesetzesänderungen" gehört. Sie bereitet sich auf die erwarteten Polizeieinsätze in Grohnde, Gorleben und Esensham und die dafür erforderlichen Gesetze vor. Holtfort denkt an eine Wiederbelebung der „Bürgeraktion" gegen den Todesschuß aus verschiedenen Pfaffengruppen, sozialdemokratischen Juristen, „Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV" usw., die sich im Herbst letzten Jahres, „angeregt durch einen Artikel im ‚Vorwärts'", gebildet hatte.

Der Zusammenschluß der Massen unter der Forderung: Weg mit dem Polizeigesetz, der das Gesetz zu Fall bringen kann, soll von Anfang an verhindert werden.

Kundgebung gegen Dienstverbot

Hamburg. Am Donnerstag, den 28.7., hat das Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg-Unterelbe eine Kundgebung vor der Bismarck-Kaserne durchgeführt gegen die geplante Entlassung des Gefreiten Eidens. Am Mittwoch hatte der Kompaniechef ein Dienstverbot gegen ihn verhängt. Die als Spitzel erschienenen Offiziere wurden aufgefordert, öffentlich Stellung zu beziehen. Sie zogen schnell wieder ab. Ca. 40 Soldaten hörten der Ansprache des SRK-Sprechers zu, ohne daß das verhindert werden konnte. Für den nächsten Donnerstag ist eine Demonstration geplant, die den Gefreiten Eidens in die Kaserne zurückgeleiten soll.

Spanien: Der Aufstand der Gefangenen wurde von der neuen Regierung blutig niedergeschlagen



Am 22. Juli verkündete der spanische König Juan Carlos „feierlich die Souveränität des spanischen Volkes". Um ein „friedliches demokratisches Zusammenleben aller Spanier zu gewährleisten", wurden von der spanischen Regierung folgende Maßnahmen beschlossen. Es handelt sich um das imperialistische Sanierungsprogramm für die Ausquetschung der spanischen Massen.

- Die Zahl der Steuerbeamten wird stark erhöht.
- Die Sparkonten bei den Banken werden zukünftig kontrolliert.
- Firmen, die „neue Arbeitsplätze schaffen", erhalten künftig steuerliche Erleichterungen.
- Mit Hilfe von Staatsanleihen sollen „öffentliche Arbeiten" gefördert werden, wie Bau von Straßen, Krankenhäusern usw. („um die Arbeitslosigkeit – 6 % – zu beseitigen").
- Die „Lohnerhöhungen" sollen gebremst werden, und alle Tarifverträge sollen in diesem Rahmen festgelegt werden.
- Eine Reihe von Preissteigerungen ist infolge der Abwertung der Peseta zu erwarten, Benzin wird um 20% teurer.

Der Aufstand der Gefangenen, deren Forderung Amnestie ist, wurde blutig niedergeschlagen. Dieser Aufstand fand breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Die Maßnahmen der spanischen Regierung können nur mit Polizeigewalt durchgesetzt werden. Trotz schärfster Unterdrückung des spanischen Volkes finden täglich Demonstrationen und Streiks in Spanien statt.

Am Tag der Verkündung der Regierungsmaßnahmen wurden 5 Polizisten der Guardia Civil, die im vergangenen Jahr an einer Demonstration der Polizeibeamten unter der Forderung nach einer Erhöhung des Mindestgehalts von 7000 auf 17000 Pesetas und die Eingliederung der Polizei in die Sozialversicherung teilgenommen hatten, wegen militärischen Aufruhrs zu sechs, drei und zwei Jahren Gefängnis verurteilt. – (Z-Red.)

Unterhaltssicherungsgesetz

Hat der Arbeiter zwischen 1 000 und 1 400 DM Nettolohn und eine Frau, erhält diese während seiner Wehrdienstzeit zwischen 585 und 756 DM (Anlage I zum Unterhaltssicherungsgesetz (USG), Fassung von 1976). Bei einem Kind erhöht sich der Betrag auf 830 bis 1 018 DM, bei zweien auf 892 bis 1 128 DM. Die Wohnung kostet nach wie vor dieselbe Miete; soll der Soldat überhaupt einmal aus der Kaserne heraus nach Hause können, wird er einen Teil des Geldes brauchen; mußten Anschaffungen gemacht werden, weil z.B. ein Kind kam, laufen die Schuldzinsen weiter. Zum Leben reicht das nicht. Um die Zahlung überhaupt zu kriegen, müssen Dutzende von Bettelgängen gemacht werden, müssen die Verhältnisse bis ins kleinste offengelegt werden, müssen hohe Kosten in Form von Arbeitszeit erbracht und entwürdigende Schikanen ertragen werden.

Sowieso sind anspruchsberechtigt nur „Familienangehörige im engeren Sinne" – Eltern, Schwiegereltern, Geschwister sind „sonstige Familienangehörige". Sie erhalten „Einzelleistungen":

„§ 6 (3) Die Einzelleistungen dürfen, auch bei Vorhandensein mehrerer Anspruchsberechtigter, die Hälfte des Tabellensatzes I nicht überschreiten. Reicht dieser Betrag zur vollen Befriedigung der Ansprüche nicht aus, so sind die Leistungen verhältnismäßig zu kürzen."

Also, hat der Soldat z.B. 1 200 DM netto verdient, 337 DM. Wenn er etwa bei seinen Eltern gewohnt hat und einen Teil seines Lohns in die Haushaltskasse gegeben hat. Das hat er aber *nachzuweisen*.

Wohnte der Soldat bei Eltern oder Schwiegereltern, fällt die Mietbeihilfe gleich weg:

„§ 7 (4) ... Mietbeihilfe wird nicht gewährt für die Benutzung von Wohnraum bei sonstigen Familienangehörigen."

Ist der Arbeiter ein Jahr arbeitslos gewesen, wird ihm der Unterhalt auf den Nettolohn im *Vorjahr* berechnet:

„§ 10 (3) Zeiten des Verdienstausfalls infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Krankheit oder aus Gründen, denen der Wehrpflichtige sich nicht entziehen konnte, bleiben unberücksichtigt. Betragen diese Zeiten ... mehr als ein Jahr, so ist der monatliche Durchschnitt des Nettoeinkommens in dem vor dieser Zeit liegenden Jahr maßgebend."

Also gleich 50 oder 100 DM weniger. „Selbstverschuldet" wird wohl sein, wenn der *Arbeiter* gekündigt hat. Hat er nach der Schule oder Lehre keinen Ausbeuter gefunden, gibts nichts.

Rebelliert der Soldat gegen die Zuchthausordnung, fällt das Unterhaltsgeld weg:

„§ 14 (1) Die Leistungen zur Unterhaltssicherung ruhen, ... wenn er eigenmächtig die Truppe oder Dienststelle verläßt, ihr fernbleibt und länger als eine Woche abwesend ist oder wenn er eine Freiheitsstrafe von wenigstens 3 Monaten verbüßt."

Rebellieren Frau und Kinder, kerkert der bürgerliche Staat sie ein oder bringt sie in Arbeitshäuser, entfällt die Unterhaltszahlung ebenso (§ 14 (2)).

Bespitzelung und polizeimäßige Erfassung bis ins Kleinste soll hingenommen werden:

„§ 20 (1) Der Wehrpflichtige und die Familienangehörigen sind ... verpflichtet, die ... erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Sie sind ferner verpflichtet, jede Änderung der Verhältnisse ... unverzüglich anzuzeigen."

„§ 20 (2) Die Arbeitgeber haben auf Verlangen der zuständigen Behörde Auskunft über Art und Dauer der Beschäftigung, über die Arbeitsstätte und über den Arbeitsverdienst ... zu erteilen."

„§ 21 (1) Alle Behörden haben den nach § 17 zuständigen Behörden Amtshilfe zu leisten."

Ist der Soldat dazu nicht bereit, bekommt er seine Papiere nicht zusammen, oder soll die Demütigung auf die Spitze getrieben werden, entfällt die Unterhaltszahlung:

„§ 24 (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ... 3. Auskünfte ... ganz oder teilweise verweigert oder nicht rechtzeitig erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht."

Stattdessen zahlt der Soldat:

„§ 24 (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden." – (Mi-Red.)

Grenzschützer in der Grundschule

Seester/Elmshorn. Vier Grenzschützer tauchten am 19.7. in der Grundschule Seester zu einer Übung auf. Sie sollten ihr Funk- und Fernschreibsystem im gesamten Raum Schleswig-Holstein erproben. In das Klassenzimmer der zweiten Klasse sollte ein Stromkabel gelegt werden. Darüber entzündete sich eine Debatte über den Zweck des Bundesgrenzschutzes (BGS) und der Übung.

Den Kindern ist der Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf gut bekannt, sie haben selbst die Erfahrung, daß der BGS gegen das Volk eingesetzt wird. Es wurde besprochen, daß z.B. die Polizisten für August und September Urlaubssperre haben, um zu sichern, daß die Baumaschinen auf den Bauplatz zurückgebracht werden können.

In spontaner Empörung wollten die Kinder erst die Stromkabel durchschneiden. Das hätte die Auseinandersetzung nicht vorangebracht, sondern nur den einzelnen BGS-Soldaten getroffen. Es wurde weiter beraten über das System von Befehl und Gehorsam, dem die BGS-Soldaten unterworfen sind, und daß es richtig ist, wenn sich die Soldaten mit den Arbeitern und Bauern verbinden gegen die Kapitalisten, daß die Soldaten zwangsweise kaserniert sind, keine gewerkschaftlichen und politischen Rechte haben und keinen ausreichenden Lohn, und sie so vom Volk abgetrennt gehalten werden.

Die Schüler haben sich darauf geeinigt, daß das Kabel aus ihrem Klassenraum entfernt werden muß. Mit den Grenzschützern wollten sie über die Forderungen nach Lohnfortzahlung, Streik- und Kündigungsrecht diskutieren, die sie auf Tapeten gemalt hatten. Unter dem Druck der Schüler – die vierte Klasse, in der der Schulleiter Klassenlehrer ist, hatte sich dem Kampf angeschlossen – mußte der Schulleiter das Kabel aus dem Klassenzimmer entfernen und in einen Geräteraum verlegen lassen. Die Kinder haben beschlossen, über diesen Vorfall an der Schule allen Bekannten und Verwandten zu berichten und die Forderungen zu diskutieren.

Europäische Termine

1978: Ausbau der „Europäischen Investitionsbank“

Im Oktober soll für 1978 die Erhöhung des Kapitals der „Europäischen Entwicklungs-Investitionsbank“ auf hauptsächliches Betreiben der westdeutschen Imperialisten beschlossen werden. Gegenwärtig beträgt das Kapital 3,54 Milliarden Rechnungseinheiten, das sind etwa 9,5 Milliarden DM. Dies haben die Finanzminister der 9 EG-Staaten am 20. Juni beschlossen. Als Finanzminister sind sie gleichzeitig die Gouverneure dieser Bank. Die Beteiligung an den Investitionskosten wurde von bisher 40% auf 50% heraufgesetzt und der Höchstbetrag mit jetzt 214 Millionen DM je Projekt verdoppelt.

Mit dem Ausbau der Bank wollen die Imperialisten „die Industrialisierung wirtschaftsschwacher Regionen“ und insbesondere die „Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen“ „fördern“.

Im Herbst „neue Vorschläge zur Lösung der agrimonetären Probleme“

Die Entscheidung über den „Abbau des Währungsgrenzausgleichs im innergemeinschaftlichen Agrarhandel“ soll im Herbst getroffen werden, nachdem sich die EG-Agrarminister am 20. Juni nicht einigen konnten. Dabei geht es um Ausgleichszahlungen für absinkende Erzeugerpreise bzw. steigende Einzelhandelspreise infolge von Veränderungen der Wechselkursverhältnisse. Dabei geht es um einen Gesamtbetrag von jetzt etwa 3,6 Milliarden DM. Die westdeutschen und die britischen Imperialisten verlangen diese „Entschädigungen“ für die Aufwertung der DM bzw. die Abwertung des Pfundes.

Alljährliche „Dreierkonferenz“ in Brüssel

Jedes Jahr trifft sich die „Dreierkonferenz der EG“. Sie besteht aus den Gewerkschaftssozialdemokraten und den Kapitalisten zusammen mit den Wirtschafts- und Finanzministern sowie der EG-Kommission. Das letzte Treffen fand vor einem Monat statt. Das „Handelsblatt“ am 27.6. läßt keinen Zweifel darüber, was die Kapitalisten davon halten: „Sie gilt in der EG als so etwas wie ein Konditionstraining für konzertierte Aktionen.“

„Ohne rot zu werden“, kommentiert das „Handelsblatt“ weiter, „könnte man die Erklärung der ‚Dreier-Konferenz‘ vom 24. Juni des vorigen Jahres noch einmal wiederholen. Ihre 15 Punkte gel-
einmal wiederholen. Ihre 15 Punkte gel-
ten heute unverändert ...“ Trotzdem sehen die Kapitalisten einen gewissen Nutzen: „Auf der Aktivseite ist allenfalls zu notieren, daß die geforderte engere Konzertierung der Sozialpartner in allen Mitgliedsländern seither in Gang gekommen ist und zum Teil schon Früchte erkennen läßt.“

Schlechte Aussichten für das zweite Halbjahr

Auf ihrer zweiten EG-Gipfelkonferenz, die regelmäßig zum Ende eines Vierteljahrs stattfindet, fanden die Geschäftsführer der Imperialisten ihre Hoffnungen auf Expansion und Profite enttäuscht. Gegenüber dem erwarteten 4%-Wachstum ihrer Ausbeuterwirtschaft könne höchstens noch mit 3% in diesem Jahr gerechnet werden, stellten sie fest. Um so einiger waren sich diese imperialistischen Politiker darüber, daß die Rechte des palästinensischen Volkes weiterhin unterdrückt werden sollen und solche Interventionen, wie sie die französischen Imperialisten mit ihren Flugzeugen nach Zaire unternommen hatten, Unterstützung verdienen. Die Regierungschefs beauftragten ihre Außenminister, die Ereignisse im südlichen Afrika „intensiv weiter zu verfolgen“. Denn, so der britische Premierminister Callaghan vor der Presse, „es könnte die Entwicklung dort rasch einem Höhepunkt zustreben“. Die zunehmende Konkurrenz unter den westeuropäischen Imperialisten, die auf diesem Treffen eine Latte von angestrebten Beschlüssen verhinderten, versuchte Schmidt anschließend im Fernsehen zu vertuschen durch den Vorschlag, die kommenden Treffen im Oktober bzw. Dezember sollten aus „einem Routineteil“ zwecks „Informations- und Erfahrungsaustausch“ bestehen und einem „formellen Teil“, um Beschlüsse zu fassen, soweit es dafür Vorlagen gäbe.

Im Oktober Fortsetzung der Auseinandersetzung über Fischereiregelung im EG-Ministerrat

Mitte bis Ende Oktober wollen die EG-Agrarminister nach den bisher gescheiterten Beratungen erneut den Versuch unternehmen, eine „fischereipolitische Gemeinschaftslösung“ zu erreichen. Die Briten, für die die Heringssaison am Anfang des Jahres liegt, haben bereits 88000 Tonnen Heringe aus der Nordsee herausgeholt. Sie fordern zur Konservierung der Heringsbestände ein völliges Fangverbot und haben es in ihrer Zone bereits einseitig erlassen. Die anderen Imperialisten fordern Quoten. In den Gewässern, in denen sie fischen, ist die Fangsaison erst im Sommer. Die westdeutschen Imperialisten jammern am lautesten, weil die zweiseitigen Geschäfte, die sie mit den Fangquoten und Fischereizonen u.a. Norwegens machen wollten, jetzt nicht zustandekommen, nachdem ein vorläufiges Fangverbot bis Ende September beschlossen worden ist.

„Liberalisierungen“ und „Ergänzungen der Privatinitiative“

EG-Imperialisten betreiben „Anpassung“ von Spanien, Griechenland und Portugal

Am Donnerstag letzter Woche hat nach Griechenland und Portugal jetzt auch Spanien den Antrag auf Mitgliedschaft in der „Europäischen Gemeinschaft“ gestellt. Die Bourgeoisie hat dies Ereignis ihren Interessen entsprechend gebührend gewürdigt:

„Vor wenigen hundert Jahren schickte Madrid Statthalter nach Brüssel, um von hier aus die damaligen spanischen Niederlande zu kontrollieren ... Und ausgerechnet im Brüsseler Palais Egmont überreichte der Spanier die Anträge zum Beitritt seines Landes ...“

So wie der ZDF-Kommentator mit seiner „Pointe“ andeutet, daß Spanien damit in den bevorstehenden „Beitrittsverhandlungen“ jetzt endgültig für den Waren- und Kapitalexport als Rohstofflieferant des westdeutschen Imperialismus erschlossen werden soll, spricht am Tag darauf die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ von dem zukünftigen Tag der Aufnahme Spaniens als „Festtag“.

Die Imperialisten in der EG sind voller Hoffnungen, im Prozeß der „Anpassung“ Spaniens, Griechenlands und Portugals an die „Europäische Gemeinschaft“ und schließlich ihrer „Aufnahme“ zu Mitgliedern das Geschäft der Ausbeutung beträchtlich erweitern zu können. Vorteile im Handelskrieg durch den Fall der Zölle, Erleichterung des Kapitalexports und Verbilligung der Rohstoffe, die sie aus diesen Ländern importieren, versprechen sich die Imperialisten davon. Entsprechende Aufmerksamkeit widmen sie den Beitrittsverhandlungen mit diesen Ländern.

Die spanische Bourgeoisie, hoch verschuldet und abhängig von den US- und EG-Imperialisten, hat die Forderungen der Imperialisten verstanden: Nach der Abwertung der Peseta hat die neue Regierung zusammen mit dem Antrag zur EG-Mitgliedschaft ein wirtschaftliches „Notprogramm“ verkündet, das die Hoffnungen der Imperialisten bestärkt:

– Das Kommuniqué der Regierung sieht ein staatliches Lohndiktat vor, das über „gleiche Lohnerhöhungen“ eine „substantielle Reduktion des Wachstums der Löhne“ herbeiführen soll;

– die Preise für die Importe von Kaffee, Erdöl, Sojaöl und deren Weiterverarbeitung sollen erhöht werden, „damit sich die neuen Preise als Bremse auf den Konsum auswirken“ (Neue Zürcher Zeitung, 26.7.77);

– weiter sind „Liberalisierungen“ angekündigt, die den Interessen der Imperialisten an der Verwertung ihres Kapitals entsprechen, wie zum Beispiel die Freigabe der bisher staatlich festgesetzten Zinsen. Eine Steuerreform ist geplant.

Das ist die Richtung der „Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten“, die den Interessen der Imperialisten entspricht. Es ist der Beginn der „Anpassung“ an die EG, wie sie mit den bevorstehenden mehrjährigen „Beitrittsverhandlungen“ weitergetrieben werden soll.

Griechenland befindet sich bereits seit mehr als anderthalb Jahren zwischen den Schleifsteinen dieses „Anpassungsprozesses“. Im vergangenen Monat hat die griechische Regierung einen „Fünfjahresplan“ unter den wohlwollenden Kommentaren der Kapitalistenpresse vorgelegt:

„Ziel der staatlichen Investitionstätigkeit soll es sein, den gesamten Industriebereich den Verhältnissen in den EG-Ländern anzupassen, Privatinitiative zu ergänzen, ausländisches Kapital und technisches Wissen heranzuziehen sowie eine entwicklungsfähige Kleinindustrie und notwendige Fusionen zu unterstützen.“ (Nachrichten für Außenhandel vom 15. Juni)

„210 000 neue Arbeitsplätze bis 1980“ in den „nichtlandwirtschaftlichen Bereichen“ und „Erhöhung der Anlageinvestitionen“ sind die Ziele, die der „Anpassungsplan“ erklärt. Vertreibung der Kleinbauern vom Lande, drastische Steigerung der Schweißauspressung der griechischen Arbeiterklasse und Senkung ihres Existenzniveaus sind die Methoden dieser Anpassung.

Diese „ehrgeizigen Ziele“, zu denen die EG-Imperialisten die griechischen Kapitalisten treiben, entsprechen den „Noten“, die die OECD-Experten der Imperialisten bei ihrer Begutachtung festgestellt hatten: Sie hatten moniert, daß im „Industriebereich“ die Investitionen bereits seit mehreren Jahren stagnieren. Mit dem jetzigen „Fünfjahresplan“ erwarten die Imperialisten die Verwandlung Griechenlands in ein Paradies für Kapitalexport und für die Arbeiter in den Fabriken in ein Zuchthaus, das den gleichen Bedingungen entspricht, wie sie die westdeutschen Imperialisten hier erzwingen wollen. Es heißt, die „Beitrittsverhandlungen“ könnten jetzt „konkreter“ geführt werden.

Portugal befindet sich noch im ersten Stadium der Anpassung. Die Kämpfe der Arbeiter und Bauern 1975 haben die Imperialisten zu einem Rückzug gezwungen. Die Imperialisten haben Kapital abgezogen und verlangen jetzt von der Bourgeoisie in Portugal, die mit ihrer Hilfe wieder an die Macht gekommen ist, daß sie die Erfolge der Arbeiter und Bauern restlos zerschlägt und damit die Voraussetzungen schafft für die „Anpassung“ an die EG.

Die portugiesische Bourgeoisie ist fieberhaft darum bemüht, ihre Bereitschaft dafür zu beweisen:

„Immerhin kann die Regierung darauf hinweisen, daß sie seit 1976 Maßnahmen getroffen hat, die als Voraussetzung für die Verbesserung des Investitionsklimas gelten. Dazu zählen die Begrenzung des Lohnauftriebs, ... Maßnahmen wie Liberalisierung der Preise und steuerliche Investitionsanreize sowie die erleichterte Entlassung von Arbeitskräften. Durch Erlaß des Gesetzes über die Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs von Staat und Privatinitiative ... wurde klargestellt, daß mit weiteren Verstaatlichungswellen nicht mehr zu rechnen ist“,

teilt die „Bundesstelle für Außenhandelsinformationen“ mit. Weiter soll der Gebrauch des Koalitionsrechts so eingeschränkt werden, „daß die Gewerkschaften sich auf längere Sicht zu verantwortungsvollen Sozialpartnern entwickeln können“.

Diese Anerkennung, mit der die westdeutschen Imperialisten zur Kenntnis nehmen, daß die portugiesische Bourgeoisie spurt, bedeutet: Bald ist es reif dafür, daß die Beziehungen über das Vorstadium hinausgehen und Maßnahmen der „Anpassung“ unternommen werden.

Die westdeutschen Imperialisten sind nach Kräften bemüht, aus diesen „Anpassungsmaßnahmen“ in Spanien, Griechenland und Portugal Kapital zu schlagen, und sie sind im Handel wie im Kapitalexport den französischen, britischen, italienischen Konkurrenten in der EG voraus. Sie drängen auf Eile und klagen über die mehrjährigen Verhandlungsprozeduren.

Was die Imperialisten daran hindert, ihr „Anpassungsprogramm“ durchzusetzen, das sind die Kämpfe der Arbeiter und Bauern in Spanien, Griechenland und Portugal. Den Imperialisten sitzt die Ablehnung des EG-Beitritts durch das norwegische Volk noch in den Knochen. Deshalb versuchen sie jetzt, die Völker dieser Länder zu betrügen durch allerhand Versprechen wie „EG-Sozialfonds“, „EG-Regionalförderung“, „EG-Arbeitsmarktprogramm“ usw. und unterdrücken sie gleichzeitig durch die „Anpassungsmaßnahmen“, die sie erzwingen.

Während die Arbeiter und Bauern diesen Interessen der Imperialisten Widerstand entgegensetzen, wachsen unter den Imperialisten in der EG die Widersprüche: Die französischen, britischen und italienischen Imperialisten fürchten, daß es den westdeutschen Imperialisten gelingt, im Zuge dieser „Anpassung“ ihren Vorsprung auszunutzen, um ihren Anspruch auf die Vorherrschaft in der EG weiter zu festigen. Das macht die „Anpassungs“prozeduren noch quälender und ihren imperialistischen Charakter noch offensichtlicher.

Auf die Betrügereien der westdeutschen Imperialisten über die Segnungen der „gemeinsamen Marktwirtschaft“ ist die richtige Antwort der Kampf der Arbeiter in Spanien, Griechenland und Portugal genauso wie in Westdeutschland für ihre gemeinsamen Interessen gegen die Ausbeuterherrschaft. – (Z-Red.)

Extraprofite aus der Aufwertung der Mark

Imperialistische Propaganda für die Exportoffensive und den Handelskrieg

In den letzten paar Wochen hat sich das Austauschverhältnis zwischen dem US-Dollar und der Deutschen Mark deutlich zugunsten der Mark verschoben. Für eine Mark erhält man nun etwa fünf Prozent mehr amerikanische Währung, und umgekehrt erhält der Besitzer US-amerikanischer Währung etwa fünf Prozent weniger westdeutsches Geldzeichen als noch Ende Juni. Die westdeutschen Imperialisten hat dies veranlaßt, laut zu rufen: „Talfahrt des Dollars schwächt die Exportfähigkeit der Industrie“ – und Ähnliches. Diese Rufe sind in ihrem Kern reine Zweckpropaganda, um die Arbeiter vor den Karren der imperialistischen Expansion zu spannen und zur erhöhten Ausbeutung anzutreiben.

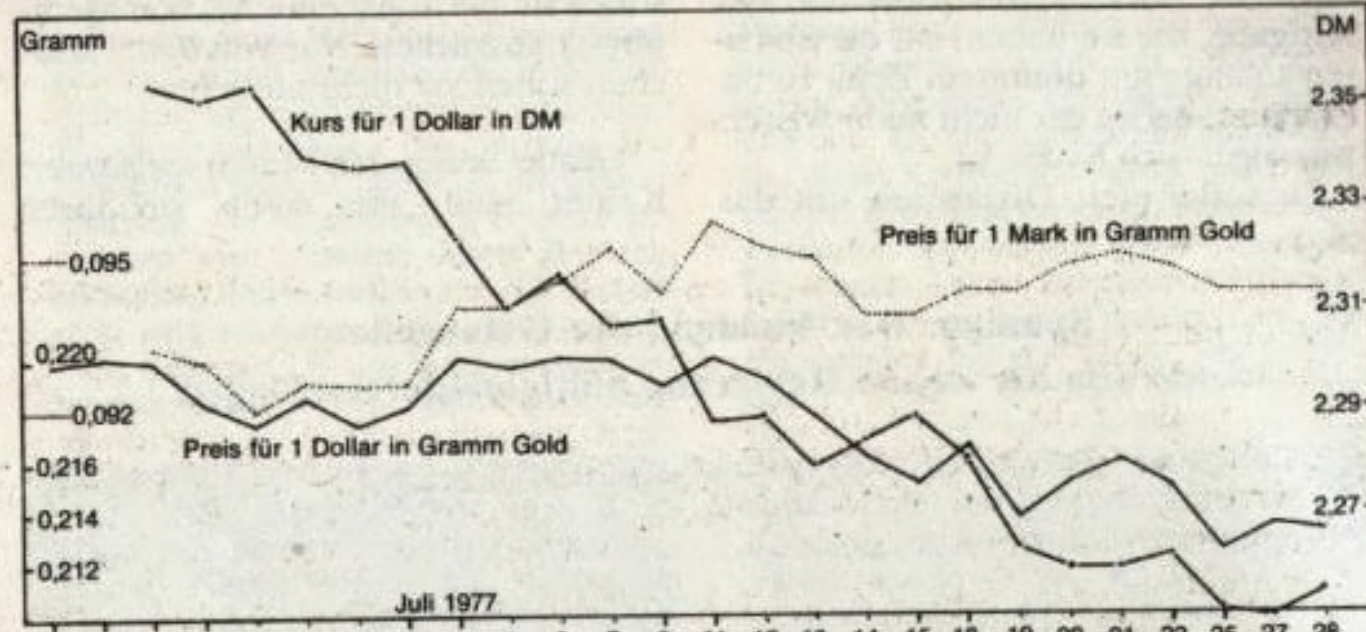
Daß sich der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse verschärft, ist unabwendbar. Die schwierige Lage, in der sich die Kapitalisten mit ihrer Profitwirtschaft befinden, wird im neuesten Monatsbericht des Wirtschaftsministers für Juli bestätigt. Über die Neubestellungen im verarbeitenden Gewerbe heißt es dort: „Die Aufträge lagen im April/Mai wertmäßig nur um 1,5% höher als vor Jahresfrist. Während bei den Auslandsaufträgen immerhin ein Zuwachs von 7% zu verzeichnen war, haben die Inlandsaufträge den vergleichbaren Vorjahreswert um ein halbes Prozent unterschritten.“ Zweierlei läßt sich daran erkennen. Erstens wird die Produktion – nach dem kurzen Lichtblick – wiederum in faulende Stagnation übergehen. Die Vernichtung der gesellschaftlichen Produktivkraft wird fortgesetzt. „Wertmäßige Zunahme“ der Aufträge heißt plus 1,5% in *jeweiligen Preisen* gerechnet. Da aber die Preissteigerung wesentlich über 1,5% liegt, ist das stoffliche Volumen der Aufträge geschrumpft. Da weiterhin sowohl Intensität wie Produktivität der Arbeit durch die verstärkte Auspressung der Arbeitskraft erhöht sind, ist die für die Produktion dieser Bestellungen notwendige Arbeitszeit noch einmal weiter unter das Vorjahresniveau gesunken. Zusätzliche Entlassungen von Arbeitern und Verrottung von Produktionsmitteln wird die Folge sein. Für die Kapitalisten, deren Produktionsweise der Grund für die Stagnation ist, bedeutet dies, daß ein Teil ihres Kapitals brach liegt und sich nicht verwertet. Die Profitrate wird weiter gedrückt.

Zweitens ergibt sich aus diesen Angaben, daß es mit den Profiten ganz schwarz wird, wenn der Export zusammenbricht. Die westdeutschen Imperialisten werden daher mit aller Macht auf eine Steigerung des Exports drücken. Die Aufwertung der Mark durch die Abwertung des Dollars haben sie zum Anlaß genommen, den notwendigen Propagandarummel zu entfalten.

Die Imperialisten werben für ihren Exportprofit

Der Bundesverband der Deutschen Industrie äußerte, daß die Verteuerung der DM eine Erschwerung der Exporte bedeutet, und das sei „im Hinblick auf die ohnehin erhebliche Kostenbelastung der deutschen Industrie bedenklich“. Der Verband der Maschinenbaukapitalisten (VDMA) machte darauf aufmerksam, daß 60% der Produktion dieses Industriezweiges exportiert werden und die USA der größte Konkurrent auf dem Weltmarkt seien. Auch der Verband der Chemie-Kapitalisten zeigte sich „besorgt“. Die Exportquote sei 40%, und die Auswirkungen der Dollarabwertung seien „um so schwerwiegender, als nicht nur die Exporte in die USA, sondern große Teile des Gesamtexports auf Dollarbasis abgewickelt werden“. Auffallend zurückhaltend verhält sich die drittgrößte Exportindustrie, der Automobilbau. Ford und Opel sind ohnehin in Besitz des USA-Finanzkapitals, und Ford hat erst jetzt wohlweislich den gesamten Profit in Höhe einiger hundert Millionen DM aus der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter vor den Devisenunruhen in die USA geholt. VW und Daimler bauen eigene Stützpunkte in den USA gerade auf; da sind die verbilligten amerikanischen Fabriken und Arbeitskräfte günstig. Die westdeutschen Reeder schließlich, die 80% des Seetransports in Dollar abrechnen, fürchten um jährliche Einbußen von 225 Millionen Mark.

Soweit die groß aufgemachte bürgerliche Propaganda. Andererseits machte sich Finanzminister Apel in einem Interview mit „Welt am Sonntag“ stark: „Ich traue aber der deutschen Wirtschaft so viel Anpassungsfähigkeit



Derselbe Betrag in Mark wird in Gold mehr wert, derselbe Dollarbetrag repräsentiert nach der Abwertung weniger Gold. (Berechnet nach dem Londoner Goldpreis für Dollar und dem Goldpreis in Frankfurt für D-Mark)

zu, daß sie mit Kursveränderungen dieses Ausmaßes wie in der Vergangenheit fertig wird. (...) Nicht Kursveränderungen sind das eigentliche Problem ... Das Problem könnte in einem zu schnellen Kursverfall liegen.“ Nicht die Abwertung des Dollars an sich besorgt die westdeutschen Bourgeois, sondern, daß es die USA-Bourgeois übertreiben könnten. Ein Kursverhältnis von 2,25 DM je Dollar sei erwünscht, soll der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Wilfried Guth, geäußert haben. (Frankfurter Rundschau vom 26. Juli) Die Tatsachen sprechen dafür, daß die Aufwertung der Mark den westdeutschen Imperialisten nicht unrecht ist. Gewöhnlich gehen während solcher Kursverschiebungen wie derzeit der Terminkurs für Dollars, die drei Monate im Voraus gekauft werden, und der (Kassa-) Kurs auseinander; Exporteure wollen damit das Kursrisiko absichern. Gegenwärtig ist dies *nicht* der Fall, und am Devisenmarkt steigt der Dollarkurs wieder leicht.

Vorteile der DM-Aufwertung

Tatsache ist, daß durch die Aufwertung der Mark – sofern sie nicht nur kurzfristig unterschiedliche Inflation ausgleicht – der westdeutsche Kapitalexport begünstigt wird. Wie aber wirkt sie sich auf den Warenexport aus? Einerseits verteuern sich – zumindest im Augenblick – die westdeutschen Waren für den ausländischen Kapitalisten. Daher wird gesagt, es verschlechtere sich die Konkurrenzfähigkeit. Dies ist aber einseitig. Die ursprüngliche Absicht der Imperialisten ist es nicht, einen möglichst großen Anteil am Weltmarkt zu haben, sondern ihre eigentliche Absicht, die sie auch auf den Weltmarkt treibt, ist die Erzielung von Höchstprofit. Die Aufwertung der westdeutschen Nationalwährung erlaubt es den westdeutschen Kapitalisten, für den Verkauf ihrer Waren im Ausland mehr ausländische Währung als zuvor zu erlösen. Da durch die Aufwertung das Verhältnis der westdeutschen Währung zum Gold – das als Weltgeld und Geldware nach wie vor fungiert – verbessert ist, erlösen sie *mehr* Geld überhaupt und erobern so einen größeren Anteil des von den Arbeitern weltweit geschaffenen Reichtums. Dies ist die andere Seite der Aufwertung der Mark. Die Kapitalisten sagen feinsinnig dazu, die Mark sei „stark“.

Der Vorgang, der den westdeutschen Imperialisten Extraprofite beschert, beruht auf einem relativen Vorsprung in der Steigerung der Intensität und Produktivität der Arbeit in Westdeutschland. Der Kapitalist dieses Landes läßt den Arbeiter eine größere Menge Waren produzieren als der Kapitalist eines anderen Landes in derselben Zeit. Die nationalen Schranken erlauben es dem Kapitalisten dieses Landes, aus der größeren Warenmenge auch einen höheren Verkaufspreis zu erzielen, obwohl die aufgewendete Arbeitszeit gleich ist, wie sie in dem Land mit geringerer mittlerer Intensität und Produktivität der Arbeit für die geringere Menge Waren notwendig ist. Es sei denn, die Konkur-

Forts. S. 13

Die Imperialisten setzen von Thailand aus ihre Angriffe gegen Kampuchea fort

Die thailändische Regierung drohte am Dienstag voriger Woche offen mit Krieg gegen das Demokratische Kampuchea. „600 kambodschanische Soldaten“ seien „auf thailändisches Gebiet vorgedrungen“, „vermutlich mit dem Ziel, den Flüchtlingsstrom einzudämmen“, wird von der bürgerlichen Presse behauptet. In Wirklichkeit verstärken die Imperialisten ihre Angriffe gegen den Aufbau der befreiten Staaten Indochinas und holen sich dabei weitere blutige Nasen.

Bei den „Kambodscha-Flüchtlingen“, die durch die bürgerliche Presse geistern, handelt es sich zum größten Teil um Kambodschaner, die als Söldner dem US-Imperialismus Henkerdienste an ihrem Volk leisteten bis zur Niederlage der USA. Sie werden jetzt im Auftrag des US-Imperialismus, aber auch der BRD-Imperialisten, zu Sabotagetrupps ausgebildet und eingesetzt von einem Gebiet aus, das zu Kampuchea gehört und das 1972 von der thailändischen Junta besetzt worden war. Seit dem 17. April 1975, dem Tag der Befreiung, fordert die Regierung des Demokratischen Kampuchea den Abzug der thailändischen Besatzer. Als die thailändischen Massen die US-Marionetten gestürzt und den Abzug der US-Imperialisten aus Thailand gefordert hatten, war im Oktober 1975 auch eine gemeinsame Erklärung mit der thailändischen Regierung zustandegekommen, wo diese sich verpflichtete, auf der Grundlage der Souveränität und Nichteinmischung und gutnachbarschaftlicher Beziehungen den Einsatz der konterrevolutionären Stoßtruppen zu beenden und die Gebietsfrage friedlich zu klären. Seit es dem US-Imperialismus am 6. Oktober 1976 jedoch erneut gelungen ist, seine Vasallen, die von ihm aufgezogene Militärjunta, erneut an die Macht zu putschen, „hat die thailändische Seite zahlreiche militärische Zwischenfälle provoziert und ihre fortgesetzten Aggressionsakte gegen das Demokratische Kampuchea auf dem Boden, über das Meer und aus der Luft verstärkt“, stellt eine Erklärung der Regierung Kampucheas vom Mai 1977 fest. Sie fährt fort: „Weiterhin unterhält, trainiert und organisiert die thailändische Regierung die Khmer-Verräter entlang der Grenze von Kampuchea und Thailand, von wo sie ohne Unterlaß

Thailand, von wo sie ohne Unterlaß

provokative Aktionen gegen das Demokratische Kampuchea in den Provinzen Oddar, Meachea und Battambang durchführen.“

In gleicher Weise werden frühere Laos-Söldner entlang der laotischen Grenze zu Stoß- und Sabotagetruppen ausgebildet und zu Überfällen nach Laos geschickt.

Der BRD-Imperialismus ist eine der Hauptstützen der Konterrevolution in Thailand, das macht der Monitor-Dienst, ein Instrument des Deutschen Nachrichtendienstes, deutlich. Am 31. Mai wurde ein Abkommen von der deutsch-thailändischen Werftgesellschaft unterzeichnet, dessen Ziel es ist, „die königlich-thailändische Marine mit einer modernen Werft in einer geeigneten Region zu versorgen“. Außerdem erhält die Junta Kredite in Höhe von 224 Millionen Baht (100 Baht ist gleich 11,68 DM) für „Landwirtschafts- und Siedlungsprogramme“. Mit diesem sogenannten „Sicherheitsprogramm für 40 000 Dörfer“ (Monitor) versucht der Imperialismus die Lage in Thailand wieder in den Griff zu bekommen. Es bedeutet die zwangsweise Umsiedlung vieler tausend Bauern in den „zunehmend von Guerillas kontrollierten Grenzgebieten“.

Die Imperialisten in den USA und Westeuropa behaupten: „Durch Malaria und Hungersnot sterben jetzt in Kambodscha mehr Menschen als durch Massenhinrichtungen.“ Carter, Häuptling der US-Imperialisten, die in Kambodscha tatsächlich etwa eine Million Menschen ermordet haben, höhnt in ungeheurer Heuchelei: „Die schreckliche Lage, die in Kambodscha herrscht, muß verurteilt werden.“ Ihre militärischen und propagandistischen Angriffe werden immer wütender, nachdem das Volk von Kampuchea nach dem Sieg über den US-Imperialismus seine Einheit weiter festigt und große Leistungen im Aufbau des Landes vollbringt. Im ersten Jahr hat es nicht nur genügend Reis zur Versorgung der 7,6 Millionen Menschen produziert dank der korrekten Linie des Vertrauens in die eigene Kraft unter der Führung der Revolutionären Organisation. Ein Überschuß konnte bereits für den Kauf notwendiger, selber bisher nicht produzierbarer Maschinen im Ausland eingesetzt werden. Das

im Ausland eingesetzt werden. Das

zweite Jahr galt dem Kampf gegen Volksseuchen, vor allem gegen Malaria, die die Herrschaft des US-Imperialismus dem Land hinterließ. Auch hier wurde ein gewaltiger Fortschritt mit den Mitteln, die das Land selber bietet, durch den Einsatz der revolutionären Energien und Schöpferkraft der Massen erzielt. Der Botschafter Tansanias, ein Vertreter eines Landes der Dritten Welt, stellt nach einer Reise durch Kampuchea begeistert fest:

„Für uns als Entwicklungsländer (...) ist die Landwirtschaft immer die Grundlage unserer Entwicklung – und ich ergreife die Gelegenheit, das Volk von Kampuchea dazu zu beglückwünschen, daß es daran festhält. Noch nie in meinem Leben habe ich so ausgedehnte Reisfelder gesehen, es ist hier das erste Mal. Wir sind Hunderte von Kilometern durch Reisanbaugebiete gefahren. (...) Es ist der Beweis für die richtige politische Linie der Regierung des Demokratischen Kampuchea, der Revolutionären Organisiation und ihrer Führer, dem Volk zu dienen.“ „Sie haben mit leeren Händen angefangen, ohne alles, ohne Geld. (...) Für ihren Wiederaufbau hatten sie keinerlei hochentwickelte Maschinen. Sie mußten das nehmen, was da war. Sie haben Hacken.“]

„Weiterhin sind da die verheerenden Krankheiten. Ihr Kampfprogramm gegen die Malaria in Kampuchea hat bei uns einen tiefen Eindruck hinterlassen. Es ist besonders eindrucksvoll, weil es wirklich ein Programm für das Volk ist, um die Gesundheit des Volkes wiederherzustellen.“

Um ihre Ausbeuterherrschaft zu begründen und aufrechtzuerhalten, behaupten die Imperialisten stets, aus eigener Kraft könnten die Länder der Dritten Welt ihre Probleme nicht lösen. Den realen Beweis des Gegenteils fürchten sie deshalb wie die Pest. Mit Haß verfolgen sie das Volk von Kampuchea, weil es unter Führung seiner Revolutionären Organisation beweist, daß auch ein kleines Volk, gestützt auf die eigene Kraft, seine revolutionären Energien mobilisierend, sehr rasche Fortschritte machen und die Probleme der Entwicklungsländer meistern kann. Es ist damit nicht nur ein leuchtendes Beispiel für die Länder der Dritten Welt, die noch dem Imperialismus ausgeliefert sind, sondern leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur Weltrevolution. – (Z-Red.)



Die Aufgaben der Soldaten der revolutionären Volksarmee: die Unabhängigkeit verteidigen, Beitragen zum Aufbau des Landes

gen, Beitragen zum Aufbau des Landes

Die Sozialistische Republik Vietnam in die UNO

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat der Vollversammlung die Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam empfohlen. Damit hat der US-Imperialismus eine weitere Niederlage im Kampf gegen das vietnamesische Volk einstecken müssen. Viermal hat er von dem Veto, das die Supermächte usurpiert haben, Gebrauch machen müssen, um gegenüber der gerechten Forderung der Regierung Vietnams, die von der großen Mehrheit der Staaten, die von den Imperialisten unterdrückt werden, unterstützt wird, die Aufnahme zu verhindern. Die Bundesregierung hat erneut ihre aggressive imperialistische Politik gegenüber den Völkern der Dritten Welt bekundet, indem sie sich mit den US-Imperialisten der Zustimmung zur Aufnahme enthielt. Reparationszahlungen in Höhe von 3,25 Milliarden Dollar verweigern die US-Imperialisten nach wie vor, obwohl sich dazu der frühere US-Präsident Nixon in einem persönlichen Schreiben bei Abschluß der Pariser Friedensverhandlungen ausdrücklich verpflichten mußte. Der Kampf, die US-Regierung zur Einhaltung und damit zum Eingeständnis ihrer Verbrechen an den Völkern Indochinas zu zwingen, geht weiter. Die Regierungen Vietnams und Laos verurteilten die USA, weil sie weiterhin militärische Stützpunkte in Südostasien aufrechterhalten und das Bündnis der ASEAN-Staaten zur Unterdrükkung der revolutionären, auf Befreiung vom Imperialismus gerichteten Bestrebungen in diesem Raum zu benutzen versucht. Thailand wurde von ihnen aufgefordert, die feindlichen Aktionen gegen seine Nachbarstaaten einzustellen.

Peruanische Arbeiter erzwingen Rücknahme der Preiserhöhungen

Der Versuch der Militärjunta, die von den Imperialisten über den Internationalen Währungsfonds erfolgte Schuldeneintreibung durch die Erhöhung der Preise für die Lebenshaltungskosten und damit Senkung des Reallohns der Arbeiter durchzuführen, wurde abgeschmettert. Sie mußte jetzt ihr „Sparpaket“ zurücknehmen, der Wirtschaftsminister Walter Piazza zurücktreten. Nach dem Generalstreik am 20.7. setzten die Bergarbeiter trotz wilder Drohungen der Junta den Streik in den Kupfer-, Zink- und Bleibergwerken fort. Sie fordern höhere Löhne, Wiedereinstellung entlassener Arbeiter und Aufhebung des Streikverbots. Die Miltärjunta versucht jetzt durch die Ankündigung von Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung für eine Zivilregierung die Kampffront gegen ihre reaktionäre Politik, die das Land immer stärker den Imperialisten öffnet, zu schwächen. Gleichzeitig verschärft sie ihren reaktionären Terror, 17 Arbeiter wurden in den vergangenen zwei Wochen erschossen.

Sozialimperialisten bauen ihr

Sozialimperialisten bauen ihr Transportmonopol aus

Der Ständige Transportausschuß des RGW beschloß auf einer Sitzung am Mittwoch in Budapest, die Eisenbahntransitfrachtraten um 90 % zu erhöhen.

Diese Maßnahme, für die noch kein genauer Termin genannt ist, ist Bestandteil der Politik der Sozialimperialisten beim Ausbau des Frachtmonopols innerhalb des RGW sowie zur Auspressung der RGW-Länder. Der Hauptnutznießer dieses Beschlusses ist allemal die Sowjetunion. Innerhalb der SU müssen alle Waren, die mit Eisenbahnen transportiert werden, auf sowjetischen Waggons gefahren werden. Das deshalb, weil in der SU das sogenannte Breitspursystem benutzt wird, auf dem normale Züge nicht fahren können. Deshalb werden alle Waren, die in die SU gehen bzw. aus ihr kommen, auf entsprechende Waggons umgeladen. Des weiteren befindet sich der größte Teil des Streckennetzes des RGW in Anbetracht der großen Entfernungen innerhalb der SU. Die verschiedenen Mitgliedsländer des RGW werden diese Frachtratentransiterhöhungen empfindlich treffen. Im Rahmen der Arbeitsteilung müssen sie diverse Waren in die SU liefern und auch die Frachtraten bezahlen, umgekehrt bekommen sie Lieferungen, deren Frachtraten sie oft ebenfalls bezahlen müssen. Das Abkommen sieht weiter vor, daß die Erhöhung „sowohl für den Transport innerhalb des RGW-Bereichs als auch für die Lieferungen der Mitgliedsländer nach und für ihre Bezüge aus Drittländern“ gelten soll. Wiederum ist die SU mit ihrem langen Streckennetz diejenige, die hier Extraprofite machen kann.

Die Erhöhung der Eisenbahntransitfracht steht auch im Zusammenhang mit langfristigen Plänen der SU-Imperialisten, im Transportwesen über die Grenzen des RGW hinaus eine Monopolstellung einzunehmen. Schon seit längerem versucht die SU, die Frachtschiffahrt zu beherrschen. Ihr neuestes Projekt ist der Aufbau einer Containertransportlinie über den Landweg von Europa in den Fernen Osten, die an die Stelle von Schifftransporten treten soll. Die Eisenbahnstrecke ist dabei wichtigster Bestandteil. Seit Jahren schon wird am Ausbau einer zweiten Transbaikalstrecke gearbeitet. An der Pazifikküste der SU, gegenüber Japan, ist ein großer Containerhafen im Bau. Die Erhöhung der Frachtraten im Transiteisenbahnverkehr dient der SU als Mittel, für diesen insgesamt günstigen Transportweg Extraprofite einzutreiben. – (Z-Red)

Fortsetzung
von S. 12

renz zwingt den Verkaufspreis auf den Wert der Waren hinunter.

Offensichtlich spielt sich eine solche Auseinandersetzung auf den Devisenmärkten ab. Es handelt sich also um einen Kampf, ob die westdeutsche Kapitalistenklasse den Vorsprung in der Ausbeutung der in Westdeutschland ausgebeuteten Arbeiter in einen Extraprofit ummünzen kann. Früher gingen die westdeutschen Imperialisten eher daran, die Vorteile zu nutzen, um die Konkurrenten, in deren Markt sie eindringen mußten, im Preis zu unterbieten. Nunmehr fühlen sie sich stark genug, einen Extraprofit zu holen. Als Beweis dient uns ein Vergleich der Exportpreise der USA und der BRD, gemessen in Dollar, und also die Währungsverschiebungen schon ausgeklammert. Die USA konnten ihre Exportpreise seit 1970 bis zum ersten Vierteljahr 1977 auf 189,3% hochtreiben, die westdeutschen Imperialisten aber auf 208,4%. Es spricht also alles dafür, daß die westdeutschen Imperialisten ihre Verkaufspreise nirgendwo gegenüber den USA-Konkurrenten zurücknehmen mußten.

Die USA-Imperialisten versuchen mit ihrem von Präsident Carter direkt eingeleiteten Abwertungsmanöver die Märkte, die ihnen die westdeutschen Imperialisten abgejagt haben, durch verschärfte Konkurrenz im Preis zurückzuholen. Die BRD-Imperialisten fühlen sich ihrerseits stark genug, die Aufwertung der Mark zur Realisierung von Extraprofit ohne Verlust von Marktanteilen zu nutzen. Dazu müssen sie ihren relativen Vorsprung in der Ausbeutung ihrer Arbeiter noch erhöhen, noch mehr neues Kapital aus ihnen herauspressen, um durch Kapitalexport die eroberten Märkte und den Extraprofit abzusichern. Für diese ihre ureigenen Profitziele sucht die westdeutsche Kapitalistenklasse die Propagandatrommel zu rühren. Schließt sich das internationale Proletariat zusammen gegen den gemeinsamen Feind, so ist es mit der Herrschaft dieser profitgierigen Bluthunde rasch zu Ende. – (Z-Red.)

Panzer unter dem Talar

Die Entwicklungshilfe der westdeutschen Imperialisten in Südafrika

Der „Stern“ letzter Woche schreibt, daß verschiedene westdeutsche Firmen Rüstungsmaterial an Südafrika geliefert haben, 1976 sei von Frankreich, Israel, USA und Japan allein für 1,2 Milliarden DM geliefert worden, wobei die BRD einen Anteil von 20% gehabt habe. Im einzelnen seien dies:

– VFW-Flugzeugwerke Bremen habe 1969 9 Militärtransporter vom Typ Transall C160 geliefert, dieses Geschäft sei über Frankreich abgewikkelt worden.

– Messerschmitt-Bölkow-Blohm habe mit einer französischen Firma die Panzerabwehrrakete „Milan“ geliefert und den Hubschrauber Bo-105.

– Die Turbo-Verdichter für eine Uran-Anreicherungsanlage sollen von der Gutehoffnungshütte Sterkrade AG geliefert werden.

Was alle schon längst wissen, enthüllen jetzt die bürgerlichen Zeitungen. Man muß darüber nachdenken, zu welchem Zweck. Die OAU hat die westlichen Imperialisten, insbesondere die BRD, wegen dieser Waffenlieferungen scharf angegriffen. Die afrikanischen Staaten haben sich zusammengeschlossen, um die Angriffe der Imperialisten abzuwehren und zurückzuschlagen.

Die westdeutschen Handelspartner haben ein Interesse daran, ihren „natürlichen“ Handelspartner Südafrika nicht zu verlieren. Sie sind der zweitmächtigste Handelspartner Südafrikas, nach Großbritannien. Die BRD war 1975 innerhalb der EG mit 31,6% an Importen Südafrikas beteiligt und mit 24,1% an den Exporten, am gesamten Außenhandel Südafrikas mit 15,4%.

Die „Hermes-Garantien“ der Bundesregierung für Exporte nach Südafrika sind von Ende 1975 bis Mai 1977 um das Dreifache auf 2,775 Milliarden DM geklettert. Diese Hermes-Garantieren sind für strategisch wichtige Projekte in Südafrika vergeben worden. Die Direktinvestitionen der westdeutschen Imperialisten belaufen sich zur Zeit auf 603 Millionen DM. Davon sind allein im ersten Quartal 1977 26,8 Millionen DM (4,55%) investiert worden. Die Steigerung der Investitionen von Ende 1975 auf Ende 1976 hat 7,06% betragen.

Die Bundesregierung läßt jetzt in der bürgerlichen Presse unverschämte Dementis verbreiten:

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 27.7.77: „Es gehört zu den Hauptaufgaben der Bonner Botschafter in den afrikanischen Hauptstädten und insbesondere des Botschafters in Addis Abeba, dem Sitz der OAU, immer wieder vorzutragen, daß sich die BRD strikt an das Waffenembargo gegen Südafrika halte und der Export von militärischem Gerät nach Südafrika verboten sei. Freilich, das wird zugegeben, sei die Bundesregierung nicht immer in der Lage, illegale Geschäfte zu unterbinden, zum Beispiel dann, wenn sie über dritte Länder abgewickelt werden.“

Und scheinheilig schreibt die „Frankfurter Rundschau“ vom 25.7.:

„Die verstärkte Hilfe Bonns für die südafrikanischen Nachbarstaaten Rhodesiens begründete der Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, Alwin Brück, als Ausdruck der Politik der Rassentrennung ... So sei die Kapitalhilfe von 58,9 Millionen (1976) auf 112 Millionen Mark in diesem Jahr verstärkt worden. In Südafrika und Rhodesien unterstützt das Entwicklungshilfeministerium nach Angaben Brücks nur kirchliche Projekte, die der afrikanischen Bevölkerung zu einer Selbstverwaltung verhelfen sollen.“

Die BRD-Imperialisten behaupten, sie würden aus reiner christlicher Nächstenliebe ihr gutes Geld nach Südafrika bringen.

Die westdeutschen Imperialisten haben etwas vor. Südafrika soll ihr Territorium bleiben. Das wollen sie sich militärisch absichern. Die Einheit der afrikanischen Völker stört sie dabei, diese muß zerstört werden. Das südafrikanische Siedlerregime hat für Südafrika eine Lösung parat:

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 27. Juli: „Interessanter sind deshalb die Überlegungen in der zweiten Reihe, die noch zurückgehalten oder auch glatt verleugnet werden, wenn man sie mit politischen Namen versehen wollte. In politischen Gedankenspielen sind Verfassungsmodelle im Umlauf, die den Umbau der Republik Südafrika in einen Bundesstaat ins Auge fassen. Seine Bestandteile wären

Der Sozialimperialismus zeigt in Afrika sein neokoloniales Gesicht
in:
Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des KBW
Nr. 7/1977

eine Anzahl von Regionen, schwarze, weiße und gemischte, die bei allen wichtigen politischen Beschlüssen und Gesetzgebungsvorhaben qualifizierte Mehrheiten zustande bringen müßten. So wäre die Majorisierung ganzer Gruppen ausgeschlossen ... In einer bundesstaatlichen Verfassung ließe sich dann auch die Selbstverwaltung der Homelands unterbringen ... Entwicklung der Homelands ist auf alle Fälle richtig. Über den Zweck, die schließliche Ausgliederung oder die Einbringung als Kantone in einen Bundesstaat, wird erst später entschieden sein.“

Es wird deutlich, welcher Art die Unterstützung der westdeutschen Bourgeoisie bei der „Selbstverwaltung der afrikanischen Bevölkerung“ ist.

Die Erklärung der OAU ist den Imperialisten in die Glieder gefahren. Immer hektischer werden ihre Tätigkeiten. Eine Einheit der afrikanischen Staaten können sie bei ihren Vorhaben nicht gebrauchen. – (Z-Red.)

Militärzuchthaus für Lohnsklaven

Die „Arbeitsplatzbeschaffung“ durch Einführung der Dienstverpflichtung im Nationalsozialismus

„Die Überwindung der Arbeitslosigkeit – bei der Machtübernahme fand Hitler sechs Millionen Arbeitslose vor . . . hat das Ansehen des neuen Regimes bei der Bevölkerung außerordentlich gestärkt; dieser innerhalb vier Jahren errungene Erfolg galt als sein innenpolitisches Hauptverdienst.“ (Grundzüge der Geschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart, Diesterweg)

Das Gute an der faschistischen Hitlerdiktatur sei auf alle Fälle die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gewesen, so lernt es die Jugend heute noch in der Schule. Tatsache ist, daß das deutsche Finanzkapital durch blutigste Unterdrückung die Zwangsarbeit gegenüber der Arbeiterklasse und den Werktätigen durchsetzte. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise hatte die Profitproduktion ins Stocken gebracht. Die deutsche Finanzbourgeoisie drängte, nachdem ihre Position durch die Ausbeutung der Arbeiter nach dem Ersten Weltkrieg wieder erstarkt war, mit Gewalt auf die Überwindung dieser Stockung durch die Ausdehnung der Märkte und insbesondere durch die Einnahme der Rohstoffquellen. Die durch die Krise ungeheuer gesteigerte Konkurrenz der imperialistischen Mächte untereinander nährte den Expansionsdrang der deutschen Bourgeoisie. Die Auspressung der Arbeiter bis an den Rand des Existenzminimums sollte ihnen Überlegenheit und notwendigen Vorsprung gegenüber den Konkurrenten verschaffen, am liebsten wollten sie die Arbeitskraft umsonst haben. Da der Kampf der Arbeiter um den Wert ihrer Arbeitskraft dies verhindert, kam es für sie darauf an, diesen Kampf auszuschalten und sich die Arbeitskraft bedingungslos zu unterwerfen. Die Kapitalisten gingen deshalb daran, den freien Lohnarbeiter, den die kapitalistische Produktion hervorgebracht hat, zu ersetzen durch den Zwangsarbeiter, der nicht mehr das Recht hat, seine Arbeitskraft frei zu verkaufen und im Kampf den Wert seiner Ware zu bestimmen. Zielstrebig begann die deutsche Finanzbourgeoisie alle Rechte der Arbeiter außer Kraft zu setzen und sie in Zwangsarbeiter für das Kapital zu verwandeln. Dieser Tendenz des Imperialismus kann nur durch den Kampf der Arbeiterklasse entgegengetreten werden, der entweder mit dem Sturz der Bourgeoisie oder mit einer Niederlage der Arbeiterklasse endet.

Die häufige Vorstellung, daß der Arbeitsdienst von den Faschisten eines Tages einfach verordnet und damit auch durchgesetzt war, ist falsch, weil sie den tatsächlichen Verlauf des Klassenkampfes außer acht läßt. So war der Arbeitsdienst weder eine Erfindung speziell von Hitler, sondern dieser setzte nur fort und perfektionierte, was bereits unter der Regierung Brüning vom Finanzkapital begonnen wurde. Zudem ging der endgültigen gesetzlichen Fasssung des Arbeitsdienstes eine Latte von Verordnungen voraus, die im einzelnen die Bausteine auf dem Weg zur Zwangsarbeit der Arbeiterklasse waren.

Die Sozialdemokraten als Wegbereiter der Faschisten

Unter der Parole „Arbeitsplatzbeschaffung“ erließ die Regierung Brüning eine Reihe von Notverordnungen, darunter bereits die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der über die Arbeitsämter gefördert wurde, und schickte vor allem jugendliche Arbeitslose in die Landwirtschaft. Die Beiträge der Arbeitslosenversicherung wurden unter Brüning zunächst um 4,5 Prozent, dann nochmals um 6,5 Prozent erhöht. Durch Notverordnungen wurden Lohnkürzungen bei den Beamten und Postarbeitern von 6 und 9 Prozent durchgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende 1930 fast 4 Millionen, und jeden Tag kamen 20 000 Arbeitslose hinzu. Erhöhte Steuerlast, die Abgaben für die Sozialversicherungen und die Inflation hatten für die Arbeiterklasse ein Absinken des Realeinkommens von etwa 10 Prozent zur Folge. Die Einzelhandelsumsätze bei Lebensmitteln sanken in den Jahren 1929 bis 1933 um etwa 30 Prozent, bei Bekleidung und Wohnungsbedarf um etwa 40 Prozent. Der Tabakkonsum ging um etwa 15 Prozent und der Bierkonsum um 45 Prozent zurück. Alles Zeichen für die elende Lage der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokraten forderten von der Regierung die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ und propagierten dies in den Gewerkschaften. In einer Resolution auf einem außerordentlichen Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) 1932 hieß es:

„Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderungen, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wissenschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.“

Dies war nicht nur die Rechtfertigung für Steuererhöhungen und Beitragserhöhungen der Versicherungen, der Steuervergünstigungen und Arbeitsplatzbeschaffungshilfen für die



Schlafraum für Arbeitslose

Kapitalisten, sondern es war bereits die Propaganda des Arbeitsdienstes, die die Sozialdemokraten betrieben.

Nichts anderes ist es heute, wenn der DGB fordert, „mit Milliardenspritzen hunderttausende von Arbeitslosen in den öffentlichen Dienst zu übernehmen“, und die Sozialdemokraten in der Regierung dies begrüßen. (Die Welt, 21.7.77)

Die Sozialdemokraten damals sahen ihre Forderungen gut aufgehoben in den Händen des Präsidenten Hindenburg und riefen deshalb in den Wahlen 1932 die Arbeiterklasse zur Wahl Hindenburgs auf: „Schlagt Hitler – wählt Hindenburg!“

Die Kommunistische Partei dagegen versuchte die Arbeiterklasse zum Sturz der Bourgeoisie zusammenzuschließen und erklärte: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Die Tatsachen bewiesen, daß sie damit recht hatte.

Hindenburg gewann im zweiten Wahldurchgang die Wahlen, entließ Brüning und berief Papen zum Reichskanzler. Papen erließ weitere Notverordnungen nach dem Programm der Regierung: „Der Grundgedanke des Kabinetts ist Arbeitsbeschaffung und Versuch einer Verständigung mit den Parteien und mit den Gewerkschaften.“

Die Kapitalisten ließen sich durch ein System von Steuergutscheinen Steuernachlässe für die vergangenen fünf Jahre auszahlen in Höhe von 700 Millionen Reichsmark. Auf die „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten“ antwortete die Arbeiterklasse mit zahlreichen großen Proteststreiks.

Die Verordnung lief darauf hinaus, Neueinstellungen zu koppeln an Bezahlung unter dem Tarif. Für jeden neu eingestellten Arbeiter sollten 30 Wochenstunden nach Tariflohn, die übrigen Stunden unter Tarif bezahlt werden. Dies war ein Mittel in der Hand der Kapitalisten, den Lohn beliebig zu senken. Die Kämpfe der Arbeiter zwangen die Regierung Hindenburg, diese Verordnung zurückzuziehen.

Das Erstarken der Arbeiterbewegung war Ausgangspunkt für das Finanzkapital, zum Gegenschlag auszuholen, zu dem die Sozialdemokraten ihm verholfen hatten.

Durch Errichtung der faschistischen Diktatur verhindert die Finanzbourgeoisie ihren Sturz

„Ich habe zufällig . . . den Direktor der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, Oskar Wassermann, getroffen, der durch sein Unternehmen in ständiger Führung mit der Großindustrie und dem Großkapital steht. (. . .) Herr Wassermann sagte mir . . . er habe an zuständigen Stellen schon seit



Arbeitslosenküche in Frankfurt 1931

Jahresfrist immer wieder darauf hingewiesen, daß die nationalsozialistische Partei in die Regierung eingeschaltet werden müsse. (. . .) Er sehe daher in der Betrauung Hitlers mit Kanzlerposten eine Selbstverständlichkeit, die früher mit geringerer Erschütterung und billiger zu haben gewesen wäre . . .“ (Dr. J. Meindl, österreichischer Gesandter in Berlin)

Was Hitler so brauchbar für das Finanzkapital machte, war die ausgefeilte nationalistisch-sozialchauvinistische Demagogie, mit der er vor den Massen auftrat, und die Bereitschaft, über die Arbeiterklasse und das Volk eine Terrorherrschaft zu errichten. Indem er in seinen Reden an dem Elend der Arbeiterklasse und der Volksmassen anknüpfte und ihren Wunsch nach Veränderung aufgriff, die Fähigkeit der Arbeiterklasse, produktive Klasse zu sein, pries, propagierte er die Verschärfung der Ausbeutung, die Zwangsarbeit, der sich die Massen unterwerfen sollten:

„70 Millionen Menschen lebten schon vor dem Kriege auf einer mehr als beschränkten Grundfläche. Daß sie lebten, verdankten sie wirklich nur ihren Fähigkeiten und ihrer Arbeit. Sie allein machten uns damals zum reichen Volk, reich an jenen Gütern der menschlichen Kultur, die ihre Wurzel nicht in kriegerischen Unternehmungen, sondern ausschließlich in den Werken und Leistungen besitzen, die nur durch Fähigkeit, Arbeit und Fleiß entstehen und gelingen können.“ (Hitler am 1. Mai 1934)

Der von den Nationalsozialisten selbst inszenierte Reichstagsbrand war der Vorwand für das Finanzkapital, das Parlament auszuschalten und seine Herrschaft direkt und blutig zu errichten. Tausende wurden verhaftet, unter ihnen Ernst Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei wurde verboten und verfolgt, alle gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter beseitigt.

Am 2. Mai überfielen die Nationalsozialisten die Gewerkschaftshäuser und besetzten sie. Ende Mai wurde auch die SPD verboten, die noch eine Woche vorher im Reichstag der Regierungserklärung Hitlers zugestimmt hatte, in der er u.a. erklärt hatte:

„Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschen, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt:

1. Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates, fundiert auf dem Begriff des Eigentums als Grundlage unserer Kultur.

2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in eine allen nützliche Produktion.

3. Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, die getragen vom Vertrauen und Willen der Nation dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht.“

Alle gewerkschaftlichen Rechte werden beseitigt und die Arbeiterklasse zur „Gefolgschaft“ erklärt

Nachdem die Gewerkschaften verboten waren, wurde als Übergangsregelung am 19. Mai das „Gesetz über die Treuhänder der Arbeit“ erlassen, das seine vollständige Fassung erhielt in dem Gesetz „Die Ordnung der nationalen Arbeit“. Die wichtigsten Passagen daraus sind:

§ 1
„Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.“

§ 2
„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber über alle betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.“

§ 5
„Zur Führung des Betriebes mit in der Regel mindestens zwanzig Beschäftigten treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes.“

§ 18
„Für größere Wirtschaftsgebiete . . . werden Treuhänder der Arbeit ernannt. Sie sind Reichsbeamte und unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministers . . .“

§ 19
„Die Treuhänder der Arbeit haben für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen . . .“

§ 28
Die Verhängung von Bußen gegen die Beschäftigten ist nur wegen Verstoßes gegen die Ordnung oder die Sicherheit des Betriebes zulässig. Bußen in Geld dürfen die Hälfte des Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen; für erhebliche, bestimmt zu bezeichnende Verstöße können jedoch Bußen bis zum vollen Tagesarbeitsverdienst vorgesehen werden. Die Verwendung der Bußen bestimmt der Reichsarbeitsminister.“

Fortführung der „Arbeitsplatzbeschaffung“

Dieses Gesetz sollte die Arbeiter vollständiger staatlicher Kontrolle unterwerfen, die Stiefel und die Konzentrationslager im Nacken, ihnen die Waffen zum Kampf gegen die schamlose Ausbeutung aus der Hand schlagen.

Die völlige Rechtlosigkeit war zur Einführung der Zwangsarbeit Voraussetzung. Zur „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ knüpften die Nationalsozialisten an den bestehenden Arbeitsbeschaffungsprogrammen an. Für die Jugendlichen wurden Förderkurse durchgeführt, denen die Förderlehrgänge heute ähnlich sind. Mit der Zumutbarkeitsklausel der Arbeitslosenversicherung, die auch damals schon existierte, mußten hunderte von Arbeitern bei Drohung des Entzuges des Arbeitslosengelds für niedrigeren Lohn in der Landwirtschaft und im Tiefbau arbeiten.

Tatsächlich „beschafft“ wurden Arbeitsplätze in einer Sonderaktion bis zum Oktober 1933 für „Angehörige von nationalen Verbänden“, indem einfach Arbeiter entlassen und sie an ihre Stelle gesetzt wurden.

Anfang 1934 wurden Pläne zur Einführung eines Landjahres für Jugendliche veröffentlicht und in der Umsetzung dieser Pläne 400 000 Jugendliche für ein Taschengeld in der Landarbeit ausgebeutet. Dies alles waren aber erst bescheidene Anfänge, die wesentlichen Maßnahmen sollten erst noch erfolgen und kamen dann auch Schlag auf Schlag.



Zwangsarbeit in der Landwirtschaft

Das Finanzkapital „regelt den Arbeitseinsatz“

Im Oktober 1936 lag der erste Entwurf zur „Regelung des Arbeitseinsatzes“ für die Metallindustrie und die Bauindustrie vor:

„Zur Anpassung des Arbeitseinsatzes im Baugewerbe und in der Eisen- und Metallwirtschaft an die Erfordernisse, die sich aus der Durchführung staatspolitisch wichtiger Aufgaben ergeben, insbesondere im Hinblick auf das auf dem Parteitag der Ehre verkündete neue Aufbauprogramm, zur Sicherstellung eines ausreichenden Nachwuchses an Facharbeitern und zur Regelung sonstiger Fragen des Arbeitseinsatzes hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen . . .

Durchführung von Bauvorhaben

§ 1
(1) Die Ausführung von Hoch- und Tiefbauvorhaben kann von einer besonderen behördlichen Zustimmung abhängig gemacht werden.
(2) Die Zustimmung ist nach der staats- und wirtschaftspolitischen Bedeutung der beabsichtigten Bauvorhaben und nach dem Vorhandensein einsatzfähiger Bauarbeiter zu erteilen; dabei ist Überzeit tunlichst auszuschalten. (Der letzte Halbsatz wurde bei der Unterzeichnung gestrichen)
(3) Die Zustimmung kann befristet, zeitlich bedingt oder unter Auflagen erteilt werden. Insbesondere kann bestimmt werden, daß die erforderlichen Arbeitskräfte von dem für die Baustelle zuständigen Arbeitsamt anzufordern sind . . .“

Die gleiche Regelung wurde für die Metallindustrie getroffen. Jede Arbeitsvermittlung sollte nur noch über das Arbeitsamt laufen. Deshalb wurde dazu als erste Maßnahme erlassen das

„Verbot von Kennwortanzeigen für die Anwerbung oder Vermittlung von Baufacharbeitern und Metallarbeitern

§ 4
Es ist verboten, Kennwort- (Chiffre) Anzeigen in Zeitungen, Zeitschriften, Stellenlisten und ähnli-



Konzentrationslager Auschwitz

chen Verzeichnissen zwecks Anwerbung oder Vermittlung von Baufacharbeitern und Metallarbeitern aufzugeben oder aufzunehmen.

Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses

§ 6
Der Reichsminister kann im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister zur Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses Unternehmen gewerblicher Betriebe Verpflichtungen, insbesondere zu Einstellung von Lehrlingen, auferlegen, sofern die Verhältnisse des Betriebes dies zulassen . . .

Beschäftigung älterer Arbeiter

§ 7
Der Reichsarbeitsminister kann im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister anordnen, daß in Betrieben in angemessenem Umfange Angestellte im Alter von 40 und mehr Jahren zu beschäftigen sind, soweit sie eine ordnungsgemäße Vorbildung aufzuweisen haben und einsatzfähig sind. Über die Einsatzfähigkeit entscheidet das Arbeitsamt.

Strafbestimmungen

§ 10
Wer einen Arbeiter oder Angestellten verleitet, die Arbeit vor rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses zu verlassen, wird mit Geldstrafe bestraft; in besonders schweren Fällen kann an die Stelle der Geldstrafe oder neben sie Gefängnisstrafe treten. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Treuhänders der Arbeit ein.“

Das waren die grundlegenden Bestimmungen, die jetzt nur noch im einzelnen ausgefeilt wurden.

In einer ergänzenden Verordnung wurden die Arbeitsämter ermächtigt, über jede Einstellung oder Nichteinstellung zu entscheiden. Eingestellt

wurde nur, wer eine Zustimmung des Arbeitsamtes vorzuweisen hatte, kündigen durfte nur, wem das Arbeitsamt bescheinigte, daß der Weggang aus dem Betrieb nicht „staats- oder wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufgaben beeinträchtigt".

Die Freizügigkeit war damit völlig aufgehoben, denn jeder Arbeiter konnte gezwungen werden, solange unter der Knute eines Kapitalisten zu arbeiten, wie die Regierung es für nötig hielt, und gleichzeitig war es ein Mittel, jeden, der sich gegen die scharfen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse auflehnte, in Arbeitslosigkeit zu halten, denn ohne den „Freigabeschein", der später in „Unbedenklichkeitsschein" umbenannt wurde, bekam man keine Arbeit.

Die Jugendlichen konnten einfach in die Industriezweige gesteckt werden, in denen Facharbeiter fehlten; es wurde noch die zusätzliche Regelung eingeführt, daß jeder Kapitalist, der keine Lehrlinge, wie es gewünscht war, aufnehmen konnte, Abgaben zahlen mußte, genau wie es heute in dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz besteht. Diese Arbeitseinsatzregelung wurde dann auch für die Chemiearbeiter erlassen. Es waren nicht zufällig gerade diese Industriezweige. Die Zwangsarbeit in der Bauindustrie war notwendig zum Bau der Straßen für die Militärfahrzeuge und zum Bau des Westwalls, die gesamte Metallindustrie war notwendig zur Aufrüstung, und die Chemieindustrie mußte ebenfalls in der Kriegsvorbereitung Giftstoffe und Munitionsstoffe produzieren.

Vielfach leistet die Arbeiterklasse
Vielfach leistet die Arbeiterklasse
Widerstand gegen die faschistischen Blutsauger

Die Arbeiter und die KPD organisierten in vielfacher Form und unter schwierigsten Bedingungen den Kampf gegen ihre Blutsauger und Unterdrücker, trotz Gestapo, SS, SA und Treuhändern. Davon geben die Spitzelberichte des Regimes selbst Zeugnis:

Auszug aus dem Bericht der „Treuhänder der Arbeit" für den Monat Februar 1937

Bergbau.

„Schlesien: Unruhe wegen der schlechten Löhne im Erzbergbau in Oberschlesien. Neue Tarifordnung in Vorbereitung. Schlechte Stimmung im Waldenburger Gebiet. Funktionäre der Marxisten sind sehr tätig und versuchen durch Eindringen in Deutsche Arbeitsfront Unruhe zu stiften. Viele Verhaftungen.

Saarpfalz: Illegale Druckschrift ‚Bergarbeiter-Mitteilungen' schreibt über ‚Schichtenraub', der darin erblickt wird, daß Nebenschichten ins Gedinge eingerechnet werden. Es wird mitgeteilt, daß an einer Stelle passive Resistenz geübt worden sei und die Produktion auf 50% gesunken sei."

Metall, Eisen, Maschinen.

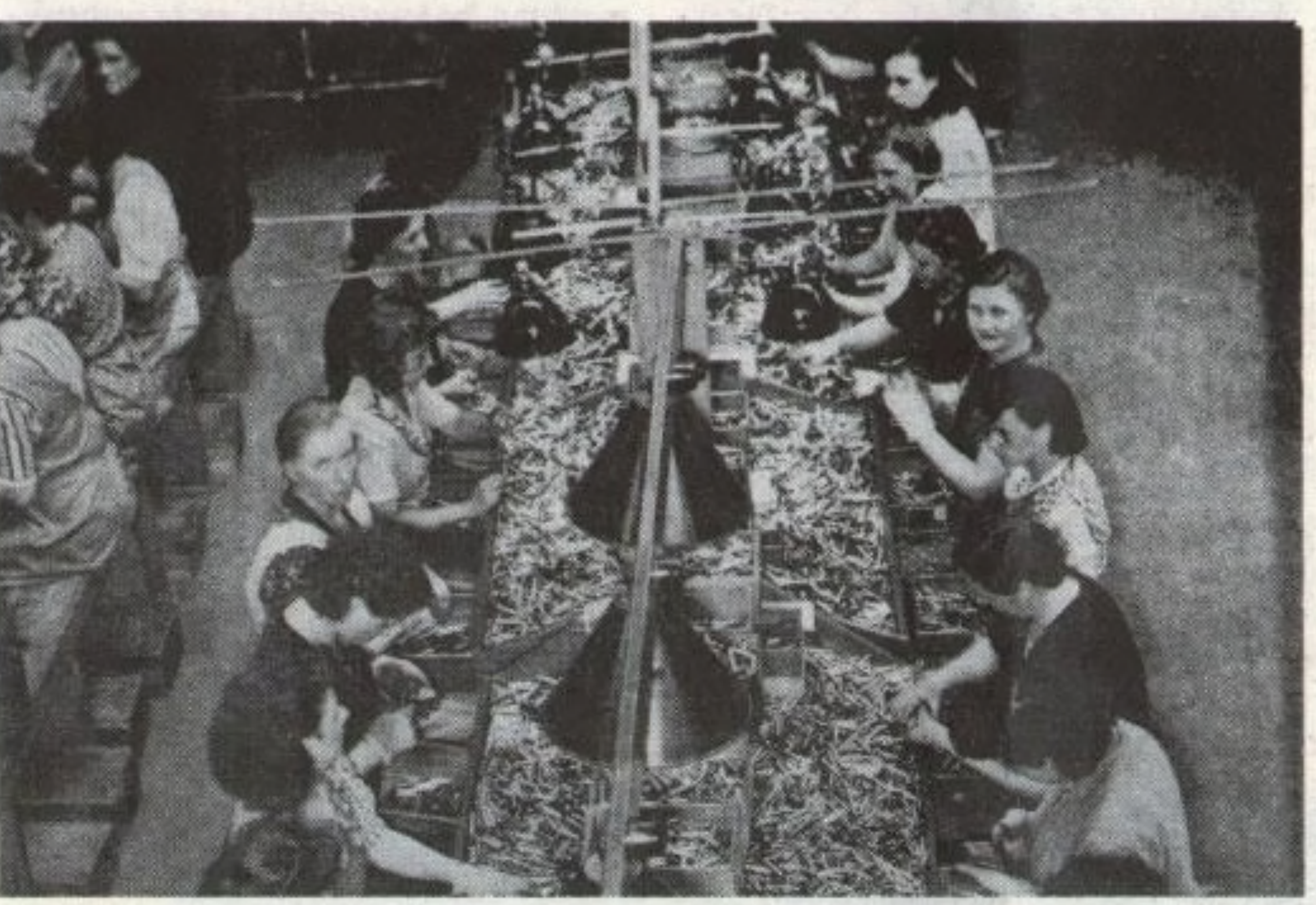
„Westfalen: Beschränkung der Freizügigkeit der Gefolgschaft hat an manchen Stellen die Stimmung verschlechtert. (...)

Hessen: Anordnung über den Einsatz von Metallarbeitern wird als weitere Erschwerung der Freizügigkeit angesehen."

Bau, Steine, Erden.

„Bayern: Auf einer Baustelle der Reichsautobahnstrecke Nürnberg – München haben die Maschinisten und Heizer, obgleich sie als Stammarbeiter sehr gut entlohnt wurden, die Arbeit niedergelegt, um höhere Löhne zu erzwingen. Sie wurden in Schutzhaft genommen und durch andere Arbeiter ersetzt. Auf einer Baustelle der Strecke Nürnberg – Stuttgart haben 50 Gefolgschaftsangehörige die Arbeit verweigert, weil die Firma Zahlung eines Vorschusses abgelehnt hat mit der Begründung, daß am Vortage Lohn gezahlt sei. 5 Unruhestifter in Schutzhaft. Bei Kabelverlegungsarbeiten an einer Baustelle in der Nähe von Gunzenhausen (Mfr.) hat die Gefolgschaft ohne Grund die Arbeit niedergelegt. Nach Verhaftung der 3 Rädelsführer Wiederaufnahme der Arbeit.

Mitteldeutschland: In der mitteldeutschen Hohlglas-Industrie GmbH. in Altenfeld (280 Gefolgschaftsmitglieder) Differenzen wegen Berechnung der Akkordlöhne. 150 männliche Gefolgschaftsmitglieder legen Arbeit nieder. Vertrauensmänner versuchen nicht, Gründe zu klären und Fortsetzung der Arbeit zu erwirken. Verlassen vielmehr selbst den Betrieb."



Monatsbericht des Sicherheitsdienstes II 121 über Linksbewegung im Februar 1937 (Auszug)

Geheim!

„Daß auch ohne eigentliche illegale Organisation der Einfluß von Marxisten in den Gefolgschaften der Betriebe stellenweise sehr groß ist, geht aus zahlreichen Beispielen hervor. Aufgrund des Facharbeitermangels sind zahlreiche politisch unzuverlässige Elemente wieder eingestellt worden. So waren z.B. beim Aradowerk Brandenburg (R-(Rüstungs-Betrieb) von 15 Mann, die zu einem Spezialkursus abkommandiert wurden, 14 Mann früher in der SPD und KPD gewesen. Die wahre Stimmung in diesen Betrieben ist schwierig zu erfassen, weil diese Elemente mit ihrer ehrlichen Meinung zurückhalten. Mehrfach wurde berichtet, daß die Bezahlung nach verschiedenen Tarifen auf der gleichen Arbeitsstelle zu Unruhen und vereinzelt auch zu Arbeitsniederlegungen Anlaß gab.

Propaganda

(...) Der Versand kommunistischer Flugblätter auf dem Postwege wird neuerdings wieder in stärkerem Maße angewendet. Nachdem erst Ende Januar in Berlin auf diesem Wege größere Mengen verteilt wurden – es wurden von der Flugschrift ‚Bürger Berlins' bisher 178 Stück erfaßt...

Aus dem Ruhrgebiet wird eine neue Art der Beschaffung illegalen Materials gemeldet: In den mit Kohle beladenen Lastkraftwagen, die deutsche Kohle nach Holland bringen und umgekehrt, werden zwischen den Kohlenstücken alte Zigarettenschachteln verborgen, die illegale Schriften enthalten.

In Berlin wurde in dem Telefonbuch einer öffentlichen Fernsprechstelle eine 19 Seiten starke im Abzugsverfahren hergestellte Druckschrift mit dem Titel ‚Informationen' gefunden. Die Schrift enthält die Reden Litwinows und Stalins auf dem 8. Unions-Rätekongreß im November 1936. Beigefügte Anmerkungen zum Text deuten darauf hin, daß es sich um Schulungsmaterial handelt. In Leipzig wurden in den Fernsprechbüchern verschiedener öffentlicher Fernsprechstellen Hetzzettel gefunden."

ARBEIT MACHT FREI

Torbogen des KZ Auschwitz

Durchschlag dieses Bescheides erhalten der alte und der neue Betriebsführer. Der Durchschlag ist dem alten Betriebsführer zuzustellen.

Verpflichtungsbescheid

auf Grund der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. Februar 1939 (RGBl. I S. 206) und der Dienstpflicht-Durchführungsanordnung vom 2. März 1939 (RGBl. I S. 403)

Herrn
Frau ______________________
Fräulein (Vor- und Zuname)

in ______________________

______________________ Straße ____

bei ______________________

Sie werden hiermit
für die Zeit vom ______________ bis ______________
zur Dienstleistung — Ausbildung *) als ______________
bei ______________________ verpflichtet.
(Betrieb, Verwaltung)

Sie haben sich am __________ um _____ Uhr _____ in __________ (Ort)

__________ bei ______________________
(Straße)

____

zur Arbeitsaufnahme zu melden.

Die Hinweise auf der Rückseite sind zu beachten. Die Arbeitsbedingungen sind Ihnen bekanntgegeben worden.

______________, den ______________

(Dienstsiegel) Arbeitsamt ______________________

____
(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes durchstreichen!

Zur Beachtung!

1. Vom Tage der Dienstverpflichtung ab sind Sie aus Ihrem bisherigen Beschäftigungsverhältnis beurlaubt. Eine Kündigung Ihres Dienstverhältnisses und gegebenenfalls Ihrer Dienst- oder Werkwohnung ist während der Beurlaubung unzulässig. Bezüge, die Ihnen aus Ihrem bisherigen Beschäftigungsverhältnis zustehen, werden spätestens bei Beginn der Beurlaubung ausgezahlt. Der Anspruch auf Bezüge aus dem neuen Beschäftigungsverhältnis entsteht bereits mit dem Tage, an dem die Dienstleistung beginnt, jedoch nur dann, wenn Sie sich zu dem festgesetzten Zeitpunkt zum Dienstantritt melden. Nach Ablauf der Dienstleistung kehren Sie auf Ihren alten Arbeitsplatz zurück.
2. Der Verpflichtungsbescheid ist unverzüglich nach Erhalt dem bisherigen Betriebsführer, bei Dienstantritt dem neuen Betriebsführer vorzulegen.
3. Die Nichtbefolgung oder Verletzung der Ihnen auferlegten Verpflichtungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe, letztere in unbegrenzter Höhe, oder mit einer dieser Strafen bestraft (Zweite Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 5. November 1936 — RGBl. I S. 936 —).
4. Weitere Auskünfte erteilt das Arbeitsamt.

Die „Dienstverpflichtung"

Bis zur Einführung der Zwangsarbeit war kein großer Schritt mehr notwendig. Die erste Fassung des Gesetzes lag bereits 1935 vor. Darin heißt es:

„Der Deutsche Volksdienst stellt die Arbeitskraft des Deutschen Volkes in den Dienst der Reichsverteidigung. (...) Der Volksdienstpflichtige wird vom Arbeitsamt zur Dienstleistung einberufen und in eine Beschäftigung eingewiesen."

In der wiederholt geänderten Fassung hieß es dann:

„Dienstpflicht

§ 1

(1) Für Aufgaben, die der Beauftragte für den Vierjahresplan als besonders bedeutsam und unaufschiebbar bezeichnet, kann das Arbeitsamt Bewohner des Reichsgebietes zur Dienstleistung verpflichten. Hierzu kann privaten und öffentlichen Betrieben und Verwaltungen vom Arbeitsamt die Abgabe von Arbeitskräften auferlegt werden.

(2) Ausländische Staatsangehörige sind nicht zu Dienstleistungen heranzuziehen, soweit für sie auf Grund von Staatsverträgen oder von anerkannten Regeln des Völkerrechts Befreiungen bestehen. (...)

§ 2

(3) Für das Dienstverhältnis des Verpflichteten gilt die für die neue Arbeitsstelle zuständige Tarif-, Betriebs- oder Dienstordnung. (...)

(5) Das Dienstverhältnis darf nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes gelöst werden. (...)

§ 4

(1) Der Dienstpflichtige hat dem Arbeitsamt auf Verlangen alle notwendigen Unterlagen vorzulegen sowie alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Das Arbeitsamt kann auch das persönliche Erscheinen anordnen.

(2) Der Dienstpflichtige hat die Pflicht und das Recht, Sachen, die sich in seinem Besitz oder Gewahrsam befinden, auf Verlangen des Arbeitsamts bei der Dienstleistung zu verwenden. (...)

Göring

Ministerpräsident"

Damit hatte sich das Finanzkapital einen Teil der Arbeiterklasse soweit unterworfen, daß er jederzeit als Stoßtrupp in beliebige Produktionszweige geworfen werden konnte. Zwangsdienstverpflichtet wurden auch die Arbeiter der besetzten Länder. Nicht nur die Arbeitskraft mußte zur Verfügung gestellt werden, sondern auch alles, was der Arbeiter sonst noch sein eigen nennen konnte. Fast eine Million Arbeiter wurden dienstverpflichtet zu Kriegsbeginn; dabei sind die Jugendlichen und die Frauen noch nicht mit einbezogen. Sie wurden zum Bau des Westwalls eingesetzt, zu Ernteeinsätzen, in der Rüstungsindustrie, die Frauen in den Krankenhäusern, dem öffentlichen Nahverkehr und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, bis sie die Arbeitsplätze der Männer einnahmen, die in den Krieg gezogen wurden.

Dienstverpflichtung beim „Bauvorhaben West"

„Privatquartiere konnten bei weitem nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Massenquartiere mußten also geschaffen werden. Schulen, Scheunen, Tanzsäle, Gemeindehäuser, Wirtschaften, Hotels, leerstehende Gebäude – kurz alle nur möglichen Unterbringungsmöglichkeiten wurden belegt und mit den erforderlichen Einrichtungsgegenständen versehen. Barackenlager sollten zwar in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, fehlten aber im Anfang ganz bzw. waren im Aufbau. In der warmen Jahreszeit wurden daher Zelte als Notbehelfe herangezogen. Hier waren zumeist nur Strohlager vorhanden."



Dienstverpflichtung ausländischer Arbeiter

Auszug aus den Monatsberichten der „Reichtstreuhänder der Arbeit" für die Monate Mai und Juni 1938

„Die gespannte Arbeitseinsatzlage auf dem Baumarkt hat zu verstärktem Einsatz österreichischer Arbeiter z.B. in Norddeutschland geführt. Niedersachsen berichtet, daß die Erfahrungen mit diesen Arbeitern nicht gut gewesen sind. Ihre Leistungen waren zum Teil derartig gering, daß sich Arbeiter aus Oberschlesien weigerten, mit ihnen weiter zu arbeiten. Offenbar wird auch die Arbeitsfreudigkeit durch die weite und lange Trennung von der Heimat stark beeinträchtigt. Ähnliche Klagen kommen aus Mecklenburg. Hier haben 170 österreichische Maurer dadurch Unruhe in die Arbeiterschaft gebracht, daß sie erklärten, zu ‚Hungerlöhnen' nicht arbeiten zu wollen (bei einem übertariflichen Stundenlohn von 76 Reichspfennigen!). In der Saarpfalz ist man dazu übergegangen, bereits pensionierte Arbeiter, vor allem pensionierte Bergarbeiter, den Baustellen zuzuführen."

Dienstverpflichtung in der Stahlindustrie

Bericht der Staatspolizeistelle Dresden an das Geheime Staatspolizeiamt vom 29. Juni 1939

„Betrifft: Unruhe unter Dienstverpflichteten, besonders bei den ‚Mitteldeutschen Stahlwerken', Gröditz ...

In dem eine Belegschaft von etwa 6000 Personen umfassenden Rüstungsbetrieb der ‚Mitteldeutschen Stahlwerke' in Gröditz, Kreis Großenhain, wird seit einigen Monaten über mangelhafte Arbeitsleistung geklagt. Unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit und unnatürlich viele Krankmeldungen führten dazu, daß zeitweilig bis zu 1200 Arbeiter fehlten. In einigen Fällen ließen Schäden an den Maschinen den Verdacht von Sabotage aufkommen. (...)

Bei den staatspolizeilichen Erörterungen wurde festgestellt, daß der Hauptherd der Arbeitsunwilligkeit bei den etwa 300 Dienstverpflichteten lag, die Mitte November 1938 aus verschiedenen Bezirken des Erzgebirges an das Werk vermittelt worden waren. (...) Diese überfallartige Neuverpflichtung hat zu Zusammenrottung, Demonstration, vereinzelten Arbeitsniederlegungen und eine(r) allgemeine(n) Verschärfung der Arbeitsunlust geführt. Die Arbeitsfreude leidet jetzt besonders darunter, daß die Verpflichteten nicht wissen, wann ihre Verpflichtung ein Ende nimmt und ihre Ablösung erfolgt."

„Arbeitsdienst", hieß es bereits in einer Denkschrift der Jugendwohlfahrt aus dem Jahr 1933, „für die Arbeitslosen ist im Rahmen ihres eigentlichen Zweckes zweifelsohne eine wertvolle Hilfe, wertvoll nicht nur als zweckmäßige Ausfüllung leerer Zeit und sinnvolle Betätigung verfügbarer Kräfte, sondern wertvoll auch als ein Stück volksgemeinschaftlicher Erziehung."

Das war fünf Jahre, bevor die „Dienstpflicht" eingeführt wurde. Den gleichen Tenor findet man heute in der Presse unter dem Schlagwort „Arbeitsbeschaffungsprogramm". Anläßlich der Verhandlungen der Deutschen Bundesbahn mit dem Metallverband über den Einsatz von mehreren hundert Eisenbahnarbeitern in der Automobilindustrie, der im letzten Monat beschlossen wurde, schrieb die „Bild-Zeitung" im Kommentar:

„Ein paar Bahnobere haben nachgedacht – unbürokratisch und ideenreich: Sie wollen unbeschäftigte Mitarbeiter ausleihen. Die Gewerkschaft protestiert. Der Protest ist begreiflich: Welcher Eisenbahner, der seine Bahn liebt, möchte schon in eine Autofabrik?

Aber was ist besser: Ein angeknackstes Selbstbewußtsein des Mannes, der nicht mehr gebraucht wird? Oder ein Job für diesen Mann?

Arbeiten ist besser als Gammeln!" (30.6.77)



Wehrdienstnovelle
Kündigungsrecht! Streikrecht! Freizügigkeit! Vertretung durch den Personalrat! Lohn?!!! Sie sind doch wohl freiwillig hier, oder!
HIER BAUT DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Bauleitung: Der Minister für Arbeit
Bauausführung: Bundesanstalt für Arbeit Abteilung Zivildienst
Die Bundesregierung wird, falls die Bundeswehr nicht genügend Wehrpflichtige bekommt, ohne Zögern das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer wieder aufnehmen.
(Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der CDU/CSU)
Die Wehrdienstnovelle dient der Militarisierung des öffentlichen Dienstes
Veranstaltung
Ort: Zeit:
KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Das Finanzkapital hat heute mit Hilfe der Sozialdemokraten bereits eine ganze Palette von Maßnahmen ergriffen, die alle dahin gehen, die Zwangsarbeit einzuführen. Denn nichts anderes bedeuten die Einschränkung der Freizügigkeit für ausländische Arbeiter, das Arbeitsförderungsgesetz mit der Mobilitätszulage, der Einsatz der Zivildienstleistenden im sozialen Bereich, die Förderlehrgänge und die Meldepflicht der Lehrlinge, das Ausbildungsplatzförderungsgesetz für Jugendliche, die Zumutbarkeitsklausel bei der Arbeitslosenversicherung, das Bundessozialhilfegesetz, das eben erst verabschiedete Arbeitsvermittlungsunderleichterungsgesetz und die jetzt geplante Verwaltungsänderung bei den Arbeitsämtern.

Die Voraussetzungen zur Einführung einer „Dienstpflicht" hat sich die westdeutsche Finanzbourgeoisie bereits geschaffen. Erneut steckt sie in einer tiefen Krise, aus der sie ohne kriegerische Maßnahmen nicht wieder herauskommt. Ihr Problem ist, wie sie die Arbeiterklasse und das Volk Westdeutschlands teilweise für ihre imperialistischen Pläne kann und wie sie die Einheit der Arbeiter und der Volksmassen verhindern kann. Die Lage ist erneut so, daß die kommenden Kämpfe der Arbeiter über Sieg oder Niederlage entscheiden. – (Z-Red.)

Der König ist tot, es lebe der König

Nach dem „Ende“ der Familie Stumm geht an der Saar die Ausbeutung weiter

Den Bourgeois ist es egal, was sie produzieren. Hauptsache, sie machen ihren Schnitt. Sie tun aber so, als läge ihnen die Produktion am Herzen. Der Kölner Stahlmillionär Otto Wolff von Amerongen hat sich jüngst über die Hamburger Mabanaft-Gruppe geäußert, eine Vereinigung von Ölhändlern, die jetzt die seit 1974 zum Verkauf stehende Hälfte der Aktien des Neunkircher Eisenwerks gekauft hat. Die andern 50 Prozent hält die Otto Wolff AG. Eine „offene Flanke“, erklärte er, sei nun geschlossen worden „mit potenten Aktionären, die etwas vom Geld verstehen, und es nicht nur ausgeben, sondern auch verdienen können“ (FAZ, 13.7.77).

Das ist eine Spitze. Sie richtet sich gegen die vorherigen Geschäftspartner, die traditionsreiche Familie Stumm. Die ca. 80 Familienmitglieder des Geldadels-Clans nämlich, darunter Freiherr von Kühlmann-Stumm, CDU, hatten gedacht, sie können einen größeren Teil an Revenue verfressen als die andern Kapitalisten und durch bloße Ausdehnung und Intensivierung der Arbeit die Ausbeutung steigern. Die Konkurrenten verstanden es, durch Erhöhung des konstanten Kapitals die Ausbeutungsrate noch mehr zu steigern. 1974 brach der Konzern zusammen, 120 Millionen DM Verlust im Handel, weitere 120 Millionen in anderen Geschäftszweigen. Nicht weniger als 60 Banken waren mit 290 Millionen DM bei Stumm beteiligt.

Seit 1431 wird in Neunkirchen Erz gefördert. Im Jahre 1805 erwerben die Gebrüder Stumm das Werk, ihre Firma ist 1715 von Nikolaus Stumm (1669 – 1742) gegründet worden. Der spätere Karl, Freiherr von Stumm-Halberg, als Bürgerlicher geboren zu Saarbrücken am 30. März 1836, übernimmt die Firma 1858. Er versteht es, die wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Entwicklung profitgünstig zu nutzen. 1881 führt er das Thomasverfahren ein, das macht die Ausbeutung seiner Erzgruben im Lothringischen und Luxemburgischen profitbringend. 1888 wird er geadelt, er hat sich verdient gemacht: Er hat die Ausbeutung vorbildlich organisiert.

Was der ostelbische Junker seinen „Leuten“, ist Stumm den Berg- und Hüttenarbeitern im Saarland: unumschränkter, absoluter Herrscher. „König Stumm“ nennt man ihn, und sein Reich „Königreich Saarabien“. Die Ausbeutung verbrämt er mit der Ideologie des Patriarchalismus. Den Sozialismus greift er an. Als „sozialer Arbeitgeber“ wird er von der bürgerlichen Geschichtswissenschaft gefeiert.

Der *„Bourgeoissozialismus“* suchte der Arbeiterklasse *„jede revolutionäre Bewegung zu verleiden durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehn, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen . . .*

Freier Handel! im Interesse der arbeitenden Klasse; Schutzzölle! im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellengefängnisse! im Interesse der arbeitenden Klasse: das ist das letzte, das einzige ernst gemeinte Wort des Bourgeoissozialismus.

Der Sozialismus der Bourgeoisie besteht eben in der Behauptung, daß die Bourgeois Bourgeois sind – im Interesse der arbeitenden Klasse.“ (Marx/Engels Manifest der Kommunistischen Partei)

Solcherart ist die Ideologie, die Stumm den Adelstitel und die Verehrung der bürgerlichen Geschichtswissenschaftler einbringt. Ihre praktische Anwendung heißt: Unter dem Deckmantel der Fürsorge die totale Abhängigkeit der Arbeiter herstellen, um den Lohn drücken, die Ausbeutung verschärfen, die Arbeitsbedingungen diktieren, die Arbeiter anstellen und entlassen zu können, wie der Profit befiehlt. Stumm besaß nicht nur die Fabrik, er besaß Grund und Boden, worauf die Arbeiter lebten, Siedlungen, Krankenhaus und Waisenhaus. Er mischte sich selbst in die Hochzeitsangelegenheiten seiner Arbeiter ein, er bespitzelte ihre politischen Anschauungen und Aktivitäten, Gewerkschaftsarbeit war natürlich verboten. Wem Stumm keine Arbeit geben wollte, der bekam im Saarland keine Arbeit. Die Beziehungen des Lieferanten von Stahl für die Kriegsschiffe, des Mitbegründers der Deutschen Reichspartei, Mitglieds des Reichstages und des preußischen Herrenhauses zur Staatsmacht waren glänzend, er ging mit dem Kaiser und seinem Kanzler Bismarck um, der ihn seinen Freund nannte.

Auf solchen Grundlagen entwickelte sich der Reichtum der Familie Stumm. Die politische Führung der Saarindustriellen gab sie in den dreißiger Jahren an Röchling ab. Das Unternehmen selber expandierte. Die „Unternehmer“ lebten von der Dividende. 1971 gibt der Brockhaus die Zahlen an: Grundkapital 60 Millionen DM, Reserven 52,7 Millionen DM, Beschäftigte rund 21 000. Die Otto Wolff Gruppe ist schon mit 14 Prozent am Unternehmen beteiligt. Und 1973 schreibt der „Spiegel“: „Das verzweigte Familien-Imperium (25 000 Beschäftigte, knapp zwei Millionen Mark Umsatz), steckt in einer tiefen Krise. Große Teile des Konzerns . . . machten im letzten Jahr trotz weltweitem Stahlboom Verlust.In diesem Jahr konnte die Stumm AG zum 1. Mal keine Dividenden mehr ausschütten.“ 100 Millionen DM an Dividende abkassiert! Der Geschäftsführer Lutz, der den Konzern „retten“ sollte, sah sich zu der Bemerkung veranlaßt: „Es kann der beste Koch nicht kochen, wenn er in der Speisekammer kein Fett mehr hat.“

Über die Qualitäten des „Kochs“ wollen wir schweigen, soviel ist klar: Fett geworden sind die verrotteten Bourgeois des Stumm-Clans. Ein Spekulationsmanöver, bei dem die Gruppe über Dritte ihren eigenen Konzern kaufen wollte, platzte 1974, die Pleite war da. „Koch“ Lutz erhängte sich in der Zelle, andere Vorstandsmitglieder sollen 19 Millionen DM in die eigene Tasche gewirtschaftet haben.

Einige Bourgeois sind über die Klinge gesprungen, andere haben sich gesundgestoßen. Das ist der Lauf der Dinge im bürgerlichen Geschäftsleben. Die Bourgeoisie leidet darunter nicht. Bei lebendigem Leibe verfaulend, läßt sie es sich gut gehen.

Auf die Arbeiterklasse hat dieser Verlauf bürgerlicher Geschäfte ebenfalls seine Wirkung. Dem Diktat des Patriarchalismus ist sie nicht mehr unterworfen, die Arbeiterbewegung hat sich Rechte erkämpft. Sonst aber: Die Alleinherrschaft des Kapitals besteht weiter, und keine Mitbestimmung kann sie ändern. Wenn es nicht mehr das Wort des „Königs von Saarabien“ ist, das die Arbeiter brotlos macht, dann ist es die Arbeitslosigkeit, die jährlich 500 junge Arbeiter zwingt, das Saarland zu verlassen. Und die hat keine andere Grundlage: das private Eigentum an Produktionsmitteln. 900 Arbeiter sind im Neunkircher Eisenwerk zwecks Sanierung entlassen worden, und im Zuge der „engeren Zusammenarbeit“ der Saarhütten sind weitere Entlassungen zu erwarten.

Durch den Wechsel des Besitzers einer Fabrik wechselt lediglich der Ausbeuter, die Ausbeutung bleibt. „Gleichviel, für die industrielle Entwicklung an der Saar sind die Stumms eine geschichtliche Größe“, ergießt sich ein Panegyriker in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 11. März. Das mag stimmen, an den Stumms sieht man die Entwicklung der Bourgeoisie. – (Mi-Red.)

„Die Bourgeoisie – revolutionäre Klasse gegenüber dem Feudalismus – wird durch und durch reaktionär. Ihr Interesse an bedingungsloser Aufrechterhaltung des Profits stellt sie in Widerspruch zum gesellschaftlichen Fortschritt, der mit der schrankenlosen Entfaltung der Produktivkräfte verknüpft ist.
Produktivkräfte verknüpft ist.
Gleichzeitig wird sie mehr und mehr überflüssig zur Organisierung der Produktion und tritt diese Funktion an bezahlte Agenten ab, während sie selbst sich in einen schmarotzenden Auswuchs am Körper der Gesellschaft verwandelt, umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler.“

Aus dem
Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Zu beziehen für 0,80 DM bei Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, 6000 Frankfurt (M) 19



Salzburger Festspiele in vollem Gange:

„. . . empfehlen sich an diesem Ort Beweise innerer Einkehr“

„Jedermann“ trifft sich heuer wieder auf den Salzburger Festspielen: Die Bourgeois der westeuropäischen Länder, allen voran die westdeutschen, die hier in Salzburg den „Mittelpunkt der Weltkultur“ feiern, sich selbst als „Mittelpunkt der Weltkultur“ feiern. Obendrauf der Abschaum der Ausbeuterklasse, ihre „Schickeria“, skandalumwittert, dem Spektakel den eigentlichen Flair verleihend. Curd Jürgens, der im Rolls Royce vorfährt und als „Jedermann“ im Büßergewand den „Tod des reichen Mannes“ spielt.

Pomp und Prunk, verkommene Dekadenz und – frömmisch verklärte Untergangs- und Wiederauferstehungsstimmung.

„Je prunkvoller Programm und Publikum der Salzburger Festspiele werden, desto dringender empfehlen sich an diesem Ort Beweise innerer Einkehr. Es ist eine der Paradoxien des prachtliebendsten aller europäischen Festivals, daß in seinem Rahmen Werke der Selbstbesinnung, religiöse Allegorien und Parabeln von der Heiligmäßigkeit der Armut am eindruckvollsten wirken. Zwar wird der ‚Jedermann‘ – in diesem Jahr zum letzten Mal – von einem Herrn gespielt, der sich privatim nicht eben dem einfachen Leben ergibt, doch scheint darum sein Bußgang aus überheblichem Wohlstand in die nackte Einsamkeit des Grabes um so mehr erschütternd“,

schreibt mit spöttischem Unterton die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.



„Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes“, „Jedermann“, ist schnell erzählt. Hugo von Hofmannsthal, Anhänger des Habsburgischen Reiches und des christlichen Abendlandes, hat es auf Grundlage eines mittelalterlichen Mysterienspiels verfaßt, als „Mahnung“, „wie unsere Tag und Werk, vergänglich sind und hinfällig gar.“ Jedermann ist ein reicher Mann, Jedermann frönt einem Luxus- und Lotterleben; stößt seinen ehemals reichen und dann verarmten Nachbarn, der ihn um die Hälfte seines Geldbeutels anfleht, mit einem Schilling zurück; überläßt den Schuldknecht, der sich auf der Jagd nach dem Mammon offensichtlich übernommen hat, seinem Schicksal im Schuldturm; weist alle Warnungen zur Umkehr zurück; wird vom Tod, den Gott der Herr auf seinem Thron ausschickt, um „Jedermann zu richten nach seinem Teil“, überrascht, ringt ihm eine Stunde Frist ab, in der er den Beistand seiner Freunde für den „Gang zum Richter“ erringen will – vergebens; tut schließlich Buße, so daß Gott sich seiner erbarmt, und steigt geläutert und verklärt ins Grab. Man muß sich schon fragen, was die Bourgeois an diesem mit aufgeblasen dramatischen Effekten ausgestatteten Stück so fasziniert, daß sie Jahr für Jahr dort hinpilgern.

Es ist die Angst vor dem Untergang ihrer Klasse, gleichbedeutend für sie mit dem Untergang der Menschheit oder zumindest des christlichen Abendlandes, die sie treibt, sich mit schaurigem Schrecken am „Sterben des reichen Mannes“ zu weiden. Heuer mehr denn je. Die Profitrate fällt; die Republik schwimmt in Geld, das sich nicht verwerten läßt; die Konkurrenz wird immer härter, das Überleben als Kapitalist immer schwieriger; die Zusammenbrüche, Kräche und Konkurse häufen sich; mancher fällt, der gestern noch gesund erschien. Das Geschäft der Ausbeutung geht immer schwerer – überall in den westeuropäischen Ländern nimmt der Klassenkampf großen Aufschwung. Da sollen die Bourgeois sich nicht in Untergangsstimmung befinden, nicht „innere Einkehr“ halten, nicht nach Rettung trachten? Lebt „man“ nicht wie Jedermann im Wohlstand, in einer „Überflußgesellschaft“, deren „Trachten geht auf irdisch Gut allein“, wo die „Heiligmäßigkeit der Armut“ wenig geachtet wird?

Nur kurze Zeit, als die Bourgeoisie selbst noch eine fortschrittliche Rolle in der Geschichte spielte, glaubte sie auch an den Fortschritt. Längst zur größten Fessel der Produktivkräfte geworden, läßt sie ihre Ideologen, Philosophen, Dichter die Unmöglichkeit gesellschaftlichen Fortschritts, die Unvermeidlichkeit des Unterganges predigen. So wird die Bourgeoisie auf ihre alten Tage fromm.

„Salzburg fängt seine Festspiele in diesem Sommer so fromm an, als wäre es ein Wallfahrtsort mit direkter Ausfahrt ins Himmelsreich““, berichtet das ZDF in den Sonntagsnachrichten über die Eröffnung des Spektakels.

Und als Fahrkarte für die „Ausfahrt ins Himmelsreich“ wird die „innere Einkehr“, das „Büßergewand“ für jedermann verkauft. Nicht nur mit dem „Jedermann“. Eine prunkvolle Neuaufführung erfährt die von 1632 stammende Oper über „Il Sant' Alessio“, die den heiligen Alexius rühmt, der 17 Jahre unerkannt als Bettler unter der Treppe seines reichen Elternhauses lebt und nach seinem Tod für seine selbstauferlegte Prüfung heiliggesprochen wird. „Freiwillige Entsagung“ ist hoch im Kurs. *„Zwar“*, spottet die FAZ, *„ist nicht anzunehmen, das Publikum wäre zu einer Nachahmung des heiligen Alexius eher angeregt worden als Rospigliosos und Landis Zeitgenossen. Jetzt wie damals wird es weiter seinen weltlichen Vergnügungen nachgehen und von seinem Wohlstand nicht lassen.“*

Wohl wahr. Aber *selbst* vom Wohlstand zu lassen, ist noch nie der Zweck einer untergehenden Ausbeuterklasse gewesen, die „innere Einkehr“ hält, der Feudalherren sowenig wie der imperialistischen Bourgeoisie. Ihre pfäffische Frömmelei dient anderen Zwekken: Wie etwa US-Präsident Carter mit seinem „Energieeinsparprogramm“ der Arbeiterklasse, den Volksmassen „Buße“, die „Heiligmäßigkeit der Armut“ zu predigen, um sie noch stärker herabzudrücken, und sich selbst, solchermaßen frisch gestärkt, zu neuen Taten emporzuschwingen: zu neuen Schlachten im imperialistischen Konkurrenzkampf um die Herrschaft in der Welt.

Ist's ein Wunder, daß die Salzburger Festspiele, die seit Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges zur Rettung des christlichen Abendlandes durchgeführt werden, mit ihrem Kernstück „Jedermann“ der Mittelpunkt des kulturellen Lebens der Bourgeoisie sind? Daß die Bourgeois scharenweise dorthin strömen, wie zu einem „Wallfahrtsort“, von dem sie, wie Jedermann durch seine Buße, Kräfte für die Wiederauferstehung erwarten? Indes, ihr Untergang und der Sieg der proletarischen Revolution ist gewiß. Von ihrer Wiederauferstehung mögen sie dann vielleicht immer noch weiterträumen, allerdings – bei Festspielen sowieso nicht mehr –, vorausgesetzt, sie finden bei ihrer zukünftigen harten Arbeit noch die Zeit dazu. – (Z-Red)

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)